50. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 17. Mai 1973

Inhalt — Seite

Mahnworte zur Wiedervereinigung 1828

Geschäftliches

Geburtstagswünsche für die Abg. Frau Schneider und Dr. Biel 1828
Aktuelle Stunde 1828

Aktuelle Stunde

Zusammenarbeit der Behörden an der Sektorengrenze bei Unglücksfällen und zur Rettung von Menschenleben
Oxfort (F.D.P.) 1828
Bm Neubauer 1829
Dr. Haus (SPD) 1829
Dr. Behrendt (CDU) 1829

Große Anfrage

Verhalten des Senats zur Kündigung der Verträge über die Nutzung der Kindertagesstätten zum 31. März 1972
Wahl (F.D.P.) 1830
Frau Sen Reichel 1831
Oxfort (F.D.P.) 1833, 1836
Pawlak (SPD) 1834, 1836, 1837
Weingärtner (SPD) 1835
Dolata (CDU) 1835
Wronski (CDU) 1837
Schmitz (CDU) 1837

Beschlußempfehlungen

Wohnungsvermittlung
Franke (CDU), Berichterstatter 1838
Liebig (F.D.P.) 1838
Beier (SPD) 1839

Die Veröffentlichungen des Abgeordnetenhauses sind beim Kulturbuchverlag Berlin, 1 Berlin 30, Passauer Straße 4, Telefon 2 13 60 71, zu beziehen.

Seite

Anmietung von Räumen für die künftige Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege
Heubaum (SPD), Berichterstatter 1839

Anträge

Unfallgefährdung durch abgestellte Lkw auf Straßenland
Goldberg (CDU) 1840
Dr. Haus (SPD) 1841

Förderung der Arbeitsaufnahme im Land Berlin für Beamte
Schmitz (CDU) 1841

Abwehr von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst
Schmitz (CDU) 1842, 1847
Bm Neubauer 1844, 1846
Gollnick (SPD) 1844
Oxfort (F.D.P.) 1845
Rösler (CDU) 1845, 1846
Pawlak (SPD) 1846

Weiterentwicklung des Sonderschulwesens in Berlin
Frau Schneider (CDU) 1848
Frau Renner (SPD) 1849
Kayser (F.D.P.) 1849
Wischner (CDU) 1850

Spielplätze für ältere Kinder
Dolata (CDU) 1850
Prozell (SPD) 1851

Ausbau des Informations- und Dokumentationswesens in Berlin
Boroffka (CDU) 1852, 1853
Dr. Rass (SPD) 1853
Rasch (F.D.P.) 1854

Vorlage zur Beschlußfassung

3. Änderungsplan vom 8. September 1972 zum Flächennutzungsplan von Berlin vom 30. Juli 1965 1854

Stellv. Präsident Hoppe eröffnet die Sitzung um 13.02 Uhr.

Stellv. Präsident Hoppe: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 50. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin und bekunde unseren unbeugsamen Willen, daß die Mauer fallen und daß Deutschland mit seiner Hauptstadt Berlin in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden muß.

Meine Damen und Herren! Wir haben heute in unseren Reihen zwei Geburtstagskinder. Es sind dies Frau Kollegin Eleonore Schneider und Herr Kollege Dr. Ulrich Biel.

(Beifall)

Zu Ihrem Ehrentag darf ich Ihnen im Namen des Hauses die herzlichsten Geburtstagswünsche aussprechen.

(Beifall)

Die Fraktion der F.D.P. hat mit Schreiben vom 15. Mai 1973 eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Zusammenarbeit der Behörden an der Sektorengrenze bei Unglücksfällen und zur Rettung von Menschenleben" beantragt. Im Einvernehmen mit den Fraktionen schlage ich Ihnen vor, die Aktuelle Stunde in der heutigen Sitzung durchzuführen, und zwar vor Punkt 1 der Tagesordnung. Ich höre keinen Widerspruch, dann kann so verfahren werden.

Wir kommen damit jetzt sogleich zu der beantragten

Aktuellen Stunde

betr. Zusammenarbeit der Behörden an der Sektorengrenze bei Unglücksfällen und zur Rettung von Menschenleben

Für die antragstellende Fraktion hat Herr Abgeordneter Oxfort das Wort.

Oxfort (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die tragischen Umstände, die zum Tode eines fünfjährigen Kindes durch Ertrinken in der Spree an der Sektorengrenze geführt haben, haben zu Recht die volle Empörung der Bevölkerung unserer Stadt ausgelöst. Es ist dies innerhalb eines Zeitraumes von einem halben Jahr das zweite Mal, daß ein Kind in der Spree ertrunken ist und daß die Berliner Feuerwehr und die Berliner Polizei zwar verhältnismäßig frühzeitig am Ort waren, ihnen aber das Eingreifen und die Einleitung von Hilfemaßnahmen durch Behörden der DDR verweigert worden ist, die ihrerseits erst sehr viel später Suchmaßnahmen eingeleitet haben.

Das Abgeordnetenhaus kann an solchen Ereignissen nicht vorbeigehen, ohne sie erörtert zu haben. Wir alle haben ein Interesse daran, daß im Rahmen der eingeleiteten Entspannungspolitik der Bundesregierung menschliche Hilfe in diesem Bereich wenigstens an den Berliner Sektorengrenzen denjenigen gewährt werden kann, die völlig unverschuldet und hilflos in solche Situationen geraten.

Am 9. November des vergangenen Jahres hat das Abgeordnetenhaus sich aus Anlaß zweier Mündlichen Anfragen schon einmal mit dem gleichen Thema befaßt. Der Bürgermeister von Berlin hat uns damals versichert — und ich glaube ihm das —, daß die anwesenden Beamten nicht gezögert hätten, trotz der Schwierigkeiten, die ihnen von den Behörden der DDR gemacht worden sind, Rettungsmaßnahmen einzuleiten, wenn die Kinder noch an der Oberfläche getrieben wären.

Es ist doch ein geradezu unglaublicher Tatbestand, daß ein politisches Regime, das in seiner eigenen Propaganda dauernd vom „Humanismus" redet, selbst in solchen Fällen, in denen es um unschuldige Kinder geht, die menschliche Hilfe versagt. Denn so sehr es nach menschlichem Ermessen schwierig gewesen sein mag, wirklich noch Hilfe zu leisten — auch wenn unsere Beamten sofort hätten eingreifen können —, so kann es doch mit letzter Sicherheit niemanden geben, der sagen kann, eine sofort eingeleitete Hilfeaktion wäre unter allen Umständen ergebnislos geblieben.

Ich meine daher, hier muß deutlich gemacht werden, daß es einen Unterschied darstellt, ob man dauernd vom „Humanismus" redet oder nach wirklich humanen Grundsätzen handelt. Dies ist für die Fraktion der F.D.P., die diese Aktuelle Stunde beantragt hat, kein Grund zur Polemik und auch kein Grund zur Auseinandersetzung mit dem Senat, weil — das sage ich hier an dieser Stelle ausdrücklich — wir nicht der Überzeugung sind, daß wir uns an dieser Stelle mit dem Senat auseinanderzusetzen hätten. Wir haben ihm nicht den Vorwurf zu machen, daß er Entscheidendes versäumt hat. Aber wir haben als die gewählten Repräsentanten der Bevölkerung von Berlin das Recht und die Pflicht, auf diese unerträglichen Vorgänge aufmerksam zu machen und zu verlangen, daß im Rahmen der Entspannungspolitik, die eingeleitet worden ist, schnellstens alle Voraussetzungen dafür getroffen werden, daß

sich ähnliche Vorgänge nicht wiederholen können und daß nicht weitere unschuldige Menschenleben unnötig in Gefahr geraten.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Stellv. Präsident Hoppe: Das Wort hat Herr Bürgermeister Neubauer.

Neubauer, Bürgermeister und Senator für Inneres: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß das der zweite Vorfall dieser Art innerhalb eines halben Jahres ist, und in der Tat ist der Feststellung vollinhaltlich zuzustimmen, daß dieses Vorfälle sind, die es eigentlich nicht geben dürfte. Es ist doch so, daß es kaum noch eine Grenze in der Welt gibt, wo nicht wie selbstverständlich Rettungsorganisationen — ob es sich dabei um Feuerwehren, Polizei oder private Rettungsorganisationen handelt — ohne jede Behinderung, wenn sie zuerst am Ort sind, Rettungsmaßnahmen einleiten dürfen. Dieses ist Selbstverständlichkeit fast auf der ganzen Welt, und in der Tat ist es unerträglich, daß hier bei uns an dieser Stelle Vorkommnisse dieser Art zu solchen Komplikationen führen.

Ich habe gesagt, es ist der zweite Vorfall dieser Art. Nach dem ersten — Ende des letzten Jahres — habe ich vor dem Abgeordnetenhaus erklärt, daß wir unmittelbar nach diesem Ereignis den Versuch machen werden, durch Kontakte mit der anderen Seite Regelungen oder Absprachen zustande zu bringen, die es wenigstens auf diesem Gebiet ermöglichen, daß dort gerettet werden kann, wo die Möglichkeit des Rettens sich ergibt, und zwar unabhängig davon, wer rettet. Denn diese Kinder oder andere, die in Gefahr geraten, haben nicht Prestigefragen zu stellen, von wem sie gerettet werden,

(Abg. Pawlak: Sehr richtig!)

sondern da kommt es darauf an, daß jede Chance ausgenutzt wird, daß sie gerettet werden.

Wir haben unmittelbar nach dem ersten Ereignis dieser Art die Vorbereitungen und vorbereitenden Gespräche begonnen mit den Institutionen und Instanzen, die neben uns — nicht nur neben uns, sondern in erster Linie, was Grenzvorgänge angeht — für die Sicherheit dieser Stadt verantwortlich sind, haben diese Gespräche aufgenommen, und in der Zwischenzeit liegt auch die Genehmigung vor, mit bestimmten Themen Kontakt mit der anderen Seite aufzunehmen, um den Versuch zu machen, für die Zukunft derartige Vorkommnisse auszuschalten. Ich hoffe, daß wir zu schnellen Ergebnissen kommen, und bitte um Verständnis der Darstellung, so wie ich sie hier gegeben habe.

Zum Vorfall selbst — der Kollege Oxfort wies schon mit Recht darauf hin — ist nicht sicher, ob die zuerst am Ort anwesenden Polizei- und Feuerwehreinheiten von unserer Seite das Leben dieses Kindes hätten retten können, aber es ist eben auch nicht auszuschließen, daß es diese Möglichkeit gegeben hätte. Der Versuch hat nicht stattfinden dürfen, weil auf die Kontaktaufnahmen unsererseits mit den am Ort befindlichen NVA-Kräften nicht reagiert und Zusammenarbeit abgelehnt wurde. Dieses ist anzuprangern, dieses ist mit Recht anzuprangern, weil wir glauben — und da sind wir uns wohl alle in diesem Hause einig —, daß der, der von Menschlichkeit und Vermenschlichung spricht, wenigstens auf diesem Sektor auch gegenüber der übrigen Welt zeigen sollte, daß hier Politik und Prestige keine Rolle spielen, wenn es um das Leben von Kindern oder an der Politik und in der Politik Nichtbeteiligten geht.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Stellv. Präsident Hoppe: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Haus.

Dr. Haus (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses Thema ist in der Tat nicht geeignet, zu Auseinandersetzungen an dieser Stelle zu führen; es ist auch kein Anlaß dazu da. Und auch eine sehr wortreiche Debatte bringt wenig Neues und wäre nicht ganz angemessen.

Daher nur ganz wenige Feststellungen. Vorgänge im unmittelbaren Grenzbereich — dies stammt eben aus den Zeiten von vor zehn Jahren — gehören zum unmittelbaren Vorbehaltsgebiet unserer Schutzmächte, weil eben dort sehr viel passieren konnte. Dies muß man respektieren, ob wir es nun in diesem Zusammenhang gern sehen oder nicht. Die Konsultationen mit den Schutzmächten, die nach jenem Fall im Oktober eingeleitet worden sind, haben zu spät zu einem Ergebnis geführt, nämlich erst nach diesem zweiten Ereignis, denn von jetzt an sind — wie man in den Radiomeldungen gerade heute hören kann — solche Kontaktverhandlungen mit der Ostberliner Seite ermöglicht worden. Aber unabhängig davon stellt sich in der Tat die Frage, inwieweit die Berücksichtigung östlicher Sicherheits- und Angstkomplexe auf Kosten elementarer menschlicher Hilfeleistungsgebote andauern und unkritisiert bleiben soll. Gerade zuletzt wieder beim Breschnew-Besuch ist ja der Zusammenhang zwischen der Entspannung hier in Mitteleuropa und der Ausfüllung der Abkommen ganz präzise betont worden. Da gibt es aber auf Ostberliner Seite Praktiker, die auch diesen Worten der eigenen politischen Führer nicht voll folgen, wenn es mal ums ganz Konkrete geht, wie an diesem Montag um 12 Uhr. Da ignoriert man das, was an menschlicher Hilfe nötig ist. Und die Ostberliner Zeitungen, meine Damen und Herren, das ist ja ganz bemerkenswert, haben bis zu dieser Stunde nicht ein Wort über diesen Vorgang berichtet. Da muß man wirklich fragen — und ich tue das nicht mit großer polemischer Absicht, aber doch sehr ernst —, was wäre denn der Ostberliner Seite konkret an Nachteilen in diesem Fall in irgendeinem denkbaren Zusammenhang entstanden, wenn man den dort zur Tatenlosigkeit verurteilten Feuerwehrtauchern der anderen Seite, unserer Seite, das Mithelfen gestattet hätte? Oder wenn man ihnen wenigstens durch Antwortzuruf Kontakt gewährt hätte, zumal man denen ja zurief, an welcher Stelle der Junge wohl untergegangen sei? Ich sehe, daß diese Überbewertung des Staatsgrenzprestiges hier tatsächlich so erheblichen Schaden anrichtet, daß gerade die DDR, die so sehr um ihr Ansehen bemüht ist, wissen sollte, daß solches Verhalten nachhaltiger das Ansehen treffen muß als vieles andere. Ich glaube, man kann das nicht schlicht und nachdrücklich genug an die Adresse derer, die dort Verantwortung tragen, sagen.

Zumindest Zurückhaltung wäre in den Fällen, in denen es zu Rettungsmaßnahmen kommen muß, von vornherein und von jetzt an zu fordern. Es muß — dies haben der Bürgermeister und mein Vorredner Oxfort gesagt — recht schnell zu einer solchen Notfall-Absprache kommen, meinetwegen informell, aber es muß sein. Es kann doch nicht sein, daß in diesem Rest des 20. Jahrhunderts an dieser Stelle derartiges passiert, was nun wirklich zum Himmel schreit, weil man nicht rechtzeitig zueinander kam, um das Mindeste abzusprechen. Der Berliner Senat darf sich der Unterstützung all derer hier und jenseits des Brandenburger Tores bewußt sein, die die Dinge konkret sehen, wenn er darauf drängt, daß hier eine unmittelbare Absprache in den nächsten Monaten und Wochen gefunden wird. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Hoppe: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Behrendt.

Dr. Behrendt (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren ! Es ist sicher das vornehmste Recht einer Oppositionsfraktion, die Arbeit des Senats kritisch zu beleuchten und Mißstände parlamentarisch aufzugreifen. Gleichwohl hätte ich gewünscht, daß keine Notwendigkeit für das Parlament bestanden hätte, sich mit der jetzt anstehenden Frage hier zu beschäftigen.

Wenn es um Fragen des Menschenlebens geht, sollte die Arbeit des Senats so vonstatten gehen können, daß das Parlament sich nicht damit auseinandersetzen muß. Daß dieses heute dennoch geschehen muß, legt aber nun mit bestürzender Deutlichkeit dar, wie weit wir noch von einer

befriedigenden Regelung entfernt sind. Und wenn gerade gestern ein Regierungssprecher in Bonn davon sprach, daß es nun gelte, die zum Abschluß bereitstehenden Verträge mit Leben zu erfüllen, mit Leben, meine Damen und Herren, so kann man — wenn dieser Bemerkung auch sicherlich ein anderer Tenor zugrunde lag — nur mit Bitterkeit ausrufen, und das an die östliche Seite: Mit Leben erfüllen, ja; Tote an der Mauer und in den Grenzgewässern haben wir übergenug!

Deutlich wird uns immer vor Augen geführt, wie wenig das Wort „Menschlichkeit" bei den Machthabern jenseits der Mauer gilt, wie stur Anordnungen befolgt werden, und gelte es auch, ein Menschenleben zu bewahren. Dem jetzigen tragischen Vorfall sind ja andere vorangegangen. So hatte der Regierende Bürgermeister schon im Oktober 1972 bei einem ähnlich tragischen Vorkommnis erklärt, daß die Zeit reif sei, sich um eine Regelung der Vernunft zu bemühen. Schon damals galt da das schreckliche Wort von dem Brunnen, der erst abgedeckt wird, wenn das Kind hineingefallen ist. Welch' schreckliche Parallele heute wieder! Wir müssen in dem Zusammenhang aber auch fragen: Mit welcher Intensität ist der Senat an die Klärung dieser Fragen herangegangen? Warum kamen die Gespräche nur so zögernd voran? Kann der Senat darlegen, daß er sich mit allem Nachdruck um eine Klärung der Angelegenheit bemüht hat? Funktioniert die bürokratische Maschine — auch diejenige der Alliierten — schnell genug, wenn es um Menschenleben geht? Sind die Anweisungen an Polizei und Feuerwehr wirklich so eindeutig, daß man behaupten könnte, das Menschenmögliche getan zu haben? Fragen über Fragen. Wir meinen, wenn nicht in kürzester Frist eine befriedigende Vereinbarung mit der östlichen Seite zu erzielen ist, dann müssen die Berliner Organe mit verschärften Richtlinien versehen werden, die unter Umständen auch ein gewisses Risiko einschließen. Dann gilt es aber auch, die gefährdeten Grenzbereiche besser abzuschirmen.

Mehr Menschlichkeit, meine Damen und Herren! Auf manchen Gebieten scheinen wir noch weit davon entfernt zu sein. Wir hoffen, daß der Senat diesen bestürzenden Vorgängen die ihnen gebührende Priorität einräumt. Das Leben ist höher einzuschätzen als die Einhaltung bloßer Ordnungsprinzipien an der Grenze. Dieses sagte Herr Bürgermeister Neubauer im November 1972. Dem stimmen wir zu. Wir fordern den Senat auf, aus dem Stadium der Erklärungen herauszutreten und seine Einstellung in der Praxis unter Beweis zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Hoppe: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen habe ich nicht. Wir sind damit am Ende der Aktuellen Stunde. Ich hoffe sehr, daß die Selbstbescheidung des Parlaments allseits begriffen wird und daß die Bemühungen des Senats nunmehr zu einem schnellen Erfolg führen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Bevor ich die lfd. Nr. 1 der Tagesordnung aufrufe, darf ich mitteilen, daß nach interfraktioneller Übereinkunft die Tagesordnungspunkte 4, 5, 11 und 12 in der heutigen Sitzung nicht behandelt, sondern auf die Plenarsitzung am 24. Mai 1973 vertagt werden. — Da kein Widerspruch zu hören ist, stelle ich fest, daß das Haus so beschlossen hat.

Ich rufe auf die

lfd. Nr. 1, Drucksache 6/862:

Große Anfrage der Fraktion der F.D.P. über Verhalten des Senats zur Kündigung der Verträge über die Nutzung der Kindertagesstätten zum 31. März 1972

1. Wie beurteilt der Senat heute sein Gesamtverhalten im Zusammenhang mit den im Frühjahr 1972 ausgesprochenen Kündigungen der Kindertagesstätten-Nutzungsverträge?

   Wie will er insbesondere die Tatsache rechtfertigen, daß er ein parlamentarisch bestrittenes Kündigungsrecht, das er selbst rechtlich für zweifelhaft hielt, ausübte und dabei zögernde Eltern zum Abschluß neuer Verträge nötigte, indem er ihnen androhte, ihre Kinder von der weiteren Betreuung auszuschließen?

2. Welche finanziellen Folgerungen hat der Senat inzwischen gegenüber den betroffenen Eltern aus dem rechtskräftigen Urteil des Landgerichts Berlin vom 2. April 1973 gezogen?

   Werden insbesondere die betroffenen Eltern für die entstandenen Nachteile entschädigt, und ist der Senat darüber hinaus bereit, die alten Verträge auf Verlangen der Eltern zu erfüllen?

3. Welche Konsequenzen wird der Senat aus dem rechtlichen und politischen Fehlverhalten der Senatorin für Familie, Jugend und Sport ziehen?

Die Fraktion der F.D.P. hat beantragt, die Redezeitbeschränkung aufzuheben. — Wiederspruch dagegen wird nicht erhoben, also hat das Haus so beschlossen. Zur Begründung für die anfragende Fraktion hat das Wort Herr Abgeordneter Wahl.

Wahl (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir stellen heute eine Große Anfrage über das Verhalten des Senats zur Kündigung der Verträge über die Nutzung der Kindertagesstätten zum 31. März 1972, und wir fragen darin nach drei Teilkomplexen. Ich möchte dazu einiges ausführen. Es wird nicht leicht sein, diese Anfrage zu beschränken auf den Vorgang, den wir mit unserer Großen Anfrage meinen, und allzu oft in den sachlichen Inhalt dieser Verordnung einzusteigen. Ich will es aber trotzdem versuchen.

Nach einer Diskussion von über einem Jahr über das Problem der Gebühren in den Kindertagesstätten besteht ein dringendes öffentliches Interesse an Konsequenzen zum Fehlverhalten des Senats in dieser Frage. Frau Senatorin Reichel, Sie haben doch wohl — wie jetzt inzwischen feststeht — in der Behandlung dieser Verträge die Aufgabe, die in der Bezeichnung Ihrer Amtsstelle liegt, und Ihre Amtspflichten vernachlässigt, indem Sie das Wohl der Familie und der Jugend eben nicht in dem Maße im Auge behalten haben, wie wir es eigentlich hätten erwarten können.

(Zuruf von der SPD: Geradezu lachhaft!)

Wir bleiben, wie schon bei unserer ersten Großen Anfrage, bei dem Vorwurf, daß Sie dem sozialpolitischen und bildungspolitischen Fortschritt entgegengewirkt haben, und dies mit Mitteln, die nicht nur unfair, wie wir damals gesagt haben, sondern, wie wir heute wissen, auch rechtswidrig waren. Die Enttäuschung über Ihre Amtsführung ist bei uns deshalb besonders groß, weil Sie bis zur Übernahme Ihres Amtes als progressiv galten.

Wir Freien Demokraten haben vor über einem Jahr hier im Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf eingebracht zur vorschulischen Erziehung — bitte sagen Sie nicht: Was hat das heute mit dem Thema zu tun? An einer Stelle dieses Gesetzentwurfes gehen wir auch auf die Gebührenfrage ein — und wissen nach der Entwicklung in den Ausschüssen und der Meinung, wie sie vom Senat und von der sie tragenden Mehrheitsfraktion inzwischen mehrfach geäußert wurde, über das Schicksal dieses unseres Gesetzentwurfes natürlich schon recht gut Bescheid. Sie haben uns in den Debatten den Vorwurf des Abschreibens von Gesetzen, die in anderen Bundesländern bereits praktiziert werden, gemacht, und ich möchte hier heute und gerade an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang sagen: Dann

lieber abschreiben, als Gesetze und Verordnungen zu erlassen, von denen man von vornherein weiß, daß sie sich nicht bewähren werden!

Wir haben ja in diesem Gesetzentwurf doch nichts weiter getan als den stufenweisen Abbau — wir waren auch nicht so rigoros, daß wir gesagt hätten: Sofort alle Gebühren weg! — vorgeschlagen, und zwar mit dem Instrument einer Rechtsverordnung. Unser Vorschlag steht und stand ja im Einvernehmen mit der bildungs- und sozialpolitischen Erkenntnis, daß die vorschulische Erziehung von entscheidendem Einfluß auf die Zukunft unserer Kinder ist und deshalb an das schon lange geltende Prinzip der Schulgeldfreiheit angeglichen werden muß.

Im Bericht der Bundesregierung, in dem dieses Problem ebenfalls erwähnt worden ist, heißt es: „In einer Reihe von Bundesländern sind Kindergartengesetze entweder bereits verabschiedet oder aber in Vorbereitung. Um allen Kindern die gleichen Zugangsmöglichkeiten für den Besuch von Kindergärten zu öffnen, sehen sie Regelungen vor, daß in einem Stufenplan alle Elternbeiträge abgeschafft werden."

Frau Senatorin, diesen Bericht zitieren Sie ja selbst des öfteren, nur haben wir den Eindruck, daß Sie ihn dann doch nicht beachten. Wir haben Sie damals schon vor dem Verfahren, das Sie mit Ihrer Regelung einschlugen, eindringlich gewarnt. Auch in der Debatte vom 18. Mai haben Sie hier an dieser Stelle den Bildungsbericht der Bundesregierung zitiert, in dem diese Forderungen aufgestellt waren. Aber Sie haben diese Aufforderung anders verstanden, nämlich als Aufforderung, einem Teil der Eltern in die Tasche zu fassen, was Sie als „Ausgleich der kollektiven Armut" bezeichnet haben. Sie haben vielleicht einen Beitrag zur Umverteilung des privaten Eigentums damit geleistet, aber wir haben Ihnen damals in diesem Hause unsere Stimme d a z u jedenfalls auch schon nicht gegeben.

Ich möchte nochmal auf die damalige Debatte eingehen, bei der wir schon hier im Hause die Einführung dieser erhöhten Kindergartengebühren diskutiert hatten. Nachdem Sie damals die Einführung bejaht hatten, besteht doch heute vielleicht die Möglichkeit und die Gelegenheit, die Frage zu stellen, welches Mehraufkommen Sie nun tatsächlich mit dieser Maßnahme erzielt haben. Nachdem wir wissen, daß Sie diese Maßnahme wieder zurücknehmen müssen, stellt sich uns doch die Frage, ob diese bisher erzielten Mehreinnahmen nun vielleicht für die personellen Mehrausgaben wieder draufgehen, die jetzt auf Sie zukommen, um alle Rechnungen überprüfen und die zuviel eingezahlten Beträge zurückzahlen zu können; denn wir unterstellen, daß das eine der Maßnahmen ist, die der Senat jetzt mindestens ergreifen muß. Es wird jedoch nicht bei dem finanziellen Ausgleich verbleiben können! Sie müssen sich doch auch darüber hinaus inzwischen Gedanken gemacht haben, in welcher Form Sie — über den finanziellen Ausgleich hinaus, der selbstverständlich als Anspruch der betroffenen Eltern besteht — diejenigen Eltern wieder in ihre vorhergehenden Rechte einsetzen wollen, die ihre Kinder aufgrund der damaligen neuen Verträge aus den Kindertagesstätten herausgenommen haben. Wir möchten diese Maßnahmen nun nicht in allen Einzelheiten erörtern. Es ist auf jeden Fall Aufgabe des Senats, den angerichteten Schaden wiedergutzumachen. Wir hoffen jedoch, daß die Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport ihre erzielten Mehreinnahmen eben nicht in der Form von erhöhten Personalkosten wieder draufzahlen muß.

Es steht inzwischen eindeutig fest, durch das Gerichtsurteil des Landgerichtes Ihnen bestätigt, daß das damalige Verhalten rechtlich nicht zulässig war. Diese Nutzungsverträge waren privatrechtlicher Natur, und ein wichtiger Grund zur außerordentlichen Kündigung war nicht gegeben. Dennoch hatte die Senatsverwaltung in ihren Kündigungsschreiben erklärt, daß eine Weiterbetreuung der Kinder nur möglich sei, wenn ein neuer Vertrag unterschrieben werde. Dieses Verfahren bewegt sich bereits am Rande der Nötigung! Aber nicht genug damit: Sie haben auch, nachdem der Senatsverwaltung durch eine einstweilige Verfügung das Recht bestritten worden war, so vorzugehen, mit einem Fernschreiben die Bezirksämter angewiesen, weiterhin so zu verfahren. Ich darf vielleicht — mit der Erlaubnis des Herrn Präsidenten — noch einmal aus diesem Fernschreiben zitieren. Frau Senatorin, Sie haben geschrieben:

> Ich empfehle, Unterschriften unter Vorbehalt, gleichgültig, ob im Einzelfall ein Rechtsstreit anhängig ist oder nicht, entgegenzunehmen. Der Vorbehalt darf aber nur in dem Sinne erklärt werden, daß die Zahlungspflichtigen zunächst die neuen Sätze nach den neuen Bedingungen zahlen und sich die Rückforderung für den Fall vorbehalten, daß die Kündigung der alten Vereinbarungen rechtskräftig für unwirksam erklärt wird.

In der damaligen Debatte wurde noch ein weiterer Punkt angeschnitten. Gerade dieser Punkt hat uns zu der Formulierung des dritten Teilkomplexes unserer Großen Anfrage bewogen. Der damalige Abgeordnete Stobbe hatte erklärt, daß diese Vorlage gut durchgearbeitet worden sei. Sie selber, Frau Senatorin, haben uns bestätigt, daß in der Formulierung dieser Vorschriften eine zweijährige Arbeit stecke. Sie haben in der damaligen Debatte selbst gesagt:

> ... Und ich will mich gerne dazu bekennen, daß wir bzw. meine Mitarbeiter zwei Jahre gewerkt haben.

Vorher war nämlich aufgrund eines Zwischenrufes des Kollegen Wronski festgestellt worden, daß offensichtlich an dieser Vorlage nur gebastelt worden sei. Sie haben also versucht, richtigzustellen, daß Sie gewerkt hätten.

(Abg. Wronski: Wir bleiben beim Basteln!)

Sie haben zwei Jahre gearbeitet, um diese Richtlinien zu erstellen. Sie haben weiter ausgeführt:

> Wir hätten es uns leichtermachen können; und dieser Vorschlag kommt uns im allgemeinen wieder entgegen. Wir hätten schlicht und einfach eine prozentuale Erhöhung vornehmen können, dann würden wir wahrscheinlich heute keine großen Diskussionen darüber gehabt haben.

Frau Senatorin! Das waren Ihre eigenen Worte, mit denen Sie damals in der Erwiderung auf unsere Große Anfrage glaubten, Ihren Standpunkt darlegen zu müssen. Heute wissen wir also, daß Ihr damaliger Standpunkt und Ihre zweijährige Arbeit für die Katz waren. Ich frage mich also, ob Ihr konter-revolutionärer Eifer nur einfach primitive Grundregeln der Fairneß und der Rechtsstaatlichkeit verletzt hat oder ob Sie ganz schlicht und einfach weder gebastelt noch gewerkt, sondern Ausschuß fabriziert haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Stellv. Präsident Hoppe: Zur Beantwortung der Großen Anfrage hat das Wort Frau Senator Reichel.

Frau Reichel, Senator für Familie, Jugend und Sport: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Wahl, wie Sie schon darauf hingewiesen haben, müssen wir uns heute zum wiederholten Male mit dieser Frage beschäftigen. In der Vergangenheit wurde diese Frage allerdings ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Kostenerhöhung diskutiert. Diese Erhöhung wäre — und das darf ich zu Beginn meiner Ausführungen gleich deutlich unterstreichen — auch ohne Kündigung, unter Beibehaltung der alten Vereinbarungen mit den Eltern, möglich gewesen. Eine Veränderung der Kostentabelle war zulässig und hätte ausgereicht, um zu den notwendigen Mehreinnahmen zu kommen. Dieser Tatbestand ist auch vom Landgericht Berlin in der schriftlichen Urteilsbegründung in gleicher Weise gewürdigt worden. Von den haushaltspolitischen Gesamtüberlegungen, nämlich entweder Mehreinnahmen zu erzielen oder Ausgabenkürzungen vorzunehmen, können die Kindertagesstätten nicht ausgenommen werden. Sie, meine Herren von der anfragenden Fraktion, haben in der Vergangenheit diese notwendigen Überlegungen des Senats nur sehr verkürzt diskutiert, nämlich: Bildungseinrichtungen = Kostenfreiheit. Aber wenn man diese Bildungseinrichtungen zur Verfügung stellen will, dann muß man sie auch in ausreichender Zahl haben. Aus diesem Grunde müssen zusätzliche Kindertagesstättenplätze erstellt werden. Realisierbare Alternativen hinsicht-

lich der Kostendeckung sind mir von Ihrer Seite unbekannt. Nicht nur den Haushaltsexperten dieses Hohen Hauses ist bekannt, daß die Platzkosten in Kindertagesstätten in den Jahren 1967 bis 1972 um ca. 66 % gestiegen sind. 1967 kostete das Land Berlin jeder Kindertagesstättenplatz pro Öffnungstag 8,40 DM; das heißt, bei 22 Öffnungstagen, im Monat 185 DM. Demgegenüber stand der damalige Höchstsatz der Kostenbeteiligung von 132 DM pro Monat, d. h., daß Berlin einen Mindestzuschuß von 53 DM gezahlt hat. 1972 kostete das Land Berlin jeder Kindertagesstättenplatz pro Öffnungstag 15 DM, also 330 DM im Monat. Nach Änderung der Kostenbeteiligungsvorschriften, die nunmehr einen Höchstsatz von monatlich 190 DM vorsehen, was ungefähr einem Tagessatz von 9 DM entspricht, beträgt heute der Mindestzuschuß des Landes Berlin trotz dieser von Ihnen so kritisierten Erhöhung 140 DM im Monat. Das ist fast das Dreifache des Betrages von 1967.

Sie haben sich berufen auf den Gesetzentwurf, den Sie eingebracht haben. In der Tat hatten wir Sie auch darauf verwiesen, daß dieser dem nordrhein-westfälischen Gesetz sehr ähnlich war. Sie haben dabei aber übersehen, daß dieses ein Gesetz ist, das lediglich die Kindergartenregelung betrifft, nämlich nur die Betreuung der Drei- und Vierjährigen, eventuell noch die der Fünfjährigen, weil dort der Schulbeginn ein anderer ist, daß dieses Gesetz aber beispielsweise nicht die auch von Ihnen so verteidigten, für die ausländischen Arbeitskräfte so wichtigen Krippenplätze berücksichtigt und auch nicht die Hortplätze. Gerade Hortplätze sind für Kinder aus sozial schwächeren Familien von besonderer Bedeutung.

Sie haben darauf hingewiesen, daß im nordrhein-westfälischen Gesetz ein stufenweiser Abbau der Kostenbeteiligung vorgesehen sei. Ich habe Ihnen hierzu bereits erklärt, daß auch wir in dem Kindertagesstättenentwicklungsplan einen stufenweisen Abbau der Kostenbeteiligung anstreben. Ich darf Sie aber auf die Realitäten im Land Nordrhein-Westfalen aufmerksam machen. Dort hat es im letzten Jahr eine erhebliche Kostenerhöhung gegeben. Der Höchstsatz dort beträgt 270 DM und nicht, wie bei uns, 190 DM. Das sind die Realitäten in den Bereichen, auf die Sie sich berufen. Aber, ich möchte wieder auf die Kostensteigerung in Berlin zurückkommen. Wenn im Jahre 1967 ein Höchstbetrag von täglich 6 DM von den Eltern entrichtet wurde, waren damit 71 % der tatsächlichen Kosten für einen Kindertagesstättenplatz gedeckt. Mit dem heutigen Tageshöchstsatz von 9 DM werden dagegen nur noch 58 % der tatsächlichen Kosten von diesen Eltern erbracht. Sie wissen allerdings auch, daß ein großer Personenkreis überhaupt keine Kostenerhöhung hinnehmen mußte, sondern sogar Kostensenkungen zu spüren bekam, nämlich die Gruppen mit minderen Einkommen. Der Senat hat mit dieser Handlungsweise erreicht, finanz-, bildungs- und sozialpolitische Erwägungen zu berücksichtigen. Ich wiederhole an dieser Stelle: Hätte der Senat allein eine Erhöhung der Einnahmen aus den Kindertagesstätten—Kostenbeteiligungen erreichen wollen, wäre dies tatsächlich — und rechtlich völlig unbestritten — durch eine Änderung der Kostentabelle der alten Richtlinien möglich gewesen.

(Abg. Oxfort: Das war die ursprüngliche Absicht!)

— Wir hätten aber die strukturellen Verbesserungen mit diesen alten Verträgen eben nicht realisieren können; die strukturellen Verbesserungen, gegen die Sie eigentlich doch ernsthaft auch nichts einwenden können. — Aber es ging und geht eben nicht nur um die finanzielle Seite, sondern auch darum, durch strukturelle Verbesserungen eine sozial gerechtere Beteiligung herbeizuführen. Dies ist mit der neuen Regelung gelungen, was im übrigen auch vom Amtsgericht Neukölln in der Urteilsbegründung, auf die Sie sich bezogen haben, bestätigt worden ist. Neben den haushaltspolitischen Erwägungen hat der Senat, wenn ich dies noch einmal mit erwähnen darf — im übrigen parlamentarisch nicht, wie es von Ihnen behauptet wurde, umstritten, weil die Vorlage von der Mehrheit des Hauptausschusses, wenn auch mit Einwänden, akzeptiert wurde —, sich von folgenden Überlegungen leiten lassen: Die notwendige Entlastung der Fachkräfte von Verwaltungsarbeit — und damit die Intensivierung der pädagogischen Arbeit in Kindertagesstätten — sollte durch Verlagerung der Kostenberechnung und -einziehung von den Tagesstätten in die Verwaltung der Bezirksämter erreicht werden. Durch die bessere soziale Staffelung der neuen Kostentabelle sollte erreicht werden, daß die haushaltspolitisch notwendigen Mehreinnahmen nicht zu Lasten der unteren und mittleren Einkommen gehen. Die individuellen wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern sollten zum Zwecke einer gerechteren Einkommensbewertung stärker berücksichtigt werden. Das sind zugegebenermaßen keine juristischen Überlegungen, sondern politische Überlegungen gewesen. Ich halte sie aber für äußerst wichtig, bilden sie doch die Substanz der jetzt so heftig kritisierten Maßnahmen; sie aus der Diskussion auszuschließen — das wird ja auch von Ihnen akzeptiert —, hieße, das Problem unzulässig zu vereinfachen. Erkennbare und nachweisbare Erfolge dieser Politik waren und sind, daß die Leiterinnen von 240 städtischen Kindertagesstätten sich ihrer Leitungsaufgabe im Interesse der Bildung und Erziehung der Kinder intensiver zuwenden können. Wenn Sie es ausrechnen würden, käme das, was dort jetzt für die Leiterinnen an Verwaltungsaufwand eingespart wird, einer Arbeitskraft von ca. 52 zusätzlichen Stellen gleich; außerdem ist für die in unserer Gesellschaft schwächer gestellten Familien eine spürbare Entlastung eingetreten.

Bei der Abwägung, ob das Festhalten an den alten Verträgen dem Land Berlin zumutbar sei, konnte nicht außer acht gelassen werden, daß das Land Berlin als Träger der öffentlichen Jugendhilfe — wenn es sich auch um privatrechtliche Verträge handelte — bei der Umstellung der Kostenbeteiligung im öffentlichen Interesse die Gleichbehandlung aller Kindertagesstättenbenutzer zu beachten hatte. Meinen Mitarbeitern war selbstverständlich bekannt, daß nach der Rechtsprechung in der Regel nicht aus einem Grunde gekündigt werden kann, den der Kündigende selbst herbeigeführt oder zu vertreten hat. Dieser Grundsatz gilt aber nicht ausnahmslos, wie die Entscheidung des Bundesgerichtshofs in der amtlichen Sammlung Band 41 Seite 108 zeigt. Selbst wenn der Kündigende den zur Kündigung führenden Umstand selbst verschuldet hat, ist nach diesem Urteil die Kündigung nicht immer ausgeschlossen. Es kommt hinzu, daß für die Kündigung der Kindertagesstättenverträge nicht ein im privaten Risikobereich eines Vertragspartners liegender Umstand, sondern daß überwiegend öffentliche Interessen der ausschlaggebende Grund waren. Dieser Gesichtspunkt lag den Kündigungen, über die die Rechtsprechung früher zu entscheiden hatte, nicht zugrunde, so daß wir hier also kein Musterurteil heranziehen konnten. Es war nicht abwegig, die Erwartung zu hegen, daß er von den Gerichten nicht unbeachtet gelassen, sondern akzeptiert würde. Entlastung der pädagogischen Fachkräfte von Verwaltungsarbeit, größere soziale Gerechtigkeit und bessere Berücksichtigung der individuellen wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern erschienen dem Senat hinreichend gewichtige Gründe für eine Kündigung der Verträge zu sein. Nur durch die Kündigung konnte diese gewollte, aber meines Erachtens auch notwendige strukturelle Verbesserung erreicht werden. Das rechtlich mögliche Nebeneinander von alten und neuen Vereinbarungen hätte die vorgenanten politischen Erwägungen auf längere Zeit nicht voll wirksam werden lassen. Die Gerichte haben den Tatsachenvortrag des Landes Berlin als richtig anerkannt, jedoch entgegen der Ansicht der Verwaltung die Auffassung vertreten, daß er eine Kündigung nicht rechtfertige. Der Senat respektiert diese Rechtsansicht und wird die notwendigen Folgerungen daraus ziehen. Als die Kündigung aber ausgesprochen wurde, mußte ich von der Richtigkeit meiner damaligen Rechtsansicht ausgehen und war im Interesse der Gleichbehandlung aller beteiligten Eltern gezwungen, die weitere Betreuung ihrer Kinder davon abhängig zu machen, daß die neuen Verträge unterschrieben würden. Meine Empfehlung vom 31. 5. 72 an die Bezirke, Unterschriften unter dem Vorbehalt der Rückforderung für den Fall entgegenzunehmen, daß die Kündigung der alten Verträge rechtskräftig für unwirksam erklärt wird und die Kinder in diesen Fällen weiterzubetreuen, diente bereits dazu, tatsächliche Härten wegen rechtlicher Zweifel zu verhindern. Darüber hinaus erklärte ich damals, daß alle Eltern, unabhängig davon, ob sie die Gerichte angerufen oder mit oder ohne Vorbehalt unterschrieben haben, entsprechend dem Urteil behandelt werden. Den Vorwurf der Nötigung muß ich unter diesen Umständen entschieden zurückweisen. Es ist völlig legitim und wird vom Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung gedeckt, die Entscheidung strittiger Rechtsfragen den Gerichten zu

überlassen und bis dahin von einer nach Abwägung aller Umstände für vertretbar gehaltenen Rechtsansicht auszugehen. Diese Handlungsweise des Senats macht deutlich, daß der Vorwurf der Nötigung von der anfragenden Fraktion rechtlich unbegründet und politisch auch an den Haaren herbeigezogen ist.

(Hach! von der F.D.P.)

Die Orientierungspunkte für die Entscheidung des Senats in dieser Frage habe ich deutlichgemacht. Dies ist auch die Richtschnur für die heutige Handlung des Senats. Entsprechend meiner Erklärung im Fernschreiben an die Bezirke werden alle Eltern, deren Kinder schon vor dem 1. Juni 1972 in Kindertagesstätten betreut wurden, schriftlich über die vom Senat vorgesehenen rechtlichen und finanziellen Folgerungen informiert. Die Eltern erhalten ein befristetes Antragsrecht — sechs Wochen —, sich für die zurückliegende Zeit vom 1. 6. 1972 bis zum 30. 5. 1973 von den Bezirksämtern eine Vergleichsrechnung erstellen zu lassen, aus der zu ersehen ist, ob sie sich nach den alten Vereinbarungen finanziell besser stehen. Soweit dies der Fall ist, bekommen die Eltern den Differenzbetrag zwischen alten und neuen Kostenbeträgen erstattet.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß man die Eltern darauf aufmerksam machen wird, einen Berechnungsantrag nicht zu stellen, wenn sie nach der neuen Vereinbarung erkennbar weniger Kostenbeiträge als vorher zahlen. Dies trifft nach unserer Einschätzung — wir haben das allerdings nicht statistisch genau überprüft — auf ungefähr 30 % der Fälle insgesamt zu.

Von Ihnen war noch die Frage gestellt worden: Was geschieht mit denen, deren Kinder abgemeldet wurden? Diese Eltern können ihre Kinder wieder anmelden. Nur, wir müssen davon ausgehen, daß diese Plätze inzwischen nicht unbesetzt geblieben sind, was letzten Endes denen gegenüber, die auf der Warteliste standen, unvertretbar gewesen wäre.

Die haushaltspolitischen Notwendigkeiten, eine gewisse Anpassung der Kostenbeträge an die erhöhten Ausgaben vornehmen zu müssen, machen für jedermann erkennbar, daß Mehreinnahmen erreicht werden mußten. Die Folge davon wird sein, daß eine neue Tabelle für die Kostenbeteiligung nach den alten Verträgen erlassen wird. Damit wird bereits ein finanzieller Unterschied zwischen alter und neuer Regelung nicht mehr bestehen. Der Senat geht weiterhin davon aus, daß die strukturellen Verbesserungen, die durch die neue Regelung nachweisbar erreicht wurden, erhalten bleiben sollen. Deshalb werden wir allen Eltern empfehlen, der neuen Regelung weiterhin zuzustimmen. Ich bin überzeugt davon, diese Empfehlung auch vertreten zu können, weil der Rückgriff auf die alten Vereinbarungen den Eltern auch künftig keine erkennbaren Vorteile bietet und objektive Vorteile der neuen Vereinbarungen beeinträchtigen würde. Die pauschale Erhebung der Kostenbeteiligung — und nur durch sie ist die Verwaltungsentlastung möglich — hat jetzt schon den großen Pluspunkt, zwei beitragsfreie Monate für jedes Kind. Dazu kommt, daß Eltern, deren Kinder noch längere Fehlzeiten aufweisen, eine jährliche Rückvergütung beantragen können. Ich bin daher überzeugt, daß die Eltern bei einer Wahl zwischen alter und neuer Regelung die Vorteile der neuen Regelung in Anspruch nehmen werden.

Nach all dem, was ich hier vorgetragen habe, ergibt sich deutlich, daß das Verhalten im Zusammenhang mit den ausgesprochenen Kündigungen korrekt war, im übrigen parlamentarisch nicht bestritten, und der Vorwurf der Nötigung unhaltbar ist. Die Folgerungen aus dem Urteil für alle betroffenen Eltern sind Ihnen dargestellt, so daß sich die Frage nach den Konsequenzen erübrigt.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Hoppe: Ich eröffne die Besprechung. Das Wort hat Herr Abgeordneter Oxfort.

Oxfort (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um es gleich im voraus zu sagen: Die Beantwortung der Großen Anfrage der Fraktion der F.D.P. durch die Frau Senatorin für Familie, Jugend und Sport hat die Fraktion der F.D.P. nicht befriedigt. Ich habe nicht die Absicht, Frau Senatorin, mit Ihnen hier in der Aussprache über die Beantwortung dieser Großen Anfragen in einen Streit darüber im einzelnen einzutreten, ob der Inhalt der neuen Verträge und die dort gewonnenen strukturellen Verbesserungen tatsächlich besser oder schlechter sind. Eine solche Aussprache hier zu führen ist ja schon deshalb sinnlos, weil es für den betroffenen Bürger auf seinen jeweiligen sozialen Standort ankommt, auf seine jeweilige soziale Position, ob für ihn die neue Regelung besser oder schlechter ist. Aus dem Gesichtspunkt des Abgeordnetenhauses will ich Ihnen einräumen, daß die Einführung sozialer Verbesserungen etwas ist, was wir hier alle begrüßen. Das ist also nicht das Entscheidende.

Das Entscheidende ist etwas ganz anderes. Wir haben eine Empfehlung des Rechnungshofes gehabt, in der dieser dem Senat empfohlen hatte, diesen ganzen Bereich öffentlich-rechtlich zu regeln. Es wäre das gute Recht des Senats gewesen, die Nutzung der Kindertagesstätten auf der Basis des Anstaltsrechts zu lösen. Er hätte damit im wesentlichen die Möglichkeit gehabt, die inneren Rechtsverhältnisse dieser Anstalten entsprechend auszugestalten. Davon hat der Senat entgegen der Empfehlung des Rechnungshofes keinen Gebrauch gemacht. Er hat statt dessen den Weg gewählt, als Fiskus aufzutreten. Wenn der Staat als Fiskus auftritt und privatrechtliche Verträge abschließt, dann ist der Staat in gleicher Weise den privatrechtlichen Gesetzen und den Umgangsformen, die unsere Rechtsordnung vorschreibt, unterworfen wie jeder andere Bürger auch. Es ist völlig unvorstellbar, daß der einzelne Bürger an bestimmte Rechtsvorschriften gebunden ist, jedoch der Staat durch seine Gerichte im Streitfalle entscheiden läßt, daß er die Vorteile des Auftretens als Privatperson, als Fiskus, für sich in Anspruch nimmt und andererseits sich selbst nicht an die Rechtsordnung hält.

Ich beklage es außerordentlich, Frau Senatorin, daß Sie hier nicht den Mut gefunden haben, angesichts der vorliegenden Urteile — es sind ja immerhin zwei, allein in der einen Sache, die übereinstimmen — nicht den Mut gefunden haben zuzugeben, daß das Verhalten, das Ihre Behörden an den Tag gelegt haben, nicht korrekt gewesen ist. Und um diese Frage der Korrektheit geht es in diesem Zusammenhang. Denn der Herr Kollege Wahl hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, daß es hier um die Frage der Einhaltung rechtsstaatlicher Vorschriften geht.

Es steht fest, daß bis Ende Mai — auf wessen Weisung auch immer — die zuständigen Jugendämter und die zuständigen Kindertagesstätten von den Eltern gefordert haben, daß sie den von Ihnen präsentierten neuen Vertrag unterschreiben mit der Androhung: „Wer diesen Vertrag bis zum 31. Mai 1972 nicht unterschreibt, dessen Kinder werden ab 1. Juni in den Kindertagesstätten nicht mehr betreut." Eine solche Androhung, die Kinder plötzlich nicht mehr zu betreuen, stellt ein empfindliches Übel für die betreffenden Eltern dar. Denn wenn ein Elternpaar sich in abhängiger Arbeit befindet und ihm plötzlich gesagt wird: „Deine Kinder werden nicht mehr betreut", dann ist das ein empfindliches Übel für das betreffende Elternpaar. Sie haben — jedenfalls die Ihrer sachlichen Verantwortung unterstehende Behörde — den Eltern erklärt, ein solches empfindliches Übel wird eintreten, wenn die Eltern einen Vertrag nicht unterschreiben, auf den das Land Berlin gar keinen Anspruch hatte.

(Abg. Pawlak: Das war doch damals noch unklar!)

Es wäre doch das gute Recht der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport gewesen, beispielsweise bei der Erstauflage der Verträge sich für bestimmte Fälle Kündigungsmöglichkeiten vorzubehalten, sie vertraglich zu vereinbaren. Darauf aber hat der Senat damals bewußt verzichtet. Er hat nur ein außerordentliches Kündigungsrecht in die Verträge — wie Sie wissen — einbezogen, das hier überhaupt nicht zur Debatte stand. Das heißt, der Senat hat Verträge gekündigt, die er nach dem klaren Text des

Vertrages — und dazu brauchte man nicht einmal ein sonderlich guter Jurist zu sein, Herr Kollege Pawlak — wirklich nicht kündigen konnte.

Stellv. Präsident Hoppe: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Oxfort (F.D.P.): Aber bitte!

Pawlak (SPD): Herr Kollege Oxfort! Teilen Sie die Meinung, daß das damals zumindest streitig sein konnte, ob die Kündigung zulässig ist oder nicht, und daß, wenn man der Auffassung sein durfte, die außerordentliche Kündigung sei rechtlich zulässig, dann diese Kritik, die Sie eben aus rechtlicher Sicht geübt haben, unbegründet ist?

Oxfort (F.D.P.): Herr Kollege Pawlak! Angesichts des klaren Wortlautes des Vertrages teile ich Ihre Auffassung nicht, daß es damals rechtlich zweifelhaft sein konnte, eine solche Kündigung auszusprechen. Ich teile schon gar nicht die Auffassung, daß es möglich war, die Kündigung auszusprechen mit der ausdrücklichen Erklärung, es werde keine weitere Betreuung mehr stattfinden, wenn die Eltern nicht unterschreiben. Die Sache ist ja noch sehr viel weiter gegangen, Herr Kollege Pawlak, wie Sie wissen. Man hat ja sogar den Eltern die weitere Betreuung in den Kindertagesstätten verweigert, die gesagt haben, unter dem Druck der Situation bin ich zwar bereit zu unterschreiben, aber ich unterschreibe nur unter Vorbehalt. Erst als eine einstweilige Verfügung gegen den Senat ergangen war, hat die Senatorin für Familie, Jugend und Sport in ihrem hier bereits zitierten Rundschreiben vom 31. 5. 1972 davon gesprochen, daß man auch Unterschriften unter Vorbehalt entgegennehmen könne. Allerdings unter ausdrücklichem Hinweis darauf — ich zitiere wörtlich —: „Wenn sich Zahlungspflichtige hiermit nicht einverstanden erklären oder überhaupt die Unterschrift unter die neuen Vereinbarungen verweigern, kann das Kind in der Regel nicht weiter betreut werden." Das heißt, auch damals noch — nachdem schon die einstweilige Verfügung ergangen war — sind weitere zusätzliche Vorbehalte aufgenommen worden.

Das, meine Damen und Herren, ist ein Sachverhalt — es tut mir leid, dies hier noch einmal mit allem Nachdruck sagen zu müssen —, der — der Herr Kollege Wahl hat es noch sehr höflich ausgedrückt — in meinen Augen den Tatbestand der Nötigung wenigstens objektiv erfüllt. Und ein normaler Staatsbürger, der sich im Geschäftsleben als Privatperson ein derartiges Vorgehen geleistet hätte — Herr Kollege Pawlak, das wissen wir beide sehr gut —, der wäre dafür auf der Anklagebank gelandet.

(Unruhe bei der SPD)

Und nun stehen wir hier in diesem Hause und haben uns zu fragen, ob ein solches Verhalten von Behörden einfach widerspruchslos hingenommen werden kann,

(Zuruf des Abg. Pawlak)

ob eine solche flagrante Verletzung des Rechts und eine solche Infragestellung des Rechtsstaates nicht bestimmte Konsequenzen haben muß.

Nun, meine Damen und Herren, wir sind dieser Auffassung, und namens der Fraktion der F.D.P. bringen wir deshalb hiermit folgenden Antrag ein:

> Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen: Der Senatorin für Familie, Jugend und Sport wird das Vertrauen entzogen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich darf den Antrag hier einreichen.

Hier handelt es sich um einen schwerwiegenden Vorgang, in dem das Vertrauen in die Bewahrung der Rechtsstaatlichkeit gefragt ist. Es wäre an dieser Stelle sehr leicht möglich, diesen Mißtrauensantrag gegen die Senatorin für Familie, Jugend und Sport entsprechend zu ergänzen. Es wäre möglich, eine Reihe von anderen Umständen hier noch anzuführen. Ich will nur auf zwei Beispiele hinweisen, auf jenen berühmten veröffentlichten und hier im Abgeordnetenhaus besprochenen Artikel, in dem als Voraussetzung für eine vernünftige Kinder- und Jugenderziehung die Enteignung der Produktionsmittel empfohlen wurde, und es wäre auch möglich, darauf zu verweisen, daß die Frau Senatorin für Familie, Jugend und Sport mit ihrem Verhalten am 1. Mai nicht nur den Deutschen Gewerkschaftsbund und die Deutsche Angestelltengewerkschaft provoziert hat, sondern gleichzeitig mit ihrer Beteiligung an einer Veranstaltung, die in einer fatalen, mindestens örtlichen und zeitlichen Nähe zu einer kommunistischen Veranstaltung stand,

(Abg. Pawlak: Ist ja unerhört! — Protest bei der SPD)

Zweifel daran gesetzt hat, ob sie das Vertrauen noch verdient.

(Zuruf von der SPD: Wieviel Jungdemokraten waren dabei?)

— Ja, verehrter Herr Kollege, den Hinweis auf die Jungdemokraten nehme ich ja gerne entgegen und ich überlasse es selbstverständlich Ihnen, einige unreife Jungen mit der Senatorin für Familie, Jugend und Sport zu vergleichen.

(Zuruf: Sehr richtig! — Beifall bei der F.D.P. — Zurufe von der SPD)

Diesen Vorwurf, hier etwas Unrichtiges vorzutragen, weise ich mit Entschiedenheit zurück. Sie wissen sehr genau, welche Auseinandersetzungen es in dieser Stadt und auf welchem politischen Hintergrund um Kontrastveranstaltungen zu den Veranstaltungen der Gewerkschaften gegeben hat.

(Zuruf des Abg. Meyer)

Und Sie wissen auch genau, daß der Weg, den diese Veranstaltung genommen hatte, sich genau auf den gleichen Bahnen vollzog, den die zeitlich etwas spätere Veranstaltung genommen hat, wobei ich darauf hinweise, daß es später auch noch zu personellen Begegnungen gekommen ist.

(Zurufe von der SPD)

Aber ich sage ja gar nicht, daß wir uns über diesen Punkt hier auseinandersetzen wollen,

(Abg. Dr. Haus: Thema!)

— die SPD mag das mit sich selbst und mit den deutschen Gewerkschaften ausmachen —, denn ich beschränke den Mißtrauensantrag der Fraktion der F.D.P. ausdrücklich auf das Verhalten, für das die Senatorin für Familie, Jugend und Sport die politische Verantwortung zu tragen hat, nämlich darauf, daß im Zusammenhang mit der Kündigung der Kindertagesstättenverträge zum 31. Mai des vergangenen Jahres ein Verhalten an den Tag gelegt worden ist, das mindestens den objektiven Tatbestand der Nötigung erfüllt und damit die Bewahrung der Rechtsstaatlichkeit in unserem Lande in Zweifel gezogen hat.

(Beifall bei der F.D.P.)

Stellv. Präsident Hoppe: Meine Damen und Herren! Bevor ich dem nächsten Redner in der Besprechung das Wort erteile, möchte ich auf folgendes hinweisen: Der hier gestellte Mißtrauensantrag kann im Zusammenhang mit der Großen Anfrage nicht behandelt und erledigt werden; er wird das Haus in der nächsten Sitzung beschäftigen.

Das Wort in der Besprechung hat nun Herr Abgeordneter Weingärtner.

Weingärtner (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wird Sie sicherlich nicht sonderlich überraschen, daß die Fraktion der SPD die Haltung des Senats, wie sie in der Beantwortung der Großen Anfrage zum Ausdruck gekommen ist, voll billigt.

(Zurufe)

Bevor ich dies hier näher begründe, gestatten Sie mir jedoch einige Anmerkungen zum parlamentarischen Stil der Fraktion der F.D.P. Die Fraktion der Freien Demokraten hat hier immer wieder versucht, sich zu dem großen Hüter und Bewahrer der parlamentarischen Rechte und der Würde des Hauses hochzustilisieren.

(Zuruf von der F.D.P.: War auch nötig! — Abg. Dr. Haus: Na, na!)

In der 36. Sitzung dieses Hauses, am 26. Oktober 1972, hat Herr Kollege Oxfort in einer Debatte um die komplizierte Materie der Inkompatibilität Mitglieder dieses Hauses, die Beamte sind, in schon fast beleidigender Form angegriffen.

(Abg. Dr. Haus: Ja, ja!)

Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten darf ich den Schluß Ihrer damaligen Rede, Herr Kollege Oxfort, hier zitieren. Mit Blick auf die Beamten in diesem Haus sagten Sie:

> Lassen Sie mich zum Schluß — ich sage jetzt mal ganz bewußt — eine ironische aber sehr harte Bemerkung machen: Die einen schließen Beraterverträge, die anderen lehnen es ab, die Inkompatibilität zu regeln.

Nun ist dies sicher ein sehr ernstes Problem, über das man diskutieren muß. Was soll man aber davon halten, wenn ein Mitglied dieses Hauses — im Privatleben Rechtsanwalt — einen Fall vor Gericht erfolgreich vertritt und dann seinen Erfolg damit zu krönen versucht, daß er ihn hier zum Gegenstand einer parlamentarischen Debatte macht?

(Beifall bei der SPD — Abg. Dr. Haus: Sehr gut!)

Ich will nicht so weit gehen, Herr Oxfort, zu behaupten, diese Große Anfrage diene dazu, dem Rechtsanwalt Oxfort bei künftigen Verfahren vor Gericht gegen den Senat von vornherein mehr Respekt zu verschaffen.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut! — Beifall bei der SPD)

Aber ein Rest von Unbehagen bleibt. Vielleicht sollten wir über diese Problematik im Zusammenhang mit der Ehrenordnung für Abgeordnete einmal sehr ernsthaft diskutieren.

(Zurufe — Beifall bei der SPD)

Doch nun zum eigentlichen Inhalt der Großen Anfrage. Liest man die Große Anfrage der Fraktion der Freien Demokraten im ganzen, so drängt sich der Eindruck einer künstlich aufgeblasenen Sache auf. Oder wie soll man sonst so große Worte wie „parlamentarisch bestrittenes Kündigungsrecht", „Nötigung", „Konsequenzen für politisches Fehlverhalten" werten? Und dann noch als Gipfel ein Antrag, der erst in der nächsten Sitzung behandelt wird, ein Mißtrauensantrag gegen ein Senatsmitglied.

(Abg. Schmitz: Seien Sie nur nicht beleidigt!)

Zum parlamentarisch bestrittenen Kündigungsrecht hat Frau Senatorin Reichel bereits ausgeführt, daß dies nicht existiere. Hier sollten doch Fragen des Herrn Kollegen Hoppe etwa im Hauptausschuß nicht künstlich zu einem parlamentarisch bestrittenen Kündigungsrecht gemacht werden. Ich glaube, mit einer solchen Methode dienen wir uns alle hier nicht bei unserer Arbeit in Ausschüssen und auch hier im Plenum.

Die SPD-Fraktion weist den Vorwurf der Nötigung zum Abschluß neuer Verträge mit Entschiedenheit zurück. Frau Senator Reichel hat dies bereits sachlich begründet, ich habe dem nichts hinzuzufügen,

(Zuruf von der F.D.P.: Das merkt man!)

nur das, daß Herr Kollege Wahl hier einschränkend fairerweise gesagt hat: „Am Rande der Nötigung", dieser Eindruck dann aber wieder weggewischt wurde durch die sehr markigen und hochgeschraubten Worte des Herrn Kollegen Oxfort. Was die Konsequenz betrifft, so sieht die Fraktion der SPD keine Gründe, hier Konsequenzen zu fordern; sie hält vielmehr die Konzeption des Senats in dieser Frage für richtig und auch für vertretbar. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Hoppe: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dolata.

Dolata (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Recht dieses Hauses, die Verwaltung zu kontrollieren, kann doch wohl nicht ernsthaft bestritten werden,

(Abg. Dr. Haus: Wer bestreitet das denn?)

sonst müßte man mal mit denjenigen, die das aus der Senatsverwaltung oder aus den Mitgliedsreihen der Mehrheitsfraktion äußern, in Klausur gehen.

Die Erhöhung der Entgelte bei der Nutzung der Kindertagesstätten — und um dieses Verfahren geht es ja wohl im Augenblick — war sicher nicht nur eine fiskalische Entscheidung, sondern wohl auch eine politische Entscheidung. Die Formen und die Umstände der Vertragskündigung damals und die Formen und Umstände der Umstellungen, einschließlich der jetzigen Rücknahmen, werfen unserer Meinung nach ein bezeichnendes Licht auf das Vermögen — nein, lassen Sie mich besser formulieren, zutreffender formulieren —, auf das Unvermögen dieser Senatsverwaltung, der politisch verantwortlichen Wahlbeamtin und vielleicht auch der Juristen und der Verwaltungsfachleute dieses Hauses, solche Entscheidungen verwaltungstechnisch vorzubereiten und in die Verwaltungspraxis umzusetzen.

Der Senator für Inneres hat dankenswerterweise neben vielen anderen Veröffentlichungen auch einmal einen Leitfaden für die Organisationsarbeit herausgegeben. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten daraus einen Satz zitieren:

> Alle Maßnahmen der Behörden setzen kostenbewußt denkende Mitarbeiter voraus, die sich ständig um die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung bemühen sollen.

Nun nehmen Sie das bitte auf den Hintergrund dieses Vorganges und fragen Sie die Beteiligten, ob ihnen bewußt war, was unter Organisationsarbeit und diesen Vorschriften zu verstehen war. Anscheinend haben die Herrschaften in der Hauptverwaltung keine Vorstellungen oder falsche Vorstellungen von Möglichkeiten, Realitäten, Arbeiten, die Tag für Tag in den zwölf Bezirksverwaltungen — bezirklichen Jugendämtern — in diesem Bereich erledigt werden müssen. Wenn da falsche Vorstellungen existieren, müßten sie spätestens heute durch diese Debatte, aber auch durch die Äußerungen in den vergangenen Monaten, in der Senatsverwaltung aufgegriffen worden sein, und ich frage die Senatorin für Familie, Jugend und Sport, ob sie unter diesen Umständen — da sie mit ihrer Verwaltung bei dem ganzen Verfahren nur im Anweisungswege und nicht bei der Durchführung betroffen ist — bereit ist, die Überlastung in den zwölf Bezirksämtern dadurch zu mindern, daß sie Mitarbeiter ihres Hauses den zwölf Bezirksverwaltungen befristet zur Verfügung stellt, damit sie diese anfallenden Arbeiten leichter erledigen können und die betroffenen Bürger nun nicht noch durch Verschleppung solcher Vorgänge zusätzlich benachteiligt werden. Bei diesem —

wie wir in Berlin gelegentlich sagen — „rin in die Kartoffeln und raus aus die Kartoffeln" kann man als normaler Mitbürger eigentlich nur an die sagenhaften Schildbürgerstreiche denken. Ahnt denn niemand, was das den Steuerzahler kostet, wenn bei Kündigung, Umstellung und Neuberechnung in zwölf bezirklichen Jugendämtern zusätzliche Mitarbeiter tage- und wochenlang — ja nachweisbar sogar noch über Monate hinaus — damit beschäftigt sind, zusätzliche Arbeit zu vollbringen, die man hätte vermeiden können? Wenn schon die Verantwortung der dafür zuständigen Senatorin anscheinend nicht ausreicht, so etwas zu vermeiden, dann gibt es nach Auffassung unserer Fraktion ja auch noch eine Dienstaufsicht des Regierenden Bürgermeisters. Wie wäre es, wenn der einmal versucht, nachzusehen, daß in seiner gesamten Verwaltung solche Dinge nicht wieder vorkommen?

(Abg. Dyllick: Hört, hört!)

Nun noch ein Wort zum Mißtrauensantrag der F.D.P. Es ist kein Geheimnis, daß diese Senatorin das Vertrauen unserer Fraktion noch nie besessen hat; ja im Gegenteil, wir haben leider in den vergangenen zwei Jahren schon mehrfach — hier auch — versucht, unser Mißtrauen zu formulieren und Sie zu bitten, unseren Argumenten zu folgen. Wir haben auch schon in anderer Form ihr nahegelegt, die Konsequenzen aus den Fehlverhalten, die wir ihr aufgezeigt haben, zu ziehen. Wir werden selbstverständlich bis zur nächsten Woche in unserer Fraktion unter diesem neuen Gesichtspunkt über diesen Antrag beraten und nächste Woche gebührend dazu Stellung nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Hoppe: Das Wort hat Herr Abgeordneter Oxfort.

Oxfort (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Daß die Fraktion der SPD, die den Senat von Berlin trägt, hier die Erklärung abgeben würde, sie decke selbstverständlich alles, was ihre Senatoren machen, war zu erwarten,

(Abg. Dr. Haus: Wer hat das gesagt? — Frau Abg. Renner: Ist nicht wahr!)

und Sie dürfen davon ausgehen, daß wir dies in unsere Überlegungen einbezogen haben, als wir uns entschlossen haben, für einen bestimmten Fall einen solchen Mißtrauensantrag hier einzubringen. Die Fraktion der F.D.P. unterschätzt auch keineswegs die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse in diesem Haus, so daß wir uns sehr wohl überlegen können, welche konkreten Aussichten ein solcher Antrag hat. Dies ist aber nicht das Entscheidende. Wesentlich ist, daß das Instrument des Mißtrauensantrages ein besonderes, verfassungsrechtlich und geschäftsordnungsmäßig garantiertes Mittel der Opposition darstellt, um im Rahmen der ihr obliegenden parlamentarischen Kontrolle ihren nachhaltigen Unwillen gegen ein bestimmtes Verhalten zum Ausdruck zu bringen. Es ist das gute Recht der Fraktion der SPD, etwas nicht für Nötigung zu halten, was Nötigung mindestens objektiv ist. Wir werden uns darüber an anderer Stelle ja noch und zu anderer Zeit hier zu unterhalten haben.

Ich möchte, da ich persönlich angesprochen worden bin, auch zu den Dingen etwas sagen, die der Herr Kollege Weingärtner zu sagen für richtig gehalten hat. Zunächst einmal lassen Sie mich die einfach sachliche Feststellung treffen, daß weder Herr Kollege Wahl, noch ich, noch irgend jemand sonst von der F.D.P.-Fraktion hier in diesem Hause oder an anderer Stelle öffentlich einen Hinweis darauf gemacht hatte, daß der Prozeß, von dem hier die Rede ist, von mir in meiner Eigenschaft als Anwalt geführt worden ist.

(Zuruf von der SPD)

Die Beleidigung, die jedenfalls für einen Anwalt darin steckt, ihm unzulässige Werbung vorhalten zu wollen, mögen Sie mit sich selbst ausmachen, Herr Kollege Weingärtner; ich weise jedenfalls eine solche Behauptung, die außerdem außerordentlich geschmacklos ist, mit Entschiedenheit zurück.

(Zurufe von der SPD — Beifall)

Sie haben überhaupt keinen sachlich begründeten Anlaß gehabt, einem Kollegen, der zufällig Anwalt ist und der auch Informationen aus einem bestimmten Prozeß bezogen hat, etwa den Vorwurf machen zu können, er dürfe die so gewonnenen Informationen nicht verwerten. Falls es Sie interessiert: Die betreffende Partei, für die ich an diesem Prozeß beteiligt war, hatte mich jedenfalls dazu ermächtigt, davon Gebrauch zu machen.

Und nun noch etwas ganz anderes. Sie haben in diesem Zusammenhang gemeint, das sei ein Problem, das im Zusammenhang mit der Ehrenordnung für Rechtsanwälte besprochen werden müsse,

(Zurufe — Abg. Ehrke: Vielleicht auch mit der für Abgeordnete!)

— mit der Ehrenordnung für Abgeordnete besprochen werden sollte. Das sollte sicherlich ein politischer Gag sein, denn Sie wissen genau, daß es nicht einen einzigen Entwurf einer Ehrenordnung für Abgeordnete gibt, in dem das, was Sie hier zum Gegenstand Ihrer politischen Erörterungen gemacht haben, verboten, unerlaubt oder ehrenrührig genannt würde. Ich will an dieser Stelle auch keine Retourkutsche fahren,

(Zurufe von der SPD)

obwohl es mich jetzt sehr reizt, eine Reihe von Dingen aufzuzählen, in denen wir uns hier sehr wohl gezwungen sehen, uns mit der Ehrenordnung für Abgeordnete zu befassen.

(Zuruf: Sehr richtig! — Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich habe einige Kollegen hier im Hause, die ich dazu nur etwas scharf anzusehen brauche. Ich verzichte darauf, weil es im Zusammenhang mit einer solchen sachlichen Debatte

(Zurufe von der SPD)

— entschuldigen Sie, auch ein Mißtrauensvotum ist ein sachliches Anliegen — schon eines ganz besonderen Geschmacks bedarf, um ehrenrührige Vorwürfe derart zu erheben, wie sie der Sprecher der SPD-Fraktion hier vorzutragen für richtig hielt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Stellv. Präsident Hoppe: Das Wort hat Herr Abgeordneter Pawlak.

Pawlak (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir wollen im Rahmen des guten Geschmacks bleiben. Und, Herr Kollege Oxfort, da muß ich Ihnen ganz offen sagen: Was Sie zuletzt gesagt haben, war wohl nicht mehr ganz in dem Rahmen, denn es hatte ja nun auch keinen sachlichen Zusammenhang; objektiv haben Sie recht, natürlich konnten Sie, obwohl Sie dort als Prozeßbevollmächtigter tätig waren, das hier zum Gegenstand einer parlamentarischen Initiative machen. Das ist rechtlich unbestritten. Aber: Doch hätte man nicht einen anderen Kollegen der Fraktion darüber reden lassen sollen? Ob das nicht doch als angemessener empfunden worden wäre? Wäre ich in Ihrer Fraktion, hätte ich mich dafür eingesetzt, daß ein anderer redet; das muß ich Ihnen ganz offen sagen, und das würde ich in gleicher Lage in meiner Fraktion auch tun.

(Abg. Oxfort: Auf Sie wäre die Wahl Ihrer Fraktion aber nicht gefallen!)

— Ja, na auf Ihre Fraktion ist ja meine Wahl auch nicht gefallen, so gleicht sich das wieder aus, Herr Kollege Oxfort. Sie hatten hier gesagt: Aufgrund einer Rechtsansicht usw.

Sie haben so getan, als sei das völliger rechtlicher Unsinn gewesen, was der Senat da veranstaltet hat. Und, Herr Kollege Oxfort, so ist es doch nicht.

(Abg. Oxfort: Sondern?)

Sie haben selbst anklingen lassen, gegen die Regelung, die der Senat vorgenommen hat, wäre gar nichts zu sagen gewesen, wäre sie per Gesetz, über ein Kindertagesstättengesetz erfolgt. Sie haben gesagt: Nein, der Senat hat es nun nicht per Gesetz gemacht, sondern er hat die privatrechtliche Form gewählt. Und bei der privatrechtlichen Form war man beim Senat der Auffassung, daß aufgrund dieser neuen Konzeption bei den Kindertagesstätten ein außerordentlicher Kündigungsgrund gegeben sei. Lange Jahre hindurch war man zwar der Meinung, es könne nicht der ein Dauerverhältnis kündigen, in dessen Sphäre selbst eine Änderung eintritt, die dann zum Kündigungsgrund führt. Diese jahrelange Auffassung ist aber nicht richtig, wie die Entscheidung des Bundesgerichtshofs im Band 41 Seite 108 zeigt, wo nämlich ein Dauerverhältnis aufgekündigt wurde aus einem außerordentlichen, wichtigen Grund, der in der Sphäre des Kündigenden lag. Daß der Senat nun dieser Auffassung war und er das rechtlich für vertretbar hielt, was der Bundesgerichtshof gesagt hatte, na, das kann man doch dem Senat wohl nicht übelnehmen.

Zum anderen: Sparsamkeit wurde hier gesagt, Herr Kollege Dolata, und er führte die Arbeiten an, die dadurch entstehen, daß man jetzt wieder aus den Kartoffeln rausgeht. Ja, meine Damen und Herren, wäre nun diese Änderung per Gesetz gemacht worden — wollen wir doch mal ehrlich sein, wollen wir uns doch klar darüber sein —, wäre das sicherlich teurer, als wenn der Senat — wie er meint, berechtigt — Richtlinien ändert. Das ist doch klar. Also war es im übrigen auch eine — leider nur vermeintliche — Sparmaßnahme.

(Zuruf des Abg. Dolata)

Und wenn nun nicht aus den Kartoffeln herausgegangen würde, Herr Kollege Dolata, dann würde man sich mit Recht aufregen; nur deshalb ging man raus aus den Kartoffeln, weil der Senat anerkennt: Hier hat das Gericht eine Rechtsfrage entschieden, wir waren rechtlich auf dem falschen Dampfer,

(Abg. Dolata: Nein, der Fehler wurde vorher gemacht!)

aber daraus ziehen wir die Konsequenzen, wir sind ja der Senat von Berlin und nicht eine bekannte Sportorganisation. Das sollte man mal anerkennen, obwohl — weil es privates Recht ist, Herr Kollege Oxfort, auch darüber sind wir uns ja im klaren — der Senat auch hätte sagen können: Na, nun ist ein Fall entschieden, nun warten wir mal, bis der Vorsitzende der 7. Kammer wieder gesund ist, vielleicht entscheidet der anders, weil er eine andere Rechtsauffassung hat, nicht etwa, weil er eine andere Einstellung hat.

(Zuruf von der F.D.P.)

Diese Möglichkeit ist ja auch nicht von der Hand zu weisen. Nein, das hat man nicht getan, man hat im Parallelverfahren sofort die Berufung zurückgenommen, und das zeigt, wie konsequent rechtstreu der Senat gehandelt hat und wie konsequent es auch war, daß, nachdem die Angelegenheit diese Wendung genommen hatte, man alle gleich von vornherein so behandelte, wie man die alleinige obsiegende Klägerin hätte allein behandeln müssen.

(Abg. Oxfort: Glauben Sie das eigentlich, was Sie hier sagen? — Zuruf von der CDU: Er muß erst überlegen!)

— Ja, Herr Kollege Oxfort, ich glaube es nicht nur, ich bin sogar überzeugt davon, daß man also nicht deswegen einen — sagen wir mal — katholischen Gottesdienst veranstaltet, weil man Schnaps in einer Gaststätte trinkt, in der fünf Minuten später ein katholischer Gottesdienst stattfindet.

(Wiederspruch bei der CDU — Abg. Dolata: Haben Sie keine anderen Beispiele?)

Stellv. Präsident Hoppe: Herr Abgeordneter, lassen Sie Herrn Abgeordneten Wronski eine Zwischenfrage stellen?

Pawlak (SPD): Aber gerne, bitte!

Stellv. Präsident Hoppe: Bitte sehr, Herr Abgeordneter!

Wronski (CDU): Herr Kollege Pawlak! Würden Sie bitte meine Meinung entgegennehmen, daß ich mich als Angehöriger der katholischen Kirche durch diesen „geschmackvollen" Primitivvergleich zutiefst getroffen fühle?

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Stellv. Präsident Hoppe: Herr Abgeordneter Wronski! Ich gestatte mir dazu die Bemerkung, daß Ihre vielleicht mögliche und verständliche Bemerkung als Zwischenfrage nur schwer zu deuten war.

Pawlak (SPD): Zumal, Herr Kollege Wronski, noch hinzukommt: Hätten Sie mich ausreden lassen — ich habe Ihnen selbstverständlich sofort die Zwischenfrage gestattet —, wäre Ihnen der Sinn dieses Vergleichs gleich offenbar geworden; denn natürlich kann man beides nicht miteinander vergleichen und kann man das nicht so benennen; aber genauso wenig kann man eine politische Veranstaltung nur deswegen diffamieren, weil in Zeitnähe und in Ortsnähe eine andere politische Veranstaltung stattfindet, und man kann nicht sagen, wegen der zeitlichen Nähe und der örtlichen Nähe sind die Teilnehmer wohl auch im Denken nahe, wobei ich betonen muß, daß die Veranstaltung am 1. Mai auch die Frau Senator Reichel besucht hat ... Ich habe sie nicht besucht, da sind wir auseinander, das gebe ich ganz offen zu, doch diese Veranstaltung, die sie besucht hat, war eine Veranstaltung, an der teilzunehmen das höchste Gremium der Sozialdemokratischen Partei hier in Berlin freigestellt hatte und die von ihm insoweit sogar unterstützt wurde.

(Beifall bei der SPD)

Und, meine Damen und Herren, hier es nun so darzustellen, als sei die Teilnahme, als sei die Tätigkeit von Frau Reichel am 1. Mai, an der Stelle, wo sie da marschiert ist, wo sie sich das ausgesucht hat, ein Zeichen dafür, daß man ihr hier demokratisch mißtrauen müsse, Herr Kollege Oxfort, das ist unerhört.

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU: Das ist ein merkwürdiges Demokratieverständnis, Herr Pawlak! — Frau Abg. Renner: Kann ich aber nicht finden!)

Stellv. Präsident Hoppe: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmitz.

Schmitz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Über den Mißtrauensantrag werden wir uns in der nächsten Sitzung unterhalten, und ich hoffe, daß der sozialdemokratischen Fraktion dann eine bessere Begründung für ihre politische Haltung einfällt als das, was sie bis heute geboten hat.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig! — Beifall bei der CDU)

Ich darf hier nur ganz kurze Feststellungen treffen: 1. Eine Sachdiskussion über die F.D.P.-Initiative hat, obwohl sie geboten gewesen wäre, nicht stattgefunden; Sie sind zu meinem großen Bedauern — ich glaube, zum Bedauern auch Ihrer eigenen Fraktion, wenn Sie ernsthaft darüber nachdenken — darauf ausgewichen, hier persönliche Angriffe zu führen. Ich würde meinen, das ist ein ganz schlechter Stil,

(Zurufe des Abg. Hannemann und der Frau Abg. Renner)

denn bei dem Inhalt der Vorwürfe, Herr Kollege Hannemann, würde ich empfehlen, wenn der Vorwurf der Nötigung erhoben wird, die Prüfung der Staatsanwaltschaft und nicht Rechtsinterpretationskünsten zu überlassen, wie sie heute vorgenommen worden sind. Und lassen Sie mich auch hier eines sagen: Ich habe gar keinen Zweifel daran, daß, wenn die Verhaltensweise des Senats in dieser leidigen Angelegenheit durch andere Prozeßbevollmächtigte aufgedeckt worden wäre, dieselbe politische Diskussion heute notwendig gewesen wäre.

(Abg. Dolata: Unter Garantie! — Beifall bei der F.D.P.)

Und deshalb, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion — und Sie haben sich ja bei der Neuwahl Ihres Fraktionsvorstandes zu einer kritischen Beobachtung der Senatsverhaltensweise bekannt —, empfehle ich Ihnen, diese Kritik jetzt anzusetzen, in sich zu gehen und mit besseren Argumenten aufzuwarten. — Danke!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. — Abg. Hannemann: Eine Zensur können Sie sich sparen!)

Stellv. Präsident Hoppe: Meine Damen und Herren! Ich schließe die Besprechung der Großen Anfrage, da mir weitere Wortmeldungen dazu nicht vorliegen. Der Tagesordnungspunkt hat durch Beantwortung und Besprechung seine Erledigung gefunden.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 2, Drucksache 6/838:

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Bau- und Wohnungswesen vom 14. März 1973 zum Antrag der Fraktion der SPD über Wohnungsvermittlung

Zur Berichterstattung für den zuständigen Ausschuß hat Herr Abgeordneter Franke das Wort.

Franke (CDU), Berichterstatter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Beratung des Antrages der SPD über Wohnungsvermittlung wurde mit der Besprechung der Vorlage — zur Kenntnisnahme — über Wohnungsvermittlung verbunden. Die Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen führte dazu aus, daß das Landesamt für Wohnungswesen seit 1969 fertig- oder freigewordene Wohnungen der städtischen Wohnungsunternehmen sowie der Gehag — an der Berlin eine Minderheitsbeteiligung hat — vermittle. Vorrang komme dabei gemäß einem Beschluß des Abgeordnetenhauses von 1968 den Dringlichkeitsfällen zu. Leider seien jedoch die privaten Vermieter nach wie vor nicht geneigt, sich der Vermittlung durch das Landeswohnungsamt zu bedienen, da es immer noch keine Schwierigkeiten gebe, ausreichend Mieter zu finden. In den Jahren 1971 und 1972 habe das Landesamt für Wohnungswesen jeweils rund 10 500 Wohnungen vermittelt, also erheblich mehr als die inzwischen im übrigen Bundesgebiet entstandenen, in gleicher Weise tätigen kommunalen Wohnungsvermittlungen.

Darüber hinaus befinden sich zur Zeit zwei Vorlagen im Mitzeichnungsverfahren, von denen sich die eine mit der Grundsatzfrage beschäftigt, ob die Zweigleisigkeit der behördlichen Arbeit nach dem Wohnungsbindungsgesetz durch das LAW sowie durch die Wohnberatungsstellen bei den bezirklichen Wohngeldämtern sich bewährt hat. Die Bauverwaltung halte hier einen Wandel für geboten und werde, falls der Senat allgemein ebenfalls zu dieser Auffassung käme, durch eine zweite Vorlage die Einzelheiten in einer Änderung erläutern. Weiterhin wolle der Senat bei der Bewährung des Wohnungstausches auch versuchen, Wohnungsaustausch in die Wege zu leiten, das heißt umzugsbereiten Mietern des privaten Wohnungsmarktes eine LAW-Wohnung zu verschaffen, um so die bisherige Wohnung für einen Dringlichkeitsfall freizubekommen. Dies setze allerdings wiederum eine entsprechende Bereitschaft der privaten Vermieter voraus.

Sprecher der CDU-Fraktion begrüßten diese Bestrebungen, warnten jedoch davor, das Landeswohnungsamt wieder zu einem Wohnungsamt früherer Art mit umfassenden Zuständigkeiten werden zu lassen bzw. zu glauben, daß durch ein solches Amt alle Schwierigkeiten im Handumdrehen gelöst werden könnten. Wichtig für den Erfolg sei eine großzügige Praxis, die auf spezielle Wünsche der Partner eingehe.

Die sozialdemokratische Fraktion gab zu bedenken, ob der Senat nicht durch Gründung eines gemischt-wirtschaftlichen Unternehmens die gezielte Großvermittlung der auf dem freien Wohnungsmarkt angebotenen Wohnungen anstreben sollte, da das ungeordnete Nebeneinander vieler kleiner Wohnungsvermittler keine sinnvolle Steuerung des Wohnungsbedarfes erlaube.

Der Sprecher der F.D.P.-Fraktion bedauerte die Abneigung der Hausbesitzer, den unentgeltlichen Aushang von Wohnungsangeboten des Landeswohnungsamtes in Anspruch zu nehmen. Im übrigen hoffe auch er, daß es in Zukunft möglich sein werde, großzügiger als bisher zu verfahren.

In der weiteren Debatte setzten sich Sprecher aller drei Fraktionen dafür ein, in Zukunft bei Wohnungsvermittlung und Wohnungstausch insbesondere kinderreiche Familien zu berücksichtigen. Der Sprecher der F.D.P.-Fraktion sprach sich gegen das Berichtsersuchen der SPD aus, weil seiner Auffassung nach zunächst einmal die Erfahrungen des Landesamtes für Wohnungswesen mit den geplanten Neuregelungen in Zusammenhang mit der Überlassungsverordnung abgewartet werden müßten.

Der Ausschuß empfiehlt jedoch mit den Stimmen der SPD und der CDU gegen die der F.D.P., den Antrag anzunehmen. — Ich danke Ihnen.

Stellv. Präsident Hoppe: Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat Herr Abgeordneter Liebig.

Liebig (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aufgrund eines Antrages der SPD-Fraktion, dem das Abgeordnetenhaus am 14. 10. zugestimmt hat, hat der Senat Anfang 1972 — abgedruckt in den Mitteilungen Nr. 14 des Präsidenten — einen umfangreichen und erschöpfenden Bericht über dieses Problem gegeben. In diesem Bericht war die geplante Tauschvermittlung ausführlich dargestellt, und es wurde auch dargestellt, daß seit dem 1. 1. 1969 die Entgegennahme und der Aushang von Angeboten privater Vermieter erfolgen. Der Ausschuß für Bau- und Wohnungswesen hat sich am 14. 3. 1973 mit zwei Dingen befaßt, einmal mit diesem Bericht des Senats, der ebenfalls auf einen Antrag der SPD zurückgeht, und zugleich mit dem neuen Berichtsersuchen der SPD. Die SPD-Fraktion hat also die Besprechung dieses Berichts im Ausschuß für Bau- und Wohnungswesen nicht abgewartet, sondern hat schon vorweg einen Antrag auf ein neues Berichtsersuchen gestellt. Bei der Besprechung wurden Anregungen der F.D.P. für das Verfahren beim Tausch und dessen Durchführung gegeben. Es wurden aber von der beantragenden Fraktion bei dieser Debatte keine Vorschläge zur Verbesserung der Vermittlung privater Wohnungsangebote gemacht. Das wird auch bei der Situation in Berlin, das heißt bei Mietpreisbindung und Mieterschutz, sehr schwierig zu bewerkstelligen sein. Bekannt ist das Verfahren des Landesamts für Wohnungswesen bei der Vergabe bzw. Vermittlung von Besetzungsrechtswohnungen. Bekannt ist auch, daß nach Erlaß der Überlassungsverordnung eine Ausdehnung dieser Vermittlung auf alle freiwerdenden Sozialwohnungen erfolgt. Wir wissen aber alle miteinander, daß hier ein Engpaß in der Personalausstattung des Landesamts für Wohnungswesen besteht. Über diese „Erfahrungen", möchte ich einmal sagen, wird die Senatsverwaltung ohnehin im Hauptausschuß und schon nach der Sommerpause bei der Beratung des Etats berichten und nicht erst zum 31. 3. 1974. Wir sehen daher keinen Grund, schon heute zu einem Termin bis zum 31. 3. 1974 einen Bericht über die Möglichkeit der verstärkten Tätigkeit des Landes Berlin auf dem Gebiet der

zentralen Wohnungsvermittlung anzufordern, wenn a) die Möglichkeit der Vermittlung privater Wohnungsangebote kaum verbesserungsfähig ist und b) wir zufrieden sein können, wenn wir die zusätzlichen Aufgaben, die sich aus der Überlassungsverordnung für das Landesamt für Wohnungswesen ergeben werden, überhaupt bewältigen können.

Wir haben zwar Verständnis für die Motive der SPD; aber wenn man ein derartiges Berichtsersuchen stellt, ohne Vorstellungen vorzutragen oder wenigstens Anregungen geben zu können, wie das, was bisher gemacht worden ist, besser gemacht werden kann, sehen wir keine andere Möglichkeit, als uns gegenüber dieser Beschlußempfehlung des Ausschusses für Bau- und Wohnungswesen der Stimme zu enthalten. Wenn die Sache aber politisch motiviert ist, indem man bloß irrealen Vorstellungen von Jusos Genüge leisten will, dann sollten wir uns hier vom Parlament nicht dazu hergeben, zur Befriedigung dieser — jedenfalls für Berlin — irrealen Vorstellungen der Verwaltung eine bloße Beschäftigungstherapie zu verordnen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Stellv. Präsident Hoppe: Das Wort hat Herr Abgeordneter Beier.

Beier (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Liebig! Ob nun Aktivitäten der Jungsozialisten versponnen oder weiß ich wie sind, Sie sehen es so. Ich glaube, daß die Jungsozialisten, indem sie sich mit der kommunalen Wohnungsvermittlung befassen, ein sehr realistisches und auch ein sehr dringendes Problem aufgegriffen haben. Wir haben das ja im Ausschuß hinreichend diskutiert. In der Sache braucht man hier an sich nichts zu sagen. Sie beschäftigen — glaube ich — nicht nur die Ausschußfraktionen sehr hinreichend, sondern zum Teil ja auch den Senat, indem Sie sehr umfangreiche und sehr schwer zu erarbeitende lange Anfragen stellen.

(Abg. Vetter: Das ist ja sein Recht!)

Aber das sei geschenkt. Sie wollten die Verwaltung von diesem Berichtsauftrag entlasten. Das mag vielleicht sehr gut gemeint sein. Und sie machen uns zum Vorwurf, wir hätten schon wieder einen neuen Berichtsauftrag gegeben, bevor der vorhergehende im Ausschuß diskutiert worden sei. Sicher, das trifft zu. Wir haben das aber getan, weil dieser erste Bericht nicht unseren Vorstellungen entsprach, weil er nicht das aussagte, was wir erwartet haben. Deshalb dieser erneute Berichtsauftrag. Wir sind der Meinung, daß die Wohnung genauso lebensnotwendig ist und daß das Recht auf Wohnung genauso dringend ist wie das Recht auf Arbeit, und glauben, daß es eine Aufgabe der Gemeinde ist, hier vermittelnd einzugreifen.

Die Wohnungsnot, die kann man nicht lösen durch eine Vermittlung, aber man kann für eine gerechte Verteilung sorgen, und in diesem Sinne wollen wir unseren Antrag verstanden wissen und hoffen, daß der Bericht gründlich sein und dem Hause recht bald vorliegen wird.

Stellv. Präsident Hoppe: Weitere Wortmeldungen habe ich nicht. Ich schließe die Beratung. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 6/804, entsprechend der Beschlußempfehlung des Fachausschusses. Wer dem von mir aufgerufenen Antrag seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Danke. Ich stelle fest, daß der Antrag bei Stimmenthaltung der F.D.P. angenommen worden ist.

Meine Damen und Herren! Entsprechend einer Empfehlung des Ältestenrates verbinde ich nun die Tagesordnungspunkte

lfd. Nr. 3, Drucksache 6/852:

Beschlußempfehlung des Hauptausschusses vom 29. März 1973 zur Vorlage — zur Beschlußfassung —

und

lfd. Nr. 14, Drucksache 6/834:

Vorlage zur Beschlußfassung

über

Anmietung von Räumen für die künftige Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege — Fachbereiche nichttechnischer Verwaltungsdienst und Rechtspflege (Justizdienst) —, die Verwaltungsschule, die Justizschule und die Verwaltungsakademie im Bauteil 10 des Bauvorhabens „Kurfürstendamm-Karree" durch das Land Berlin.

Das Wort zur Begründung der Vorlage wird nicht mehr gewünscht. Zur Berichterstattung für den Hauptausschuß hat das Wort Herr Abgeordneter Heubaum.

Heubaum (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Abgeordnetenhaus hat sich mit dem Projekt einer Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege erstmals offiziell mit den Haushaltsplanberatungen 1973 befaßt. Der Hauptausschuß hatte schon damals im Oktober/November 1972 in mehreren Sitzungen sehr eingehend mit der entsprechenden Haushaltsposition — seinerzeit Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 17,9 Mio DM für eine Mietvertragsdauer von zehn Jahren — beschäftigt und war — insbesondere die SPD-Fraktion — zunächst der Meinung, daß der vorgeschlagene Gebäudekomplex sowohl vom Standort als auch von der Raumbedarfsfrage her wenig geeignet sei. Ein vom Senat angeforderter ergänzender Erläuterungsbericht wurde nur als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen und der Senat gleichzeitig aufgefordert, die im Haushaltsplan angebrachten Verpflichtungsermächtigungen bis zu einer endgültigen Entscheidung des Abgeordnetenhauses über die Deckung des Raumbedarfs für das geplante Aus- und Fortbildungszentrum nicht in Anspruch zu nehmen.

Lediglich im personellen Bereich wurde bereits Vorsorge getroffen, das insbesondere die Lehrkräfte bei Unterrichtsbeginn zur Verfügung stehen.

Diesem damaligen Beratungsergebnis folgend, hat der Senat jetzt in der Drucksache 6/834 die Vorlage dem Hause zur Beschlußfassung unterbreitet. Alle Beteiligten waren sich bei der Beratung dieser Vorlage im Hauptausschuß darin einig, daß der Standort im Ku'damm-Karree nach wie vor nicht als Ideallösung anzusehen sei, vielmehr als Übergangslösung bis zur Erstellung eines Eigenbaues hingenommen werden müsse. Andere Möglichkeiten, um den Raumbedarf kurzfristig zu decken, stehen im Augenblick nicht zur Verfügung.

Die zustimmende Beschlußempfehlung des Hauptausschusses in der Drucksache 6/852 ist einstimmig bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion gefaßt worden. Zusätzlich hat der Hauptausschuß in einem Protokollvermerk niedergelegt, daß mit den Vorbereitungen für die Erstellung eines Eigenbaues unverzüglich begonnen und bereits vor dem in der Begründung der Senatsvorlage genannten Termin — 1977 — ein entsprechender Vorschlag unterbreitet werden solle. Außerdem hat der Ausschuß darum gebeten, daß ihm ein Kostenvergleich zwischen Eigenbau und Mietzinsaufwand vorgelegt werde.

Meine Damen und Herren! Mit diesen ergänzenden Vorbehalten empfiehlt der Hauptausschuß, die Senatsvorlage, Drucksache 6/834, anzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Hoppe: Ich eröffne die Beratung. Wird das Wort in der Beratung gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung. Wir kommen damit zur Abstimmung über die Vorlage, Drucksache 6/834, nach Maßgabe der zustimmenden Beschlußempfehlung des

Hauptausschusses. Wer der Drucksache 6/834 seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke. Ich darf feststellen, daß das Haus so mit Mehrheit beschlossen hat.

Meine Damen und Herren! Die lfd. Nr. 4 war — wie vom Haus beschlossen — vertagt. Das gilt auch für die lfd. Nr. 5 der Tagesordnung. Ich komme nunmehr zur

lfd. Nr. 6, Drucksache 6/836:

Antrag der Fraktion der CDU über anhaltende Unfallgefährdung durch abgestellte Lkw auf Straßenland.

1. Der Senat wird beauftragt, in eigener Zuständigkeit kurzfristige Maßnahmen zu treffen, die neben der geplanten Änderung der StVO geeignet sind, die meist tödlich verlaufenden Auffahrunfälle auf abgestellte Lkw zu verhindern.
2. Über die getroffenen Maßnahmen soll dem Abgeordnetenhaus bis zum 30. Mai 1973 ein Bericht erstattet werden. Dabei soll auch der Stand der Überlegungen des Senats über die Errichtung eines Autohofs für den Lkw-Verkehr und die Möglichkeit eines Parkverbots für Lkw auf Hauptverkehrsstraßen in der Nachtzeit Berücksichtigung finden.

Das Wort zur Begründung hat Herr Abgeordneter Goldberg.

Goldberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist etwa ein Jahr her, daß wir uns sowohl im Plenum des Abgeordnetenhauses als auch in den zuständigen Ausschüssen über das Thema der besonders unfallgefährdenden Abstellung von unbeleuchteten Lkw's unterhalten haben, und es sind wiederholt verschiedene Möglichkeiten erörtert worden, um dieser tödlichen Gefahr zu begegnen. Selbst die schwerfällige Gesetzgebungsmaschinerie ist mit Schreiben des Senats vom 6. Juni 1972 an den Bundesverkehrsminister in Bewegung gesetzt worden, so daß davon auszugehen ist, daß über den Ernst dieses Anliegens keine Meinungsverschiedenheiten bestehen. Auch das Kraftfahrgewerbe hat das Seine getan, um eine Verbesserung der Situation herbeizuführen. Die angeschlossenen Mitglieder sind aufgefordert worden, die Lkw's mit Eigenbeleuchtung zu versehen, wenn sie in den Straßen Berlins abgestellt werden, und es konnte beobachtet werden, daß viele Lkw-Besitzer dieser Aufforderung bereits gefolgt sind und daß damit die Erkennbarkeit dieser Fahrzeuge verbessert wurde.

Auch der Ausschuß für Verkehr und Betriebe hat die Polizei ermutigt und dazu aufgefordert, einen besonders strengen Maßstab an die Anforderungen der Straßenverkehrsordnung zu legen, was die Auslegung des Begriffs „ausreichend beleuchtet" angeht. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten hier zitieren aus einem Beschluß des Ausschusses vom 30. Mai vorigen Jahres unter Punkt 3:

> ... im Interesse einer verstärkten Unfallverhütung unbeschadet der Ziffer 1 zu veranlassen, daß das Ermessen bei der Auslegung des § 17 Abs. 4 Straßenverkehrsordnung hinsichtlich der Beurteilung einer ausreichenden Beleuchtung abgestellter Lastkraftwagen und Anhänger strenger als bisher ausgeübt wird. Der Vorsitzende stellt Übereinstimmung des Ausschusses fest, daß es der in allen Punkten des Beschlusses enthaltene Wille des Ausschusses sei, selbst unter Hinnahme einer strengeren Auslegung der gesetzlichen Vorschriften den Versuch zu machen, die Zahl der Unfälle durch Auffahren auf abgestellte Lastkraftwagen und Anhänger zu reduzieren.

Leider beweisen jedoch die Unfallzahlen mit tödlichem Ausgang bei derartigen Unfällen, daß dies noch nicht genügt. Deshalb haben wir gemeint, mit diesem Antrag noch einmal auf das Problem und seine Abstellung drängen zu sollen. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die in Berlin in weiten Bereichen anzutreffende Beleuchtung der Straßen auch dann nicht ausreicht, wenn sie voll in Betrieb ist. Ich denke hier z. B. an die Potsdamer Chaussee in Zehlendorf, um hier nur ein Beispiel anzuführen; denn selbst bei einwandfreiem Funktionieren dieser Beleuchtungsquellen ist ein dort abgestellter Lastkraftwagen nur schwer erkennbar. Der Begriff „ordnungsgemäß beleuchtet" ist eben praktisch unzureichend und birgt in sich eine Gefahrenquelle.

Aber in diesem Zusammenhang lassen Sie mich noch ein anderes Beispiel erwähnen, das vielleicht im Hinblick auf diesen Beschluß des Ausschusses eine gewisse Bedeutung insofern hat, als deutlich wird, daß die Unfallgefahr offenbar doch nicht allseits erkannt wird und mit den möglichen Maßnahmen auf ihre Abstellung gedrängt wird: Anfang dieses Jahres hat es einen solchen Auffahrunfall in Wilmersdorf in der Paulsborner Straße gegeben, und etwas später habe ich feststellen können, daß einige Meter von dieser Unfallstelle entfernt ein Lastkraftwagen, ein Anhänger und ein Baggerfahrzeug unbeleuchtet und unvorschriftsmäßig abgestellt worden waren. Der Lastkraftwagen besaß nicht einmal ein polizeiliches Kennzeichen, auch fehlten die vorgeschriebenen Rückblenden, und auf einem beladenen Anhänger, der mit einem entstempelten Polizeikennzeichen versehen war, war unter anderem ein Schild mit dem Namen der Firma zu sehen, die Eigner dieses Kraftfahrzeugs war. Der gleiche Firmenname war auf einem weiteren Schild an dem Bagger angebracht, der ebenfalls ohne polizeiliches Kennzeichen und ohne Rückblenden dort stand. Es bestand also kein Zweifel, daß es sich hier um eine außerordentliche Gefährdung des Verkehrs auf dieser Durchfahrtsstraße handelte. Wie ich dann feststellte, war am 25. Februar an dem Lastkraftwagen, der kein polizeiliches Kennzeichen hatte, der rote Punkt angebracht worden mit der Aufforderung, das Kraftfahrzeug zu entfernen. Es geschah dann drei Wochen lang nichts, woraufhin ich mich am 13. März an das zuständige Polizeirevier wandte. Dort war die Angelegenheit bekannt. Der Wachhabende erklärte mir jedoch, es sei bis jetzt nicht möglich gewesen, den Eigentümer zu ermitteln. — Bis heute ist mir unklar geblieben, warum das so schwierig gewesen sein soll. Ich habe mich nämlich gleich anschließend davon überzeugt, daß der betreffende Eigentümer im Berliner Telefonbuch mit Telefonnummer verzeichnet ist. Erst Anfang April ist es dann dazu gekommen, daß diese Fahrzeuge von dieser Stelle entfernt worden sind, die also praktisch über zwei Monate eine solche Gefährdung dargestellt haben.

In einer Sitzung des Straßenverkehrsbeirates hat der Vertreter der Polizeibehörde vor kurzem berichten müssen, daß nach 19 Toten in den vorangegangenen anderthalb Jahren in diesem Jahre bereits wieder fünf Tote durch solche Auffahrunfälle zu beklagen gewesen sind. Selbst wenn ein Mitverschulden in den meisten Fällen nicht ausgeschlossen werden kann, meine ich, dürften wir diese Tatsache nicht mehr weiter untätig hinnehmen. Aus diesem Grunde erbitten wir Ihre Zustimmung zu unserem Antrag, mit dem der Senat beauftragt werden soll, bis zum 30. Mai über die Maßnahmen zu berichten, die er zur Abwehr derartiger Unfälle unternommen hat. In Anbetracht der Tatsache, daß wir nun schon sehr spät dran sind, wird die Frage gestattet sein, ob dennoch dieser Termin aufrecht erhalten werden kann, weil der Antrag als solcher schon lange bekannt war. Wir sind sonst bereit, auch einen späteren Termin zu akzeptieren.

Weiterhin soll berichtet werden, wie weit die Überlegungen des Senats gediehen sind, in Berlin einen Autohof für den Lastkraftwagenverkehr einzurichten, der eine wesentliche Voraussetzung dafür sein dürfte, Parkverbotszonen für Lastkraftwagen in den Hauptverkehrsstraßen, wie sie z. B. auch in Hamburg eingeführt worden sind, ins Auge zu fassen. Da eine Senats-Kommission seit längerer Zeit mit einschlägigen Planungsüberlegungen betraut worden ist, dürfte davon auszugehen sein, daß es auch hier keine Schwierigkeiten macht, den Stand der Überlegungen

dem Abgeordnetenhaus zu unterbreiten. Ich wäre Ihnen daher dankbar, wenn Sie sich zu einer sofortigen Zustimmung zu dem Antrag mit einer entsprechenden Änderung der Terminsetzung entschließen könnten, weil hier keine weitere Verzögerung mehr durch Überweisung an einen Ausschuß eintreten sollte. — Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Hoppe: Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Haus.

Dr. Haus (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dies ist eine ganz böse Geschichte, aber wir können sie nach allem, was schon gesagt ist, hier sehr kurz behandeln, ein Beispiel für Schizophrenie in der Handhabung von an sich zu regelnden Sachen. Wir unterhalten da, indem wir die Beleuchtungsvorschrift für Lastwagen seit vielen, vielen Jahren nicht eingeführt haben, eine Art von Tötungseinrichtung auf unseren Straßen für übermüdete oder auch von Alkohol beeinflußte Verkehrsteilnehmer. Zwar ist das eine schlimme Sache mit dem Alkohol. Aber wo nehmen wir das Recht her, übermüdete Leute oder solche, die mit Alkohol in Konflikt gekommen sind, zu töten und zu verstümmeln; das machen wir nämlich, da auch in Berlin jeweils ein Dutzend Menschen umgebracht wird, nur weil die Vorschrift nicht da ist, daß da eine kleine rote Lampe, wie an jedem Pkw, auch an Lastwagen angebracht sein müsse. Da denkt man nach über Unterfahrschutz und viele, viele andere Dinge, aber die Vorschrift, dort eine Blinklampe anzubringen, ist seit langem einfach weggeschoben worden. Man führt auch keine Statistiken darüber, wieviel Leute auf diese Weise umkommen oder für ihr Leben aufs schwerste geschädigt werden. Jeder kleine Ziegelhaufen, jede kleine Vertiefung im Bürgersteig wird gemäß Vorschrift mit einer roten Hängelampe ausgestattet, weil dort etwas Ungewöhnliches ist. Bei jenem ungewöhnlichen rückwärtigen Stück eines Lastwagens auf einer Straße haben wir uns damit zufrieden gegeben, zu sagen: Es muß in irgendeiner Nähe irgendeine Laterne stehen. Das geht nicht so. Wir stimmen daher diesem Antrag mit Nachdruck zu. Wir schlagen vor, als Termin den 30. Juni einzusetzen, einen Monat mehr Zeit zu geben, damit die Antwort besser und präziser ausgearbeitet werden kann. Es ist höchste Zeit, daß wir uns in dieser Sache insbesondere auch in Richtung auf den Bonner Gesetzgeber nachdrücklich engagieren. Zustimmung von uns zu dem Antrag. Termin: 30. Juni 1973; dies dem Herrn Präsidenten vielleicht, so daß es dann mit in den Beschluß aufgenommen werden kann. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Hoppe: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Entsprechend dem Wunsch der antragstellenden Fraktion und mit einer zustimmenden Empfehlung des Ältestenrats können wir sofort zur Abstimmung über den vorliegenden Antrag kommen. Ich kann davon ausgehen, daß Einvernehmen darüber besteht, daß wir in der Ziffer 2 des Antrages den „30. Mai 1973" ersetzen durch den neuen Termin für den Berichtsauftrag mit dem „30. Juni 1973". Mit dieser einvernehmlich vorgenommenen Änderung darf ich dann den Antrag zur Abstimmung stellen. Wer dem Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 6/836, seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke. Ich darf feststellen, daß das Haus einstimmig so beschlossen hat.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 7, Drucksache 6/864:

Antrag der Fraktion der CDU über Förderung der Arbeitsaufnahme im Land Berlin für Beamte.

1. Das Abgeordnetenhaus von Berlin ersucht die Bundesregierung, die 14. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (Förderung der Arbeitsaufnahme im Land Berlin) vom 30. Januar 1962 (BGBl. I S. 58) in § 1 so zu ändern, daß auch den Beamten — wie bisher — eine Förderung gewährt werden kann.
2. Das Abgeordnetenhaus von Berlin geht dabei davon aus, daß Leistungen insoweit zu versagen sind, als andere Personen oder Stellen gleichartige Leistungen gewähren oder zu übernehmen verpflichtet sind.

Das Wort zur Begründung des Antrages hat Herr Abgeordneter Schmitz.

Schmitz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine ganz kurze Begründung. Der Antrag betrifft den durch ein Urteil des Bundessozialgerichts verursachten Stopp der Förderungsmaßnahmen für Beamte, wenn sie nach Berlin kommen wollen, um hier Arbeit aufzunehmen; übrigens notabene ein ungewollter Erfolg eines Prozesses durch einen klugen Assessor, aber — wie die Dinge stehen — ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, daß dieses Problem angepackt werden muß.

Auch die Bundesanstalt für Arbeit hat in dieser Richtung votiert und ist durch das Urteil des Bundessozialgerichts dahingehend belehrt worden, daß die Fassung des Gesetzes es nicht erlaubt, auch Beamte in den Genuß der Berlinförderung — insbesondere geht es hier um das Überbrükkungsgeld und die Heimfahrten — miteinzubeziehen. Aus diesem Anlaß heraus glaubt unsere Fraktion, daß es notwendig ist, daß hier das Abgeordnetenhaus initiativ wird; daher dieser Antrag. — Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Hoppe: Ich eröffne die Beratung. — Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Der Ältestenrat empfiehlt, den Antrag an den Ausschuß für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen sowie an den Ausschuß für Inneres zu überweisen. Die Fraktion der SPD hat zusätzlich die Überweisung an den Ausschuß für Arbeit und Soziales beantragt, der auch der federführende Ausschuß sein soll. — Widerspruch höre ich nicht. Dann hat das Haus so beschlossen.

Ich rufe dann auf

lfd. Nr. 8, Drucksache 6/870:

Antrag der Fraktion der CDU über Abwehr von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst.

I.

Der Senat wird ersucht, zur Durchführung des Beschlusses der Ministerpräsidenten vom 28. Januar 1972 verbindliche Richtlinien unter Berücksichtigung folgender Grundsätze zu erlassen:

1. Vor der Einstellung eines Bewerbers in den öffentlichen Dienst haben die Einstellungsbehörden zunächst beim Senator für Inneres anzufragen, ob mindestens aus den letzten 5 Jahren Tatsachen bekannt sind, die Bedenken gegen die Einstellung des Bewerbers begründen.

   Die Auskünfte des Senators für Inneres sind auf Tatsachen zu beschränken, die gerichtsverwertbar sind.

2. Beabsichtigt die Einstellungsbehörde nach Eingang der Auskunft des Senators für Inneres den Bewerber einzustellen, so ist der Bewerber vor der Entscheidung über die Einstellung zunächst schriftlich über seine Pflichten zur Verfassungstreue und den wesentlichen Inhalt der Grundsätze über eine freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu belehren.

   Der Bewerber hat vor seiner Einstellung die Belehrung zu bestätigen und dazu eine Erklärung zu unterschreiben, in der er bekundet,

   a) daß er die Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bejaht,

   b) daß er bereit ist, sich jederzeit durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten.

   Außerdem muß er versichern, daß er Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder gegen eine ihrer grundlegenden Prinzipien gerichtet sind, nicht unterstützt und auch nicht Mitglied einer verfassungsfeindlichen Organisation ist.

3. Bestehen auf Grund der vom Senator für Inneres mitgeteilten oder anderweit bekanntgewordenen Tatsachen oder wegen der Weigerung des Bewerbers, die vorbezeichnete Erklärung zu unterschreiben, Zweifel daran, daß der Bewerber jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt und können diese Zweifel nicht ausgeräumt werden, darf er nicht in den öffentlichen Dienst eingestelt werden.

4. Die Entscheidung, durch die eine Einstellung in in den öffentlichen Dienst aus den unter Ziffer 3 genannten Gründen abgelehnt wird, ist dem Bewerber schriftlich unter Darlegung dieser Gründe mitzuteilen. Betrifft sie die Übernahme in ein Beamten -oder Richterverhältnis, so muß sie außerdem eine Rechtsmittelbelehrung enthalten.

5. Besteht der Verdacht, daß ein Angehöriger des öffentlichen Dienstes gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstößt, unterrichtet seine Dienststelle den Senator für Inneres und prüft, ob ein Disziplinarverfahren bzw. ein außerordentliches Kündigungsverfahren einzuleiten ist.

II.

Die vom Senat erlassenen Richtlinien sollen für alle Bereiche des Landes Berlin gelten, für die der Senat die Personalhoheit hat.

Der Senat sol darauf hinwirken, daß nach diesen Richtlinien auch in den Bezirken sowie den der Aufsicht des Landes Berlin unterliegenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts entsprechend verfahren wird.

III.

Der Senat wird ersucht, eine Liste der im Lande Berlin tätigen verfassungsfeindlichen Vereinigungen aufzustellen.

Der Ältestenrat hat hier auf Antrag der antragstellenden Fraktion empfohlen, die Redezeitbeschränkung aufzuheben. — Ich höre keinen Widerspruch. Dann wird so verfahren.

Zur Begründung hat das Wort Herr Abgeordneter Schmitz.

Schmitz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit ihrem Antrag will die CDU-Fraktion den Senat zu einem einheitlichen Handeln gegen einsickernde oder aber bereits eingedrungene Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst ermuntern. Wir haben uns in mehreren Großen Anfragen schon mit diesem Thema beschäftigt. Heute geht es nicht um die Untätigkeit des Senats im einzelnen, sondern heute geht es darum, daß wir den Senat veranlassen wollen, durch den Erlaß von allgemein gültigen Richtlinien ein einheitliches Vorgehen aller beteiligten Verwaltungsstellen im Lande Berlin zu erreichen.

Die Bekämpfung von Verfassungsfeinden, die in den öffentlichen Dienst eindringen wollen oder dort schon drin sind, ist ein Problem, in dem sich alle Parteien — wenn ich das so sagen darf — problembewußt gezeigt haben, wo es aber nach unserer Auffassung nicht darauf ankommt, nur im Verbalen die Gemeinsamkeit hervorzuheben und zu Deklamationen zu gelangen, sondern wo es darauf ankommt, auch im konkreten Einzelfall tatsächlich zu handeln.

Wenn der Verfassungssenator und Bürgermeister dieser Stadt noch am 8. Dezember 1971 vor dem Plenum erklärte, daß sich 86 Personen im öffentlichen Dienst des Landes Berlin befänden, die rechts- bzw. linksradikalen Parteien oder Organisationen zuzurechnen seien, so wird — glaube ich — niemand von Ihnen unserer Feststellung widersprechen können, daß bis heute nicht ein einziger Fall dahingehend geklärt worden ist, ob es sich bei diesen Angehörigen einer radikalen Organisation um einen Verfassungsfeind handelt, und wenn ja, ob er dann nicht aus dem Dienst zu entfernen ist. Es gibt solche Klärungen nicht.

Meine Damen und Herren! So sieht es im Bereich des öffentlichen Dienstes aus, bei denen, die bereits eingedrungen sind. Wenn man nun fragt, wie die Situation bei denen ist, die in den öffentlichen Dienst hineinwollen, würde ich so sagen, daß sie noch sehr viel gravierender ist. Und zwar deshalb, weil wir aus einer Vielzahl von Diskussionen wissen, um die Probleme unserer Hochschulen, daß in den Roten Zellen, aber auch bei anderen Gruppen, immer größere Zahlen junger Menschen vorhanden sind, die nicht mehr auf dem Boden unserer demokratischen Rechtsordnung stehen, und die nach Abschluß ihrer Ausbildung an den Türen unserer Schulen und Hochschulen stehen und dort eingelassen werden wollen als Lehrer und Hochschullehrer. So, wie die Dinge stehen, müssen wir leider die Befürchtung haben, daß es ihnen nicht nur vereinzelt, sondern in einer größeren Zahl gelingen dürfte, dieses erstrebte öffentliche Amt zu erreichen. Das bedeutet, daß wir damit junge Menschen dem Einfluß von Lehrern aussetzen, die nicht zu unserer Demokratie stehen.

Ich will hier jetzt und heute noch nicht das Problem der Beamten im Vorbereitungsdienst ansprechen, ein sehr kompliziertes Problem. Sie wissen wahrscheinlich durch die Vorinformation, daß die Beratung in dem Innen- und dem Justizausschuß durchgeführt werden soll, also in öffentlich tragenden Ausschüssen, so daß wir dort Gelegenheit haben, dieses schwierige tatsächliche und rechtliche Problem ausreichend zu erörtern und klarzustellen, welche Möglichkeiten gegeben sind und wie sie genutzt werden sollen. Die CDU will den politischen Grundsatzbeschluß der Ministerpräsidenten vom 28. Januar 1972 unterstützen und erhalten sehen. Dieser Beschluß bedeutet — wie vielerorts schon hervorgehoben wurde — nicht etwa die Setzung neuen Rechts. Auf den bestehenden gesetzlichen Vorschriften aufbauend und der Interpretation unserer Gerichte folgend, wurde der politische Wille — darum geht es — bekräftigt, Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst herauszuhalten. Diesem politischen Willen — dieser Erklärung — haben wir alle zugestimmt, und dabei soll es auch bleiben.

Wenn nun aber heute zunehmend eine Konkretisierung verlangt wird, wenn es einzelner Richtlinien, allgemein gültiger Absprachen bedarf — wie immer man auch diese Formulierung nennen mag —, so sind wir auch dazu bereit. Wir erwarten von diesem Senat, daß er in dieser Stadt dafür Sorge trägt, daß die kommunistischen Hochburgen nicht noch weitere Erfolge erringen. Erfolge dadurch, daß

sie auch in den öffentlichen Dienst des Landes eindringen können. Berlin hat sich leider auf diesem Sektor einen negativen Ruf eingehandelt. Wir hoffen, daß nicht weitere negative Momente hinzukommen. Wir möchten dabei darauf aufmerksam machen — und zwar ganz grundsätzlich —, daß manche sogenannte Rechtsfragen, die sehr vordergründig in die Diskussion gestellt worden sind, nur darauf abzielen, die Verantwortlichen zaudern zu lassen, sie in ihrem Handlungswillen zu beeinflussen. Zum Beispiel ist das sogenannte Parteienprivileg nicht, wie manche Kritiker dieser Ministerpräsidentenbeschlüsse uns gern glauben machen wollen, der Freibrief für Verfassungsfeinde, die gleichzeitig Mitglied einer Partei sind, bis zum Verbot ihrer Partei ihrer verfassungsfeindlichen Tätigkeit nachgehen zu dürfen. Ob Mitglied einer Partei oder nicht, keiner hat die Berechtigung verfassungsfeindliche Tätigkeit auszuüben. Das gilt ganz besonders im öffentlichen Dienst.

Ein anderes Beispiel der mit verkehrten Absichten geführten Rechtsdiskussion ist die seltsame Verkehrung der Beweislast. Unsere Gesetze sprechen ganz eindeutig davon, daß ein Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen muß und auch bereit sein muß, sich für diese einzusetzen. Jetzt soll uns weisgemacht werden, daß es an dem Staat, an der Führung liegt, zu beweisen, daß diese Bereitschaft, diese Einstellung nicht vorhanden ist. Umgekehrt wird ein Schuh daraus, wie ein Blick in das Gesetz deutlich zeigt.

Ein anderer Vorwurf, der allzu vordergründig gerne erhoben wird, ist der, daß der sogenannte Radikalenerlaß in seinen Auswirkungen der Gesinnungsschnüffelei Tür und Tor öffnet, oder aber gar, daß die Meinungsfreiheit eingeengt werden solle. Wer diese Behauptung aufstellt, bekundet damit gleichzeitig sein persönliches oder gruppenbedingtes Mißtrauen an den Institutionen unseres demokratischen Rechtsstaates. Wir haben das Vertrauen zu unseren Gerichten, daß tatsächlich in den Fällen, in denen ein Übermaß an Überprüfung durchgeführt werden sollte — diese Gefahr sehen wir schon deshalb nicht, weil es im Moment genau umgekehrt ist; es wird so gut wie gar nicht geprüft —, wo über das Ziel hinausgeschossen wird, unsere Gerichte einschreiten und die Verantwortlichen in ihre Schranken weisen werden.

Ein weiterer möglicher Einwand, der auch hier gleich angesprochen werden soll: Wir wissen, daß die Innenminister der Länder einen Erfahrungsbericht über die Situation in ihren Ländern vorlegen sollen. Wir sind aber deswegen nicht der Meinung, daß damit das Problem auf die lange Bank geschoben werden darf. Wir erwarten hier vom Senat in dieser Stadt, daß er handelt und nicht nur redet. Das bedeutet ganz konkret, daß er Farbe bekennt, Stellung bezieht. Wir halten das schon deshalb für besonders dringlich, weil wir in dieser Stadt im öffentlichen Dienst in verantwortlicher Position so seltsame Verantwortliche wie einen Universitätsvizepräsidenten haben, der sich sicher nicht beleidigt fühlt, wenn man ihn als Kommunistenfreund bezeichnet. Ich möchte hinzusetzen: Ich bin mir nicht klar darüber, ob alle Verantwortlichen in dieser Stadt den Satz des Bundespräsidenten unterschreiben würden, wonach der Verfassungsschutz eine Notwendigkeit für eine sich selbst verteidigende Demokratie ist. Mit lautstarken Erklärungen bei gleichzeitigem Augenzwinkern ist es auf diesem Sektor nicht getan.

Zu unserem Antrag im einzelnen. Wir haben die Richtlinien der Länder von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bayern gelesen, und wir glauben, daß diese Richtlinien durchaus praktikabel und ein einheitliches Handeln aller Verantwortlichen herbeizuführen in der Lage sind. Sie sind auch nach unserer Auffassung rechtsbedenkenfrei. Ich will jetzt in der Begründung nicht die Einzelheiten der von uns hervorgehobenen Punkte ansprechen, sondern nur die besonders markanten Dinge. In Ziffer 1 unseres Antrages haben wir die Pflicht einer Einstellungsbehörde angesprochen, sich zunächst beim Senator für Inneres zu erkundigen, ob gegen einen Bewerber Tatsachen aus den letzten fünf Jahren bekannt sind, die Bedenken gegen die Einstellung des Bewerbers wegen fehlender Verfassungstreue begründen könnten. Die Antwort des Senators für Inneres soll auf Tatsachen beschränkt bleiben, die gerichtsverwertbar sind. Damit haben wir wesentliche Einschränkungen vorgenommen, die aber trotzdem nach unserer Beurteilung insgesamt die Verwaltungshandhabung praktikabler — also effektiver — und auch durchschaubarer machen, durchschaubarer für den Betroffenen, für alle Beteiligten, insbesondere für die Gerichte.

Unter 2. haben wir die Forderung angesprochen, daß der Bewerber für den öffentlichen Dienst vor der Entscheidung über seine Einstellung über seine Pflichten zur Verfassungstreue zu belehren ist und dann schriftlich zu erklären hat, daß er die Grundsätze der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bejaht und daß er bereit ist, sich jederzeit durch sein gesamtes — ich betone —, durch sein gesamtes Verhalten zu dieser Grundordnung zu bekennen und für deren Haltung einzutreten. Ferner hat er zu versichern, daß er Bestrebungen gegen diese Grundordnung nicht unterstützt und auch nicht Mitglied einer verfassungsfeindlichen Organisation ist.

Nun mag es Kritiker geben, die der Auffassung sind, daß sowohl diese Belehrung, wie diese schriftliche Verpflichtung oder Äußerung überflüssig seien. Wir sind nicht dieser Auffassung. Diese Belehrung und Erklärung sollen verhindern, daß jemand sich auf Mißverständnisse berufen kann, wenn er tatsächlich bei verfassungsfeindlichen Aktionen gestellt wird. Von den Betroffenen selbst wird diese Belehrung und Verpflichtung auch offensichtlich sehr viel ernster genommen, wie das Feldgeschrei gegen diese Forderung ja deutlich zeigt. Tatsächlich ist es nämlich nicht so, daß nur der mit allen Wassern gewaschene und zu jeder Lüge bereite Verfassungsfeind versucht, in den öffentlichen Dienst einzudringen — diesen zu stellen, wird immer schwer bleiben —, sondern daß es unter Berufung auf die angebliche Meinungsfreiheit in diesem Bereich auch ganz offen versucht wird. Wer also hier wahrheitswidrig eine solche Erklärung abgibt, muß sich mit der Rechtsfrage auseinandersetzen — gegebenenfalls vor Gericht —, ob er nicht einen Anstellungsbetrug begangen hat. Wir empfehlen demjenigen, der Zweifel an der Praktikabilität, an der Wirksamkeit dieser schriftlichen Erklärung, die keine zusätzliche Erklärung ist — um das deutlich zu sagen —, hat, daß er sich einmal mit dem sehr lesenswerten Beitrag eines Bundesrichters — Bundesrichter Dr. Wilms — in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung": „Freie Bahn für Radikale im Staatsdienst" — auseinandersetzt. Er wird dort von einem erfahrenen Richter Hinweise dafür bekommen, welchen Nutzen solche Belehrungen und Erklärungen haben.

3. wird der Grundsatz fixiert, daß der Bewerber, an dessen Einstellung und Bereitschaft für die demokratische Grundordnung einzutreten, Zweifel bestehen und der diese Zweifel auch nicht ausräumen kann, nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt werden darf.

4. wird dann festgelegt, daß der Bewerber schriftlich über diese Gründe zu unterrichten ist und daß er in den Fällen, in denen es sich um Übernahme in das Beamten- oder Richterverhältnis handelt, außerdem eine Rechtsmittelbelehrung erhalten soll.

In Ziffer 5 ist dann die Festlegung getroffen, daß jede Dienststelle, die zur Feststellung kommen muß, daß ein Angehöriger des öffentlichen Dienstes gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstößt, verpflichtet ist, den Senator für Inneres zu unterrichten und selbst zu prüfen — also auch zu dieser Prüsung verpflichtet ist —, ob ein Disziplinarverfahren oder ein außerordentliches Kündigungsverfahren eingeleitet werden muß. Diese vom Senat zu erlassenden Richtlinien sollen dann für das ganze Land Berlin, für alle seine Bereiche und alle seiner Aufsicht unterliegenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, gelten.

Zum Schluß wollen wir noch den Senat beauftragen, eine Liste der im Lande Berlin tätigen verfassungsfeindlichen Vereinigungen aufzustellen. Die Notwendigkeit einer solchen Veröffentlichung liegt auf der Hand, denn nur sie garantiert, daß alle in Frage-Kommenden klar sehen, wie ihre Vereinigung beurteilt wird. Sie können sich dann in ihrem Verhalten darauf einstellen. Das sei ihnen mit allem Ernst gesagt.

Zusammengefaßt: Die CDU-Fraktion will mit diesem Antrag den Senat veranlassen, in die Reihe der Länder einzutreten, die sich durch ein einheitliches Verwaltungshandeln dazu verstanden haben, in ihrem Lande dem Eindringen von Verfassungsfeinden in den öffentlichen Dienst einen Riegel vorzuschieben. Wir hoffen, daß alle Fraktionen unserem Antrag zustimmen. Wir sind zur Diskussion, auch zur Rechtsdiskussion, im Plenum oder in den Ausschüssen bereit. Wir meinen, eine kampfbereite Demokratie, die sich selbst verteidigt, muß alles tun, um ihren Feinden den Weg an die Mittel und Möglichkeiten des Staatsdienstes zu verwehren. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Hoppe: Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat Herr Bürgermeister Neubauer.

Neubauer, Bürgermeister und Senator für Inneres: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Beginn der Begründung dieses Antrages ist gesagt worden, daß ein Grund — der Hauptgrund, wenn ich es recht verstanden habe — der sein soll, einheitliches Handeln der einzelnen Behörden und Dienststellen des Landes Berlin — wenigstens den Versuch zu machen —, einheitliches Handeln zustandezubringen. Nun ist das ein Ausgangspunkt, der für mich und sicher für niemanden in diesem Hause strittig ist, so daß ich also davon ausgehe, daß in den Ausschüssen, in denen dieser Antrag zu beraten sein wird, in der Tat der Versuch gemacht werden kann, Grundlagen für ein solches einheitliches Handeln zu finden. Ich möchte allerdings gleich darauf hinweisen: Das ist einfacher gesagt als getan. Ich komme noch auf eine Begründung Ihrerseits zurück. Der gleiche Ausgangspunkt lag ja auch einmal bei den Ministerpräsidentenbeschlüssen vor. Die Ministerpräsidentenbeschlüsse hatten ja den Ausgangspunkt — wie Sie richtig sagten — nicht neues Recht zu setzen, Neues zu erfinden, wie Verfassungsfeinde zu bekämpfen sind, sondern haben den Versuch gemacht, in allen Bundesländern nach diesen Zusammenfassungen einheitlich vorzugehen. Das kann man zu diesem Zeitpunkt schon sagen: Wie die Praxis zeigt, ist das in wesentlichen Teilen nicht gelungen. Deswegen auch der Auftrag an die Innenminister, einen Erfahrungsbericht zu liefern, der die Ministerpräsidenten instand setzt, noch einmal über dieses Thema zu reden. Und zwar hat das überhaupt nichts mit der unterschiedlichen politischen Führung in einzelnen Ländern zu tun. Das Problem geht darüber hinaus beziehungsweise es besteht auch innerhalb der Länder, die die gleiche politische Führung haben; die Einheitlichkeit ist nicht zustandegebracht worden. Das ist eine Feststellung, die man in diesem Augenblick treffen muß. Die Einheitlichkeit ist nicht zustandegebracht worden, weil es sich hier in der Tat um sehr komplizierte und sehr schwierige Fragen handelt und auch eine einheitliche Rechtsprechung zur Zeit nicht existiert; denn der derzeitige Zustand ist der, daß wir Gerichtsentscheidungen unterschiedlicher Art für gleiche Tatbestände haben, so daß hier die Schwierigkeit nicht kleiner sondern größer geworden ist.

Nun will ich jetzt auf die Einzelheiten Ihres Antrages nicht eingehen, weil ich — das habe ich zu früheren Gelegenheiten schon gesagt — nicht viel davon halte, dieses schwierige Problem in Plenardebatten zu erörtern und den Versuch zu machen, es in Plenardebatten zu lösen, sondern das sollten wir in den Ausschüssen tun, wo man das, glaube ich, eingehender betrachten kann. Die Tatsache, daß ein Erfahrungsbericht der Innenminister angefordert worden ist, geht nicht darauf hinaus, daß irgend etwas auf die lange Bank geschoben werden soll. Natürlich, alle Innenminister — das ergibt sich aus den bestehenden Gesetzen, unabhängig davon, was sonst zur Zeit diskutiert wird — sind gehalten — nicht nur die Innenminister, alle Behördenchefs — die gegebenen gesetzlichen Grundlagen zu beachten.

Zu einem Punkt vielleicht eine Bemerkung. Auch in Ihrem Antrag wiederholt sich etwas, was wir bei früheren Debatten schon hatten. Sie konzentrieren im Grunde einen nicht unwesentlichen Teil der Entscheidung auf den Innensenator. Das ist ein Punkt, über den wir uns sehr genau unterhalten müssen. Es steht zwar nicht im Antrag. Aber einige Schlußfolgerungen aus dem Antrag würden praktisch aus dem Innensenator den letztlich Entscheidenden für alle Bereiche machen, wenn es um die Frage der Anstellung oder der Entlassung aus dem öffentlichen Dienst geht. Ich habe schon zu früheren Zeiten gesagt, ich bin nicht sicher, ob das der richtige Weg ist, ob das ein guter Weg ist, ob die Verantwortlichkeiten nicht auf breitere Ebenen und auf mehrere Bereiche verteilt werden sollten.

Ihre Bemerkung, Berlin hat in der Zwischenzeit einen negativen Ruf —

(Abg. Schmitz: Für den Bereich können Sie es kaum bestreiten!)

— Was den öffentlichen Dienst angeht, bestreite ich dies sogar energisch.

(Abg. Schmitz: Für die Hochschulen!)

— Ach, das wollen Sie auf die Hochschulen beschränken.

(Abg. Schmitz: Ich hab's wörtlich so gesagt!)

— Ja nun gut, das ist kein Punkt des Streits. Trotzdem würde ich eine Bemerkung dazu machen wollen. Diejenigen radikalen Kräfte, die sich mit diesem Problem, wie ich meine, demagogisch auseinandersetzen, die sehen ihren Hauptzielpunkt im Kampf in Richtung Berlin. Das möchte ich noch einmal unterstrichen haben, so daß also eine solche Feststellung, wie Sie sie treffen, generell nicht richtig sein kann, auch nicht richtig ist.

Eine letzte Bemerkung zu der Liste von Vereinigungen. Herr Abgeordneter Schmitz; die hatten wir schon mal. Es gab schon mal eine ständige Liste von Vereinigungen, vor einer ganzen Reihe von Jahren, die ergänzt worden ist. Diese Liste haben alle Länder einstimmig durch Beschluß abgeschafft, weil sie keine saubere Grundlage ist und erstens ständiger Veränderung unterliegt — Sie haben heute noch auf Rote Zellen bezug genommen, die gibt es längst nicht mehr; die Leute, die damals bei den Roten Zellen tätig waren, sind heute in anderen Vereinigungen tätig — eine solche Liste müßte ständig korrigiert werden. Außerdem würde sie zusätzliche Emotionalisierung in bestimmte Auseinandersetzungen hineinbringen. Ich weiß nicht, ob eine zu veröffentlichende Liste das Richtige ist. Das soll andererseits nicht heißen, daß etwa Parlamentarier, die mitzuentscheiden haben, nicht solche Unterlagen zur Verfügung haben. Das ist eine andere Sache. Aber ich bitte um Verständnis dafür, daß ich getreu meiner Meinung, die ich auch bei der letzten Debatte gesagt habe, in die Einzelheiten einsteigen werde, wenn wir uns in den Ausschüssen über das, was an Konsequenzen aus diesem Antrag sich ergibt, verhandeln werden.

Stellv. Präsident Hoppe: Das Wort hat Herr Abgeordneter Gollnick.

Gollnick (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Schmitz! Ich glaube, Sie nicht so verstanden zu haben, als Sie unsere Fraktion hier mit Ihren Ausführungen unmittelbar ansprachen, daß Sie glauben, daß wir unsere Auffassung zum Problem der Verfassungsfeinde zu irgendeiner Zeit geändert haben. Ich glaube, wir stehen alle hier im Hause einheitlich auf der Grundlage des Grundgesetzes und wir sind alle miteinander nicht bereit, Mißbrauch verfassungsmäßiger Rechte zum Zwecke des Angriffs auf die verfassungsmäßige Ordnung zu dulden. Ich kann das also auch für meine Fraktion hier eindeutig feststellen, daß wir in gar keiner Weise unsere Auffassungen, wie wir sie in unserer Stellungnahme beispielsweise zu der Großen Anfrage der CDU vom 16. Juni 1972 zum Ausdruck gebracht haben, geändert haben.

Nur eins möchten wir hier doch nochmal ganz eindeutig klarstellen. Wir haben bei der gesamten Diskussion, die zu diesem Problem zur Zeit im Gange ist, darauf zu achten, daß die legitime Abwehr erklärter Verfassungsfeinde nicht umschlagen darf in eine Disziplinierung unbequemer politischer Auffassungen. Dies ist ein Gefahrenpunkt, den wir sehen müssen. Aber ich glaube, daß wir bisher die Probleme so behandelt haben, daß wir nicht in eine solche Gefahr geraten können.

Zu Ihrem Antrag selbst würde ich die Auffassung des Bürgermeisters teilen, wir sollten über diese Probleme, insbesondere über die Rechtsprobleme, im Ausschuß diskutieren. Ich glaube, daß wir hier im Plenum nur die Grundsätze anzusprechen haben, daß wir aber im Ausschuß uns Zeit nehmen sollten, die Auffassungen über Verfassungs- und auch Rechtsproblemen miteinander auszutauschen.

Wir sind insgesamt im Moment nicht der Meinung, daß Ihre vorgeschlagenen Grundzüge für eine Richtlinie, die die Abwehr von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst erreichen soll, hier ausreichen werden. Wir neigen also — das werden Sie meinen Worten hier entnehmen können — auch dazu, eventuell solche Richtlinien zu erarbeiten, betonen aber, daß wir nur sehr vorsichtigt herangehen wollen, damit wir eben nicht in die Gefahr geraten, hier eine Art Disziplinierung vorzunehmen, wo sie möglicherweise gerade in ein Gegenteil umschlägt, wo nämlich durch solch eine Maßnahme erreicht wird, daß gutgemeinte Maßnahmen mißverstanden werden oder wieder politisch umgemünzt werden in Angriffe, die weitere Verwirrung auch in der Öffentlichkeit stiften.

Ich darf vielleicht auch noch zum Grundsatz etwas sagen und mit Erlaubnis des Präsidenten hier Herrn Professor Dr. Friedrich Schäfer, Mitglied des Deutschen Bundestages, zitieren, der gesagt hat, daß es bei dieser Gesamtproblematik entscheidend sei, daß nur die tätige Gegnerschaft zur Verfassung, nicht aber ein noch so verschiedenartiges aber verfassungsgemäßes politisches Engagement die Ablehnung eines Bewerbers rechtfertige. Eine solche tätige Gegnerschaft muß in jedem Einzelfall vom Staat dann nachgewiesen werden. Dies hat Herr Professor Schäfer in einer wissenschaftlichen Schrift zum Ausdruck gebracht und ich glaube, daß wir hier einen Grundsatz finden, den meine Fraktion voll teilen wird, und daß wir uns an diese Grundsätze halten werden, wenn wir im Innenausschuß das Problem intensiv besprechen werden. — Ich danke.

Stellv. Präsident Hoppe: Das Wort hat Herr Abgeordneter Oxfort.

Oxfort (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ohne daß es hier ausdrücklich ausgesprochen wurde steht im Hintergrund des Problems, mit dem wir uns hier beschäftigten, eine nun schon seit vielen Monaten andauernde Auseinandersetzung zwischen den christlich-demokratisch regierten und den sozialdemokratisch regierten Bundesländern. Es ist ein bißchen pikant zu sehen, wie der eine den anderen darin zu übertreffen versucht, daß er sich in ganz besonderer Weise der Verfassung und der Bewahrung ihrer Grundsätze verpflichtet zeigt.

Wir haben — darauf ist hier hingewiesen worden — im vergangenen Jahr eine Debatte über eine von der CDU-Fraktion eingebrachte Große Anfrage gehabt, in der es um den entsprechenden Erlaß der Ministerpräsidenten der deutschen Bundesländer und des Bundeskanzlers ging. Das, was damals in der Sitzung vorgetragen worden ist, gilt auch heute noch für uns. Ich kann hier dasselbe bestätigen, was der Kollege Gollnick für seine Fraktion vorgetragen hat.

Lassen Sie mich deshalb, da wir ja in den öffentlichen Ausschußsitzungen Einzelheiten besprechen werden, mich auf folgende Erklärungen beschränken.

1. Es ist selbstverständlich, entspricht den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums, stimmt mit der Verfassung überein und ist gesetzlich vorgeschrieben, daß jemand, der aktiv die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpft, im öffentlichen Dienst nichts zu suchen hat. Dieser gesetzlich normierte Grundsatz leuchtet auch ein, denn ich kann nicht jemandem Hoheitsrechte über andere Bürger anvertrauen im Rahmen einer Verfassung, die zu bewahren und zu beachten einerseits höchstes Gebot ist, andererseits einen außerordentlich großen Spielraum für politische Betätigung der verschiedensten Richtungen läßt.

2. Auch darin werden wir übereinstimmen, daß in dem Bemühen, die Verfassung zu bewahren, auch hinsichtlich des Eindringens von Verfassungsfeinden in den öffentlichen Dienst, die Methoden, die dabei angewandt werden, nicht ihrerseits dazu beitragen dürfen, das, was wir als freiheitlich-demokratische Grundordnung begreifen, in Frage zu stellen. Es muß also unter allen Umständen vermieden werden, daß ein Verfahren praktiziert wird, das auch von nichtradikalen Gegnern dieser Regelung mit einem gewissen Recht als Schnüffelei bezeichnet werden könnte.

3. Herr Kollege Schmitz — und vielleicht widerspreche ich Ihnen dan in einer These ganz ausdrücklich —, nach der Überzeugung der liberalen Fraktion hier im Hause gilt der Grundsatz, daß das Mißtrauen, gerade gegenüber staatlichen Einrichtungen, eine selbstverständliche Voraussetzung der Demokratie ist. Das heißt, Sie dürfen nicht jemand in Frage stellen, weil er meint, daß ein gesundes Mißtrauen Voraussetzung für das Funktionieren des demokratischen Staatswesens sei. Auf diesem Mißtrauen beruht unsere ganze parlamentarische Ordnung. Es ist das gute Recht von jedermann, Kritik anzubringen und die Frage aufzuwerfen, ob nicht auch in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bestimmte Verhalten dazu führen können, daß der Rechtsstaat, daß Verfassungsgrundsätze abgebaut werden.

Alles in allem, wir werden uns in den Ausschüssen im einzelnen mit dem Problem beschäftigen. Wir sind dabei gespannt, ob es bis dahin den Innenministern der Bundesrepublik gelingt, aufgrund des ihnen neu erteilten Auftrages zu Erkenntnissen zu kommen, die die bisher geführte Diskussion bereichern.

(Beifall bei der F.D.P.)

Stellv. Präsident Hoppe: Das Wort hat Herr Abgeordneter Rösler.

Rösler (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist bei dieser Aussprache um den Antrag der CDU-Fraktion bisher der Eindruck entstanden, durch die Ausführungen des Herrn Bürgermeisters und meiner Herren Vorredner Gollnick und Oxfort, als würden wir alle in diesem Hause an einem Strang ziehen bei der Behandlung dieses Themas. Der Herr Bürgermeister hat beklagt, daß es trotz des Ministerpräsidentenbeschlusses nicht zu einem einheitlichen Handeln gekommen ist. Das liegt doch aber gerade daran — nicht an dem Ministerpräsidentenbeschluß als solchem —, sondern daran, daß man ihn zwar einerseits befürwortete, ihn mittrug, andererseits sich aber scheute, die Konsequenzen daraus zu ziehen und Richtlinien aufzustellen, die einen Weg weisen, wie man dieses Problem bewältigen kann. Und das wiederum haben bisher — wie ich meine — in vorbildlicher Weise leider nur die CDU/CSUregierten Länder getan. Das Bekenntnis zum einheitlichen Handeln widerspricht hier ganz offensichtlich der Praxis, wie wir sie haben.

Wenn der Antrag der CDU-Fraktion — wie sich der Herr Bürgermeister ausdrückte — eine Konzentrierung der Entscheidung beim Innensenator vorsieht, dann doch deswegen, weil er der Verfassungssenator ist, der in besonderer Weise dafür zuständig ist, daß der öffentliche Dienst von Verfassungsfeinden verschont bleibt. Die ganze Malaise liegt aber darin — und das zeigt mit erschreckender Deutlichkeit ein Beschluß des SPD-Parteitages von Hannover aufs neue —, daß man sich hier in einen Beweisnotstand

begibt, indem man zu seinen eigenen Lasten, nämlich als Staat, in seiner Funktion als Arbeitgeber die Beweislast hinsichtlich der Verfassungstreue verkehrt. Nach dem Grundgesetz und den entsprechenden Gesetzen für die Anstellung im öffentlichen Dienst, ist es eine Voraussetzung für die Einstellung im öffentlichen Dienst, daß sich der Bewerber zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennt und dazu, daß er für sie aktiv eintritt. Es liegt doch daran, daß wir bisher bei der Einstellung im öffentlichen Dienst neben den allgemeinen Qualifikationskriterien — Vorweisung eines Diploms, einer Prüfung oder eines bestimmten Studienganges — im Grunde genommen den politisch Farblosen akzeptiert haben oder in dieser Stadt meist auch einen politisch farblosen, der aber nach außen hin ein bestimmtes Parteibuch vorwies, einen Bewerber also, der eben nicht hundertprozentig bereit war, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung aktiv einzutreten.

(Abg. Pawlak: Was soll das? — Frau Abg. Renner: Unterstellung!)

Deswegen sollten wir uns wieder auf den Boden der Gesetze begeben und auch diese Verfassungstreue als ein Qualifikationsmerkmal für die Anstellung im öffentlichen Dienst ansehen. Der öffentliche Dienst ist eben nicht ein normales Arbeitsverhältnis, sondern verlangt eine besondere Loyalität zum Arbeitgeber. Und das verlangen wir hier, die CDU-Fraktion dieses Hauses, auch vom Senat und vom Herrn Senator, dem es beinahe gelungen wäre, hier darüber hinwegzutäuschen, daß er zwar einerseits den Ministerpräsidentenbeschluß mitträgt, andererseits aber — wir kennen die Gründe: Jusos,

(Zuruf des Abg. Gottschalk)

andere Vereinigungen, die mit großer Gewalt gegen diese Beschlüsse anrennen — nun so tut, als weise auch dieser Beschluß nicht den geeigneten Weg.

(Zurufe von der SPD)

Wenn wir, aufbauend auf diesem Beschluß, der sicherlich nicht die Ultima ratio ist — da gebe ich Ihnen recht —, durch Richtlinien so verfahren, wie in dem Beschluß vorgesehen, dann erreichen wir auch, daß der negative Eindruck — mindestens auf dem Gebiet der Universitäten —, von dem der Kollege Schmitz mit Recht gesprochen hat, auch von dieser Stadt verschwindet. Wir haben aber auch in der Justiz erlebt, daß Referendare angestellt wurden, die verbal ausdrücklich erklärt haben, dieses Grundgesetz, diese Grundordnung nicht mitzutragen und trotzdem in den Vorbereitungsdienst übernommen wurden.

Stellv. Präsident Hoppe: Herr Abgeordneter Rösler, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Rösler (CDU): Ja, bitte!

Stellv. Präsident Hoppe: Herr Kollege Pawlak!

Pawlak (SPD): Herr Kollege Rösler, Sie haben ja nun so schnell weitergeredet, nachdem ich schon eine Weile stehe.

War ihr Hinweis auf die Jusos so gemünzt, daß die Jungsozialisten eine verfassungsfeindliche Organisation sein sollen oder könten Sie das näher erläutern, wie Sie das eben gemeint haben?

Rösler (CDU): Ich will die Jusos nicht verfassungsrechtlich klassifizieren.

(Zurufe von der SPD)

Aber ein Teil davon kämpft bekanntlich an gegen den Ministerpräsidentenbeschluß, kämpft an gegen die Dinge, zu denen wir uns bekennen.

(Zurufe von der SPD)

Und in diesem Zusammenhang, Herr Kollege Pawlak, ein letztes zu dem, was der Kollege Oxfort ausführte: Wir anerkennen natürlich, ebenso wie jeder andere und wie auch die Liberalen, die es nicht immer wieder extra zu betonen brauchen, daß das Mißtrauen gegen staatliche Einrichtungen zur Voraussetzung des demokratischen Staatswesens gehört. Nicht derjenige wird von uns inkriminiert, der ein solches Mißtrauen hegt. Uns kommt es darauf an, daß sich das Mißtrauen nicht gegen das demokratische Staatswesen als solches richtet. Das ist doch der entscheidende Unterschied. Hier verlangen wir auch vom Senat mehr Klarheit und mehr richtungweisende Orientierung.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Hoppe: Das Wort hat Herr Bürgermeister Neubauer.

Neubauer, Bürgermeister und Senator für Inneres: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es hatte den Anschein, als ob dieses so wichtige und — wie ich vorhin schon sagte — schwierige Thema heute bei Einbringung des Antrages sachlich behandelt werden würde, diese Begründung und die kurze Aussprache uns in den Stand setzen würden, die wichtige Aussprache der Ausschüsse vorzubereiten.

Nun, Herr Abgeordneter Rösler, im Grunde drang bei Ihnen wieder durch, was bei früheren Debatten eben schon durchgedrungen war, daß Sie dieses wichtige Thema erstens benutzen, um den Eindruck zu erwecken, daß CDU — dazu sage ich gleich noch etwas — und CSU besonders verfassungstreu seien, und zweitens, verehrter Herr Kollege Rösler: Einige Beispiele, die Sie gewählt haben, deuten eben auf die Gefahr hin, von der wir sprachen, daß hier unterschiedliche Dinge in einen Topf geworfen werden und daß Sie damit eine öffentliche Debatte heraufbeschwören, die emotionalisiert, aber teilweise leider richtig ist, wenn Sie — so mit einem Schlenker — zum Beispiel darauf hinweisen, daß die Jusos gegen diesen Beschluß seien. Das weiß ich auch, doch so allgemein will ich es auch wieder nicht ausdrücken.

(Abg. Rösler: Ich könnte Ihnen auch Minister nennen!)

— Bloß, verehrter Herr Kollege Rösler, was soll das im Zusammenhang mit einer Debatte, in der hier unbestritten von allen Rednern darauf hingewiesen wurde, daß wir in der Sache der Verfassungsfeinde in diesem Hause noch alle an einem Strang ziehen, was Sie übrigens am Anfang Ihrer Rede angezweifelt haben. Auch dies ist schon ein bösartiger Anfang Ihrer Argumentation, wie ich meine. Sie versuchen den Eindruck zu erwecken, indem Sie die Bemerkung machen, die Jusos bekämpften diesen Beschluß, und der Außenstehende kann doch wohl nur den Schluß daraus ziehen, daß Sie die im Grunde auch für Verfassungsfeinde halten. Sehen Sie, hier verwischen Sie die Grenzen. Hier passiert genau das, was öffentliche Diskussionen oft in falsche Richtungen lenkt. Wenn Sie sich doch darauf beschränken würden, das zu diskutieren, was die Ministerpräsidenten diskutieren wollten und worum es nur gehen kann, nämlich Verfassungsfeinde und erkannte Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten! Ich sage Ihnen ganz offen: Bei dieser Art Begründung kommen wir nicht weiter und kommen wir nie zu einer Einheitlichkeit der Handhabung. Wenn Sie hier gesagt haben, die Länder der CDU/CSU haben mit ihren Richtlinien bewiesen, wie das funktioniert, dann — entschuldigen Sie — verstehen Sie von der Praxis der Handhabung nichts, aber auch gar nichts.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Denn in diesen Ländern gibt es so wenig Einheitlichkeit, wie es leider auch in den anderen Ländern gibt. Dafür gibt es eine Reihe von Beispielen, die ich Ihnen jetzt vorlegen könnte. Da gibt es auch in SPD-Ländern Abgelehnte, die in CDU/CSU-Ländern angestellt werden.

(Hört! Hört! — von der SPD)

Zum Beispiel lehnte das Land Bremen die Berufung des Soziologen Dr. Holzer ab, weil es sich auf den Standpunkt stellte, daß eine Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit und unter Ernennung zum Professor wegen seiner Mitgliedschaft und Tätigkeit in der DKP nicht vorgenommen werden sollte. Dessenungeachtet war Dr. Holzer bereits 1966 zum Beamten auf Widerruf des Freistaates Bayern und 1971 dort zum Beamten auf Probe ernannt worden.

(Abg. Schmitz: Wann hat Bremen entschieden?)

— Auch 1971!

(Abg. Schmitz: Nach 1966?)

— Ja, natürlich!

(Weiterer Zuruf des Abg. Schmitz)

— Das hat damit gar nichts zu tun. Fangen Sie jetzt nicht an mit juristischem Kleinkram, sondern das geht gegen Ihre Behauptung, wie stark und klar Länder der CDU/CSU solche Dinge für sich entschieden haben.

Ein zweites Beispiel ist der Fall des Diplom-Physikers Dr. Kosiek, aktives NPD-Mitglied. Dieser war an politischen Aktionen mit Hausfriedensbruch in Tateinheit mit vorsätzlicher Sachbeschädigung beteiligt. Das Land Rheinland-Pfalz lehnte es deswegen 1970 ab, ihn als Dozenten einzustellen. Dennoch ist Dr. Kosiek vom Kultusminister des Landes Baden-Würtemberg als Hochschuldozent eingestellt worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erzählen Sie der öffentlichkeit nicht, in Ihren Ländern ist die Einheitlichkeit hergestellt. Sie ist nicht hergestellt, und eine ganz unterschiedliche Beurteilung findet auch in den Bereichen statt, die CDU/CSUregierte Länder betreffen. Das zeigt alles nur, wie schwierig das Problem ist. Und wenn ich überhaupt noch einmal das Wort ergriffen habe, dann deswegen, weil Beiträge wie die des Abgeordneten Rösler nicht zur Lösung beitragen, sondern neue Gräben aufreißen und zu weiterer Uneinheitlichkeit führen. Dieses Thema eignet sich nicht zur Agitation.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Hoppe: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmitz.

Schmitz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, Ihr letztes Wort ist akzeptiert: Dieses Thema eignet sich nicht für Agitation. Aber genauso ist richtig — und das unterstreichen alle meine Freunde —, daß wir deshalb nicht etwa die Diskussion über die Verhaltensweise der Verantwortlichen in diesem Bereich einstellen dürfen. Wenn wir da einer Meinung sind, dann darf ich vielleicht zu Ihren Ausführungen folgendes sagen:

Sie haben hier bekrittelt, daß von uns die Auffassung vertreten wird, daß sich die CDU/CSUregierten Länder als bessere Verteidiger der Verfassung gegenüber Verfassungsfeinden darstellen. Nun, ich muß Ihnen ganz offen sagen, wenn ich die Gesamtdiskussion in diesem Bereich überschaue, dann würde ich sagen, daß die zweifelnden Stimmen an der Rechtmäßigkeit der Beschlüsse der Ministerpräsidenten, die zweifelnden Stimmen an der Praxis im generellen im Bereich der Sozialdemokratischen Partei zu finden sind und nicht bei der CDU/CSU.

(Frau Abg. Renner: Das ist aber Agitation! — Weiterer Zuruf von der SPD)

Nun kontern Sie und sagen: Das mag vielleicht schon sein, da gibt es Jusos, da gibt es Minister, die andere Meinungen vertreten, aber auch ihr habt in einzelnen Ländern Fehlentscheidungen oder zumindest differierende Entscheidungen getroffen, was beweist, daß es bei euch auch nicht so gut ist.

Nun darf ich Ihnen eines mit allem Freimut sagen zu diesem berühmten Fall des Baden-Württembergischen Landtagsabgeordneten der NPD, der in Rheinland-Pfalz abgelehnt worden ist und trotzdem in Baden-Württemberg angestellt wurde: Sie wären redlich gewesen, wenn Sie dazu gesagt hätten, daß es bekannt ist, daß diese Entscheidung des Baden-Württembergischen Kultusministeriums in den Reihen der CDU auf genauso laute Kritik gestoßen ist, wie in Ihren Reihen.

(Zuruf von der SPD: Ist trotzdem gemacht worden!)

— Ja. er hat es gemacht, aber, entschuldigen Sie, ich betone das, es wäre redlich gewesen, wenn Sie das mal gesagt hätten. Ich frage, wie es denn aussieht, wenn solche Entscheidungen in Ländern, die von der SPD regiert werden, getroffen werden? Da gibt es auch eine ganze Reihe von seltsamen Entscheidungen. Aber wir brauchen gar nicht so weit zu gehen angesichts der Situation an den Berliner Hochschulen und — hinzugesetzt — Schulen, Herr Senator. Sie wissen aus den Berichten des Landesamtes für Verfassungsschutz genauso gut wie ich, vielleicht sogar noch besser, wie es hier aussieht. Wer angesichts dieser Situation in diesem Lande so tut, als ob das hier eine Idylle wäre, in der nichts geschieht, in der man lange nachdenken, die Rechtsprechung, die Rechtsdiskussion abwarten kann, dafür haben wir kein Verständnis, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, und wir haben auch nicht die Geduld.

Bei den Gegnern der Beschlüsse der Ministerpräsidenten macht uns nicht mißtrauisch, daß sie gegen diese Beschlüsse sind, sondern mißtrauisch macht uns die Begründung, die sie häufig vortragen. Deswegen habe ich in meiner Darstellung auch sehr sorgfältig auf diese Gründe abgestellt. Bei der Begründung zeigt sich nämlich, daß manchmal ein Verständnis der Verfassungswirklichkeit und der Rechtslage vorgetäuscht wird, das einem vernünftig Denkenden nicht abgenommen werden darf. Deshalb meine ich, daß unser Antrag, der darauf abzielt, sehr kritisch die Organisations- und Rechtsfragen, die im Zusammenhang mit diesem Problemkreis entstehen, dann auch öffentlich zu diskutieren, und nicht nur im Sicherheitsausschuß, wo man sich hinter verschlossenen Türen gegenseitig bestätigen kann, wie man einer Meinung sei, sondern auch in aller öffentlichkeit einmal durchexerziert, wo es dann wirklich mal zum Schwur kommt. Ich weiß selber, daß der Einzelfall — und das weiß jeder, der in der Rechtspraxis arbeitet — häufig große Schwierigkeiten machen kann und daß diese Grundsätze, wenn sie durchexerziert werden, vielleicht die Sache noch schwieriger machen.

(Abg. Pawlak: Also!)

Aber ich glaube, daß wir das hinnehmen sollen. Nur worauf es uns ankommt, Herr Bürgermeister, ist, daß die Organisationsstruktur des Landes einheitlich handelt. Und lassen Sie es mich hier ganz deutlich sagen: Wenn sie hier vor dem Hause die Behauptung aufstellen

(Zuruf von Bm Neubauer)

— Wir sind einer Meinung, aber ich muß mich hier mit Ihrer amtlichen Meinung auseinandersetzen, nicht mit der privaten von Kurt Neubauer —, wenn Sie uns hier etwa die Erklärung abgeben wollten, daß alle Organisationsstufen, alle Einstellungsbehörden des Landes Berlin gleichmäßig in der Beurteilung auf einer Linie liegen, wer Verfassungsfeind ist und wer nicht, dann würde ich Ihnen sagen: Diese Erklärung ist falsch!

(Bm Neubauer: Habe ich auch nie gegeben!)

Deshalb zielen wir darauf ab, in dieser Richtung eine einheitliche Linie zu erreichen.

Lassen Sie mich zuletzt sagen: Herr Bürgermeister, wenn Sie sich etwa in der Form des Beklagens dazu geäußert haben, es werde von mir, vom Innensenator, so praktisch verlangt, daß er in allen Dingen die letzte Entscheidung trifft: Nun, so weit ist es ja weiß Gott nicht. Sie selber wissen, daß hier nur die Wissensmöglichkeiten, die Ihnen aufgrund der Ihnen nachgeordneten, unterstellten Behörden

zur Verfügung stehen, Ihnen ein zusätzliches Urteil erlauben sollen, das Sie mit in die Entscheidung einbringen können. Nach wie vor bleibt die Möglichkeit für die Einstellungsbehörde frei, aufgrund anderer Erkenntnisse oder unter Abwägung aller Gesichtspunkte zu einem anderen Ergebnis zu kommen. Nur eines tut mir sehr leid, daß der Verfassungssenator dieses Landes sich darüber beklagt, wenn er bei der Verteidigung der Verfassung zusätzliche Aufgaben bekommen soll. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Hoppe: Weitere Wortmeldungen habe ich nicht. Ich schließe die Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt, den Antrag an den Ausschuß für Inneres — federführend — und an den Ausschuß für Justiz zu überweisen. Widerspruch? — höre ich nicht, dann wird so verfahren.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 9, Drucksache 6/871:

Antrag der Fraktion der CDU über Weiterentwicklung des Sonderschulwesens in Berlin

Der Senat wird beauftragt, zur Weiterentwicklung des Sonderschulwesens in Berlin

1. verbindliche Höchstfrequenzen auch für die Sonderschulen festzulegen,
2. die Konzeption für ein grundständiges achtsemestriges Studium für das Lehramt an Sonderschulen an der PH zu entwickeln und
3. die sonderpädagogische Ausbildung von Berufsschullehrern zu fördern.

Er wird weiterhin aufgefordert, die folgenden Zielsetzungen in die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes aufzunehmen:

1. die Einrichtung von Beobachtungsklassen von der 1. Klasse an,
2. die Errichtung von Schulen für geistig behinderte Kinder und die Auflösung der Sammelklassen,
3. die Errichtung von Ganztagsschulen für Lernbehinderte.

Zur Begründung des Antrages hat das Wort Frau Abgeordnete Schneider. — Meine Damen und Herren, seien Sie nett zu unserem Geburtstagskind!

(Zuruf: Bravo! — Beifall bei der CDU)

Frau Schneider (CDU): Herr Präsident! Vielen Dank! Ich bin es aber eigentlich gewöhnt, daß die Damen und Herren hier immer nett zu mir sind, es sei denn, ich habe Sie zu stark in einem Punkte angegriffen. Aber dann geht es uns ja wohl allen gleich.

Gestatten Sie mir nun ein ganz kurzes Wort zur Begründung unseres Antrages: Wir sind uns wohl hier im Haus alle einig und sind es auch immer wieder gewesen und haben immer hervorgehoben, daß sich der wahre kulturelle Stand eines Volkes darin zeigt, wie er sich zu seinen schwachen Mitgliedern stellt. Wir müssen den jungen Menschen eine große individuelle und optimale Förderung zuteil werden lassen, die wegen körperlicher oder geistiger Schäden, sozialer oder sonstiger Schwächen gegenüber anderen benachteiligt sind.

Sonderschulen sollen nun das Recht — ich betone ausdrücklich: das Recht — des behinderten Menschen auf eine seiner Begabung und Eigenart entsprechende Bildung und Erziehung verwirklichen. Der oberste Grundsatz muß die Verwirklichung des Prinzips der Chancengleichheit für das behinderte Kind sein.

Die Kultusministerkonferenz hat bereits im Jahre 1972 eingehende Empfehlungen zur Regelung des Sonderschulwesens beschlossen. Danach sollen Sonderschulen weitgehend als eigenständige Schulen geführt werden. Es ist eine Notwendigkeit, umfassend angepaßte Hilfen für das behinderte Kind zu geben, und nur hier in den Sonderschulen können auch alle therapeutischen und sonstigen Hilfen durchgeführt werden.

Dem Hause liegt auch ein Bericht über Maßnahmen zur Betreuung und Förderung geistig und seelisch behinderter Kinder und Jugendlicher seit dem Oktober 1972 vor, der in einzelnen Ausschüssen intensiv beraten worden ist. Gerade diese Beratungen und Anhörungen

(Abg. Wronski: Gesundheitsausschuß für Minuten!)

— Ich möchte darauf hinweisen, daß gerade diese Anhörungen, ganz egal, in welchen Ausschüssen beraten worden ist — ich spreche hier für den Ausschuß für Schulwesen, Herr Kollege Wronski —, haben erkennen lassen, wie groß die Probleme sind und wieviel Arbeit noch vor uns liegt, wenn wir schnellstens etwas erreichen wollen. Deshalb haben wir mit unserem Antrag nur einige, uns wichtig erscheinende Probleme aus dem schulischen Bereich herausgenommen, die nur einen Anfang darstellen sollen und von denen wir hoffen, daß sie baldigst durchgeführt werden können.

Voraussetzung für alle angestrebten Verbesserungen auf dem Gebiet des Sonderschulwesens ist allerdings die qualifizierte Ausbildung der Sonderschullehrer. Eine sonderpädagogische Fachrichtung kann nur durch ein vertieftes Studium erreicht werden. Hier ist eine Mindeststudiendauer von acht Semestern vorzusehen. Wir verweisen auf die Vorschläge, die die GEW und die Berliner Vereinigung für Heilpädagogik zur Ausbildung von Lehrern an Sonderschulen ausgearbeitet haben und die wir bei den Besprechungen im Ausschuß unbedingt zugrunde legen sollten.

Es ist dringend notwendig, die Zahl der Studienplätze so zu erhöhen, daß der erhebliche Fehlbedarf an ausgebildeten Sonderschullehrern gedeckt werden kann. Wegen dieses erheblichen Mangels an ausgebildeten Sonderschullehrern muß dieses erweiterte Lehramt auch mit einer zusätzlichen Qualifikation verbunden werden, die auch ihren Ausdruck in einer höheren Besoldung findet. Wir brauchen Lehrer an den Sonderschulen, die ein so schweres und verantwortungsvolles Amt nicht nur anstreben, sondern auch in der Lage sind, es voll und ganz auszufüllen.

Die sonderpädagogische Ausbildung von Berufsschullehrern ist aber ebenfalls zu fördern, um behinderten bzw. mehrfach behinderten Kindern und Jugendlichen, Berufsschulpflichtigen, einen erfolgreichen Besuch der Berufsschule zu ermöglichen. Dabei wäre anzustreben, daß das zehnte Schuljahr in Verbindung mit dem neunten Schuljahr als Vollzeit-Berufsschuljahr mit dem Ziel einer Berufszuführung durchgeführt wird.

Unsere erste Forderung für die Schule selbst ist die Festlegung von verbindlichen Höchstfrequenzen, die je nach dem Grad der Behinderung unterschiedlich sein müssen.

Als erste Zielsetzung in der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes müssen folgende Punkte aufgenommen werden:

Einrichtung von Beobachtungsklassen von der ersten Klasse an, sofern bereits in der Vorschule oder durch ärztliche Untersuchungen eine Frühfeststellung eines Schadens erkennbar geworden ist. Die Zahl der Beobachtungsklassen ist zu erhöhen. Dabei muß von etwa 2 % der von der Regelschule zu betreuenden Schüler ausgegangen werden. Als Höchstzahl werden 12 Schüler pro Klasse festgesetzt. Sie sollten auch, wenn nötig, an den Hauptschulen weitergeführt werden.

Es ist irrig, anzunehmen, wie das kürzlich in einer Tageszeitig behauptet worden ist, daß wir lernschwache Schüler in ein soziales Getto abschieben wollen. Das Ziel soll eben nicht frühzeitige Isolierung von den anderen Kindern sein, sondern, wie ich bereits am Anfang meiner Ausführungen sagte, eine größtmögliche Förderung mit dem Ziel, die Kinder im Verlauf ihrer Schulzeit wieder in eine Regelschule einzugliedern.

(Beifall)

Deshalb sollen auch die Beobachtungsklassen weiterhin an den Grundschulen verbleiben mit der Erweiterung der Betreuung durch Sonderschullehrer.

Die Sammelklassen, so haben wir im nächsten Punkt angeregt, sollten aufgelöst werden — ein solcher Vorschlag ist auch von der Kultusministerkonferenz gemacht worden — und eigene Sonderschulen für geistig Behinderte mit ca. 60 bis 120 Schülern eingerichtet werden. Wir gehen davon aus, daß in jedem Bezirk — zumindest aber in zwei benachbarten Bezirken — eine derartige Schule eingerichtet wird. Sie sollten grundsätzlich Ganztagsschulen sein, genauso wie wir das im Punkt 3 auch für lernbehinderte Kinder verlangt haben. Hier könnte eine besonders intensive Betreuung der Schüler erfolgen, die im Elternhaus leider nicht immer möglich ist. Selbstverständliche Voraussetzung ist in diesem Fall natürlich genügend Freizeit- und Erholungsraum.

Das waren nur einige wenige Vorschläge. Wir müssen — leider — die mögliche und baldige Durchsetzung unserer Ziele im Rahmen des Möglichen erwägen, das heißt nicht, daß wir nicht nach und nach — und hoffentlich in Bälde — weitere Projekte in Angriff nehmen können. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Hoppe: Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat Frau Abgeordnete Renner.

Verehrte Frau Kollegin, ich nehme an, Sie konnten die Ausführungen wenigstens hören, wenn auch die Sicht durch Ihre eigene Fraktion auf die Rednerin verstellt war.

Frau Renner (SPD): Aber sehr erschwert, Herr Präsident. Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die sozialdemokratische Fraktion wird immer Anregungen begrüßen, gerade Kindern, die Sonderschulen besuchen, zu helfen, soweit sie im Rahmen des Möglichen liegen. Deshalb werden wir uns auch darauf freuen, diesen Antrag im Ausschuß gut und sachlich beraten zu können.

Ich meine aber feststellen zu müssen, daß einige Dinge, die hier gefordert worden sind, bereits eingeleitet wurden. So möchte ich darauf hinweisen, daß in der letzten Zeit eine Reihe von Sonderschulen gebaut worden sind; außerdem hat man Grundschulen mit integrierten Sonderschulteilen geschaffen. Und gerade das, was von Ihnen am meisten gefordert wurde, Frau Schneider, die Einrichtung von Schulen für geistig behinderte Kinder, ist auch bereits in Angriff genommen worden. Wir haben drei Einrichtungen für geistig behinderte Kinder.

(Abg. Rösler: Das reicht doch nicht!)

Ferner: Die zehnten Klassen für Sonderschulen einzurichten, ist auch schon erprobt worden; mit dieser Überlegung befaßt man sich also bereits. Daß hier eine weitere Verbesserung erreicht werden muß, ist uns allen klar.

Ich möchte aber weiter darauf hinweisen, daß zwei Dinge im Schulentwicklungsplan I bereits in Angriff genommen wurden:

Die Klassenfrequenzen an Sonderschulen, d. h. an Schulen für geistig behinderte Kinder, sind von 15 auf 8 herabgesetzt worden. Das ist ein wesentlicher Schritt, der uns entscheidend weitergebracht hat. In diesem Zusammenhang möchte ich aber bemerken, daß wir uns nicht an den Begriff der Höchstzahlen halten wollen, sondern — genau wie bei den Anfängerklassen der Grundschulen — an den Begriff der Regelzahlen. Wir wollen hier — genau wie in den Grundschulen — die Möglichkeit schaffen, daß sowohl der einzelne Bezirk Möglichkeiten der Differenzierung und Beweglichkeit hat, aber evtl. auch die eine oder andere Schule für sich in Anspruch nehmen kann, um vielleicht in den Klassen der Jüngeren eine geringere Zahl von Schülern und bei den älteren Kindern eine größere Zahl von Schülern zu haben. Wenn beispielsweise 16 Schüler die Grenze wäre und bei 17 Schülern zwangsläufig die Klasse geteilt werden müßte, darauf legen wir keinen Wert. Das wäre dieselbe Debatte, die wir hier im Bereich des Grundschulwesens geführt haben. Durch diesen einen Schüler würde es zu einer erheblichen Raumbedarfsvermehrung kommen, es würden mehr Lehrer benötigt, das sind alles Dinge, die man mitberücksichtigen muß. Ich sehe, Frau Schneider, Sie sind jetzt in derselben schwierigen Situation, wie ich vorhin.

Für sehr wichtig halten wir die Einführung der Früherfassung von behinderten Kindern. Dieses Problem wird jetzt bereits in drei Ausschüssen beraten, wie Sie hier schon angeführt haben. Das halten wir für viel wichtiger, als Beobachtungsklassen in der Grundschule schon von der ersten Klasse an einzurichten.

Wir sind der Meinung, daß wir in der ersten Klasse die Kinder nicht isolieren sollten — ich sehe es so —, daß man mit der Überlegung einer nach Möglichkeit 100prozentigen Erziehung im Vorschulbereich — Vorschulklassen und Kindergärten — schon etwas erreichen kann. Kinder, die in solche Beobachtungsklassen kommen sollen, sind milieugeschädigte und verhaltensgestörte Kinder, und hier muß man so früh wie möglich beginnen, um ihre Verhaltensgestörtheit zu beenden. Wir sind auch der Meinung, daß mit der besonders im Grundschulförderungsprogramm angezielten Senkung der Klassenfrequenz in Etappen und der Einrichtung mehrerer Teilungsstunden mehr erreicht würde, als eine völlige Herausnahme dieser Kinder, ohne daß sie die Möglichkeit haben, sich in einer normalen Klasse zu integrieren.

Ich glaube, das wäre das Wichtigste, was ich hierzu zu sagen habe.

Auf eines möchte ich aber noch hinweisen: Im Amtsblatt für Berlin vom 19. April steht bereits, daß der Name „Sammelklassen" nicht mehr gebraucht werden soll, vielmehr spricht man bereits von Einrichtungen für geistig behinderte Kinder. Ich möchte darauf hinweisen, daß das, was man als „Sammelklassen" bezeichnet hat, auch als Ganztagseinrichtung geführt wird. Und ich glaube auch, das verlängerte Studium für Sonderschullehrer ist bereits im Schulentwicklungsplan I angesprochen worden. Bei der Veränderung und Harmonisierung der Lehrerausbildung wird sich sicherlich die Möglichkeit für ein achtsemestriges Studium ergeben. Die Verdoppelung der Anzahl der Studienplätze für Sonderschullehrer ist m. E. auch bereits ein Schritt dafür, was bereits getan worden ist. Ich begrüße das und freue mich darauf, daß wir im Ausschuß noch einmal über diesen Bereich diskutieren und sehen können, in welchem Maße wir — vielleicht auch über diesen Antrag hinaus — Sonderschulkindern helfen können.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Hoppe: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kayser.

Kayser (F.D.P.): Meine Damen und Herren! Auch für die Fraktion der F.D.P. kann ich unsere Unterstützung zu dem angesprochenen Thema erklären. Die Begründung, die von der CDU vorgetragen worden ist, erscheint uns recht überzeugend.

Es müssen verschiedene Maßnahmen getroffen werden, die über das bisherige Maß hinausgehen, um einerseits die Qualifikation im pädagogischen Bereich und andererseits die Verbesserung der Unterrichts- und Pflegebedingungen zu erreichen. Insofern bin ich ein bißchen überrascht, daß

die Kollegin Renner von der SPD-Fraktion kritische Akzente gesetzt hat — wenn auch sehr zurückhaltend —, indem sie meint, daß beispielsweise die Frage der Beobachtungsklassen pädagogisch eigentlich nicht so relevant sei. Wenn man davon ausgeht, daß einerseits die derzeitigen Richtlinien für die Einweisung in Beobachtungsklassen ja sehr engmaschig sind — es muß schon praktisch zweimal ein Malheur passiert sein, bis jemand in eine Beobachtungsklasse hineinkommt —, andererseits auch in vielen Bezirken — wie Sie wahrscheinlich wissen — wenig Neigung besteht, gerade wegen des Mangels an qualifizierten Fachkräften, solche Klassen einzurichten, dann ist es in der Tat sehr nötig, diese Beobachtungsklassen endlich intensiv auszugestalten, damit die jeweiligen Kinder in Kleingruppen von ihren Verhaltensstörungen geheilt werden und nicht wie jetzt im normalen Klassenverband praktisch nur so am Rande mitlaufen.

Es gibt immerhin zwei Formen von Verhaltensstörungen. Es werden nämlich immer nur diejenigen, die lästig auffallen, hervorgehoben und in andere Schulen oder auch gelegentlich in Beobachtungsklassen überwiesen, aber diejenigen, die fast autistisch still herumsitzen und gerade einer speziellen Zuwendung und Förderung bedürften, finden Sie in Beobachtungsklassen gar nicht. Dieses Indiz zeigt, daß die Institution der Beobachtungsklassen in Berlin nie ernsthaft durchgeführt worden ist. Insofern verstehen wir die Anregung der CDU als einen Hinweis darauf, daß das auch in den Schulentwicklungsplan, der ja nun hoffentlich demnächst fortgeschrieben vorliegt, auch in qualifizierter Form aufgenommen wird. Das gleiche gilt auch für die geistig behinderten Kinder; daß man nun die Sammelklassen anders nennt, sagt noch nichts darüber aus, wie man sich die Planung vorstellt.

Wie Sie aus dem Antrag entnehmen, sind ja immerhin die letzten drei Punkte vorgesehen, in genauere Planungen Eingang zu finden. Planung heißt natürlich, daß man dann nicht nur die voraussehbaren Schülerzahlen, sondern auch die erforderlichen sächlichen und Personalmittel ermittelt und koordiniert. Das, glaube ich, müßte und wird auch im Ausschuß gründlich beraten werden. Ich hoffe, daß die Bedenken, Frau Renner, die Sie andeuteten, wohl dann nicht entscheidend sein werden.

Was aber die ersten drei Punkte angeht, wundert es mich zum Beispiel, daß Sie sich gegen Höchstfrequenzen wenden. Eine Höchstfrequenz ist mehr als eine Regelzahl, denn eine Regelzahl müßte ja wohl darunter liegen. „Höchstfrequenz" heißt etwas, was auf keinen Fall überschritten werden darf, wenn man Höchstfrequenzen festlegt, wird man natürlich tunlicherweise

(Frau Abg. Renner: Übrigens auch eine Anregung der KMK!)

in dem Durchschnitt darunterliegen. Wenn Sie sich aber dagegen wenden, dann entsteht doch etwas der Eindruck, als ob Sie nur bloße Orientierungszahlen setzen wollen, ohne damit auszuschließen, daß in Einzelfällen auch nach oben abgewichen werden kann. Aber dagegen muß man sich schon aussprechen, wenn es einem Ernst ist, gerade in diesem Bereich, der ja fast randständig geworden ist, und der eben auch zur Zeit in gemeinsamen Anhörungen im Ausschuß für Schulwesen und im Ausschuß für Familie, Jugend und Sport die ungeheuere Problematik offenbarte, die hier gewissermaßen sehenden Auges von den vielen Instanzen des Staates und der freien Verbände nicht gelöst werden kann. Wenn im Antrag einige Beispiele angeführt werden, wo verbessert werden kann, dann sollte man es unvoreingenommen tun; ich hoffe, daß das im Ausschuß für Schulwesen gelingen wird. — Vielen Dank!

(Beifall bei der F.D.P.)

Stellv. Präsident Hoppe: Herr Abgeordneter Wischner hat das Wort.

Wischner (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte hier nicht mehr zur Sache sprechen, weil ich meine, daß das der Beratung im Ausschuß vorbehalten bleiben sollte. Allerdings scheint es mir notwendig zu sein, einige Dinge geradezurücken, die Frau Renner meinte, hier ausführen zu müssen. Wenn man Sie als unbefangener Zuhörer richtig verstehen wollte, dann würde man meinen: Ein derartiger Antrag ist völlig unnötig, bei uns ist ja alles in bester Ordnung, was tut Ihr überhaupt? Dann, Frau Renner, frage ich Sie allerdings, ob Sie am vergangenen Freitag richtig zugehört haben, als die Berliner Vereinigung für Heilpädagogik gerade den desolaten Zustand unseres Sonderschulwesens beschrieben und uns aufgefordert hat, nun einmal endlich tätig zu werden. Bei allem Verständnis dafür, daß Sie als Mehrheitsfraktion ganz gerne das alles abstützen, von dem Sie meinen, daß es der Senat schon getan haben mag, können Sie die Augen nicht davor verschließen, daß es eine ganze Reihe von Problemen im Bereich der Sonderschule gibt, auch insbesondere im Bereich der Sonderschule für Lernbehinderte.

Ich glaube, Sie werden diesen schönen Zustand — wie Sie ihn gezeichnet haben — in der Ausschußberatung nicht aufrechterhalten können, wenn Sie mit den nackten Tatsachen konfrontiert werden. — Vielen Dank!

(Zuruf von Frau Abg. Renner)

— Frau Kollegin Renner! Wir werden uns dann weiter unterhalten.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Hoppe: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Der Ältestenrat empfiehlt, den Antrag an den Ausschuß für Schulwesen zu überweisen. Widerspruch höre ich nicht; dann hat das Haus so beschlossen.

Wir kommen zur

lfd. Nr. 10, Drucksache 6/876:

Antrag der Fraktion der CDU über Spielplätze für ältere Kinder

> Der Senat wird beauftragt, durch geeignete Maßnahmen umgehend dafür Sorge zu tragen, daß bei Bauvorhaben mit mehr als 150 Wohneinheiten die Forderungen der Bauordnung für Berlin und der Ausführungsvorschriften auf Einrichtung von Spielplätzen für Kinder von 6 bis einschließlich 14 Jahren eingehalten und z. B. nicht dadurch umgangen werden, daß für entsprechende Bauvorhaben mit zwei oder mehr Bauabschnitten getrennte Baugenehmigungen beantragt und bewilligt werden.

Zur Begründung hat das Wort Herr Abgeordneter Dolata.

Dolata (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In unserem technisierten Zeitalter ist die Straße schon lange kein Spielplatz mehr; Konsequenzen daraus wurden leider sehr schwer und spät gezogen. Die Kinderfeindlichkeit, besonders in Großstädten, manifestierte sich geradezu lange Zeit in der Tatsache, daß zwar der Bau von Garagen und Einstellplätzen, nicht aber der Bau von Kinderspielplätzen vorgeschrieben war. Trotz Bundesbaugesetz, trotz Flächennutzungsplan, trotz Bebauungsplänen ist der Bestand an öffentlichen Kinderspielplätzen in unserer Stadt in jeder Weise unzureichend; das ist kein Geheimnis. Darüber werden wir uns hoffentlich, wenn der schon lange angekündigte und ausstehende Spielplatzentwicklungsplan endlich — hoffentlich bald! — vorgelegt wird, sicherlich noch ausgiebig zu unterhalten haben. Der CDU-Fraktion geht es heute um private Spielplätze und um die Verantwortung der Verwaltung, die Einhaltung der entsprechenden Vorschriften zu beachten und darauf zu dringen, daß sie von ihren

einzelnen Verwaltungsteilen beachtet werden. Seit über einem Jahr haben wir Ausführungsvorschriften zur Bauordnung, die die Anlage, die Größe und die Ausstattung von Spielplätzen vorschreiben. Leider wissen wir inzwischen, daß nach diesen Vorschriften die Herstellung von Kinderspielplätzen zwar verlangt, aber anscheinend nicht durchgesetzt werden kann. Und die Verwaltung hat dies — so kann man vermuten — anscheinend auch gar nicht ernsthaft versucht, vielleicht sogar resigniert; anders kann ich es nicht verstehen, daß zum Beispiel in einem Bericht der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport über die Spielplatzsituation in Berlin — Untertitel: „Quantitative und rechtliche Aspekte" — auf Seite 37 folgendes formuliert ist; ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren:

> Die Bauherren hatten in den jeweiligen Lageplänen Flächen als Kinderspielplätze ausgewiesen, deren Realisierung jedoch unterlassen. Erst aufgrund der Beschwerden sachkundiger Mieter sind die Bauaufsichtsbehörden ihrer Verpflichtung nachgekommen, die Verwirklichung der von ihnen genehmigten Bauunterlagen zu überprüfen und schließlich zu verlangen. Es muß offen bleiben, wie viele Fälle es in Berlin noch gibt, in denen Spielplätze im Lageplan zunächst ausgewiesen und dann nicht hergestellt werden.

Eine traurige Feststellung, daß die Verwaltung resigniert oder — zumindest nach dieser Feststellung — nicht sichtbar etwas unternommen hat, dem abzuhelfen. Die Ausführungen in der Bauordnung, die wir hier gemeinsam verabschiedet haben, sind nach unserer Auffassung so deutlich, daß eigentlich keine Verwaltung daran vorbeigehen kann und auch keine Schwierigkeiten hätte, das durchzusetzen. Ich darf in Erinnerung rufen, daß es da zum Beispiel heißt: Je Wohnung sollen mindestens 2,5 qm nutzbarer Spielfläche vorhanden sein. — Und später heißt es: In jedem Fall ist auf Spielflächen für Kleinkinder eine für Spiele im Sand geeignete Anlage herzustellen. Die innere Fläche soll 10 qm nicht unterschreiten. — Und weiter in Ziffer 7: Bei Bauvorhaben mit mehr als 150 Wohnungen m u ß die Ausstattung der Kinderspielplätze auch für Spiele älterer Kinder — in Klammern wird erläutert, was damit gemeint ist: Kinder von 6 bis einschließlich 14 Jahren — geeignet sein. Es ist eine möglichst vielgestaltige Ausstattung anzustreben. — Ganz deutlich wird hier also das, was die Bauordnung vorschreibt, was wir gemeinsam haben vorschreiben wollen. Nun frage ich mich nur: Die Kontrolle der Verwaltung obliegt zwar diesem Hause, es obliegt auch diesem Hause, entsprechende Vorschriften zu erlassen, aber was nützen Vorschriften, wenn solche Dinge dann nicht beachtet werden, die Verwaltung ihre Kompetenzen also wohl nicht wahrnimmt und die Dinge nicht ausfüllt, die wir ihr als Rahmen vorgeben? Deshalb dieser Antrag. Für uns ist jeder Spielplatz, der gebaut werden müßte und sollte — und nach den Vorschriften auch gebaut werden könnte, aber nicht gebaut wird —, schon zuviel; ein einziger Spielplatz, der nicht gebaut wird, ist uns zuviel! Es scheinen aber mehr zu sein! Deshalb ist es unserer Auffassung nach höchste Zeit, die Verwaltungsvorschriften anzuwenden und die Verwaltung an ihre Verpflichtungen zu erinnern. Deshalb, wie gesagt, unser Antrag. In der Hoffnung auf Übereinstimmung hier in diesem Hause, zu diesem Punkt und in diesem Bereich, bitten wir um Annahme unseres Antrages.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Hoppe: Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat Herr Abgeordneter Prozell.

Prozell (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stimmen diesem Antrag natürlich voll zu. Unsere Fraktion hatte den Antrag über Schaffung altersgemäßer Spielplätze eingebracht, der ja hier einstimmig in diesem Haus beschlossen wurde, und der darauf abzielte, die Bauordnung zu ändern. Dies ist inzwischen geschehen, und Herr Dolata hat mit Recht gesagt, daß hier durch Aufteilungen von Bauvorhaben die Bestimmung im § 10 Abs. 4, die wir ja gemeinsam haben wollten, umgangen wird. Aber eines lassen Sie mich hinzufügen: Eine sehr wichtige Komponente in diesem Antrag ist, daß in vorhandenen Grünanlagen Freizeit- und Spielflächen für Kinder und Jugendliche einzubauen sind; das bedeutet nicht nur in öffentliches Grün, sondern auch in vorhandene Anlagen, die Privathausbesitzer haben. Meiner Einschätzung nach — und das soll auch mein Appell an die Öffentlichkeit sein — wird davon zu wenig Gebrauch gemacht, daß in schon vorhandene Grünflächen diese Spielplätze eingebaut werden. Es wäre wichtig, das noch einmal hier nach außen zu bringen, damit von der Bevölkerung die Möglichkeit wahrgenommen wird, entsprechende Anträge zu stellen, und sie dann — die Möglichkeit besteht — im Verwaltungsstreitverfahren auch durchzusetzen. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Hoppe: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag sofort zur Abstimmung zu stellen. — Widerspruch höre ich nicht; dann kann ich so verfahren. Ich darf also um Zustimmung bitten. Wer dem Antrag, Drucksache 6/876, seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke, ich bitte um die Gegenprobe. — Ich darf feststellen, daß der Antrag vom Haus einstimmig so beschlossen worden ist.

Die lfd. Nrn. 11 und 12 der Tagesordnung hatten wir bereits auf die nächste Sitzung vertagt.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 13, Drucksache 6/893:

Antrag der Fraktion der CDU über Ausbau des Informations- und Dokumentationswesens in Berlin

> Angesichts der besonderen Bedeutung von modernen Informations- und Dokumentationssystemen, der zunehmenden internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet, sowie der Notwendigkeit, Berlin neue, überregionale Aufgaben zuzuweisen, wird der Senat beauftragt, sich künftig verstärkt für den Ausbau vorhandener Informations- und Dokumentationszentren einzusetzen sowie bei Neugründungen im Bereich der Bundesrepublik sich darum zu bemühen, daß Berlin Sitz solcher Institutionen wird.
>
> Insbesondere wird der Senat aufgefordert,
>
> 1. das wissenschaftlich-technische Informations- und Dokumentationswesen in Berlin stärker als bisher zu fördern, insbesondere bei Institutionen von erheblicher überregionaler Bedeutung;
> 2. sich dafür einzusetzen, daß Berlin — im Rahmen des in Vorbereitung befindlichen Förderungsprogramms der Bundesregierung — angemessen an der Gründung neuer Fachinformationszentren beteiligt wird sowie seine bereits bestehenden Institutionen voll in das Fachinformationszentren-System eingebracht werden;
> 3. sich im Benehmen mit den zuständigen Stellen der Bundesregierung darum zu bemühen, Dokumentationsvorhaben internationaler Behörden und Institutionen nach Berlin zu ziehen und die dafür notwendigen materiellen Voraussetzungen rechtzeitig zu schaffen;
> 4. dem Abgeordnetenhaus über seine diesbezüglichen Aktivitäten und deren Erfolge jeweils im Abstand von 2 Jahren, erstmalig zum 1. Oktober 1973 zu berichten.

Zur Begründung hat das Wort Herr Abgeordneter Boroffka.

Boroffka (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als der Herr Regierende Bürgermeister am 29. April 1971 seine Erklärung über die Richtlinien der Regierungspolitik vor diesem Hause abgab, formulierte er als Ziel eben dieser Regierungspolitik, daß West-Berlin, gestützt auf unsere freiheitlich demokratische Rechtsordnung, in allen Bereichen seines Lebens zum Modell einer modernen Großstadt auszubauen sei. Damit war deutlich, daß die Funktionen, die nach dem Verständnis aller drei Fraktionen in früheren Jahren dieser Stadt als wesentlich beigemessen wurden, nach Meinung des Senats nicht mehr vorhanden waren.

Berlin hatte nicht mehr die Aufgabe, sich für die Zielvorstellung eines wiedervereinigten Deutschlands als Hauptstadt bereitzuhalten und Klammer der beiden Teile bis dahin zu sein; es sollte auch nicht mehr der Vorposten des Westens in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West sein. Ich sage nicht — um hier Mißverständnissen vorzubeugen —, daß diese Funktionen sich hätten aufrechterhalten lassen angesichts der in Gang gekommenen Entwicklung; aber jeder muß sehen, daß diese Funktionen der Stadt ein essentielles Interesse von außen einbrachten, was wesentlich dazu beitrug, ihr Sicherheit über Jahrzehnte kalten Krieges hinweg zu geben und ständiger Versuche, die — wie es Chruschtschow formulierte — „Kröte im Halse" zu schlucken.

Nun hat der Kollege Dr. Haus im Einklang mit vielfachen gleichlautenden Erklärungen anderer SPD-Politiker im August vorigen Jahres im „Abend" gemeint — ich zitiere mit Ihrer und des Herrn Präsidenten Genehmigung —:

> Die Existenzbedrohung Berlins ist durch die Verträge entscheidend abgebaut, die Existenzsicherung durch den fast behinderungsfreien Verkehr zwischen dem Westen und Berlin für jedermann spürbar. Die Berliner CDU muß sich wohl oder übel davon lösen, ihre parteipolitische Kritik an der Ostpolitik Willy Brandts mit Berlin-Pessimismus zu koppeln.

Aber, sehr verehrter Herr Kolege Dr. Haus, die Schwenkung des Herrn Regierenden Bürgermeisters, der noch vor einem Monat die Gespräche zwischen dem sowjetischen Parteivorsitzenden Breschnew und dem Bundeskanzler Brandt nicht mit dem Berlin-Problem belastet wissen wollte, und der sich nun heute öffentlich widerruft und sagt, gerade das Berlin-Problem müsse ein wesentlicher Bestandteil eben dieser Gespräche sein, diese Schwenkung macht deutlich, daß wohl zumindest aus sowjetischer Sicht und aus dem Blickwinkel der DDR — wie durchaus logisch ja auch verständlich und einleuchtend — Berlin die Kröte im Halse der DDR ist und weiterhin bleibt. Und ich füge hinzu: Gerade die Entwicklung zu einer modernen, normalen Großstadt — so vorzüglich die Schulen dann sein mögen, so prachtvoll und großartig die Krankenhäuser, Straßen und Kongreßhallen —, gerade solche Entwicklung könnte, da sie an der geographisch-politischen Situation dieser Stadt im Weltgefüge der Politik nichts ändert, diese Stadt in die Gefahr bringen, zu einem Anachronismus zu werden, wie ähnlich andere Exklaven in der Weltgeschichte es auch erlebten, die ihre ursprüngliche Aufgabe verloren und damit auch die notwendige Hilfe von außen.

Dies alles ist nun sicher nicht neu und nicht überraschend, und jedermann weiß, daß dieserhalb auch eine Reihe von Vorschlägen für neue Aufgaben Berlins, gerade auch aus den Reihen der SPD selbst, gemacht worden ist. Aber wir haben mit diesen neuen Vorschlägen bestimmte Erfahrungen gemacht.

Da hat es schon vor Jahren die Idee gegeben, Berlin zur Drehscheibe des Ost-West-Handels zu machen, aber Warenströme folgen nun einmal eigenen Gesetzen und nicht politischen Hoffnungslinien.

Da sollte Berlin zu einem internationalen Wissenschaftszentrum entwickelt werden, aber was sich nun mittlerweile auf einer halben Etage am Steinplatz etabliert hat, daß ist — so verdienstvoll das sein mag — sicher nicht Gegenstand der Gespräche zwischen Breschnew und Brandt.

Was nun diese Erfahrungen, insbesondere des Herrn Regierenden Bürgermeisters, bei Verfolgung der Idee anlangt, Berlin zum Sitz internationaler Verwaltungsbehörden zu machen, so ist darüber ausreichend in den Protokollen dieses Hauses nachzulesen. Ich erinnere an die Mündliche Anfrage des Kollegen Rasch aus der 24. Sitzung.

Was nun schließlich den Vorschlag anbelangt, Berlin zum internationalen Luftkreuz zu machen, so hat der Kollege Wronski in seiner kühl-herben Art dies neulich treffend charakterisiert in seinem Wort vom „Luftschloß Tegel".

Aus all dem ergibt sich — wie ich meine, zwingend —, daß Berlin neue Aufgaben braucht, die über seine Stadtgrenzen hinausreichende Wirkung haben, und daß andererseits diese Aufgaben dennoch bei ihrer Realisierung zumindest im Anfang ausschließlich im deutschen Willen sein dürfen, ein Einspruch von außen bringt solches — wie wir gesehen haben — offenbar zum Scheitern. Nun schön und gut, könnte jemand sagen, aber was soll es? Information und Dokumentation sind ja ganz nützlich, aber keine im weltpolitischen Sinne weitreichenden Sachen. Dazu einige Zahlen: Pro Jahr nimmt das Informationsvolumen der Menschheit um 10 % zu. Das heißt, daß in sechs bis sieben Jahren sich die Gesamtinformation, die verfügbar ist, verdoppelt; das heißt also, daß jeder Arzt, jeder Jurist, jeder Abiturient und auch jeder Politker dieses Hauses in sechs bis sieben Jahren doppelt soviel wissen muß, um relativ auf dem gleichen Informationsstand zu sein.

(Abg. Wronski: Nein, um Gottes willen!)

Ein weiteres: Bereits 1963 wurde der Anteil der Informationskosten an den Gesamtkosten der Wirtschaft der USA auf über 50 % geschätzt. Die Fehlkosten aufgrund doppelter Forschungs- und Entwicklungsarbeit werden auf 30 % geschätzt; und noch ein Beispiel für die Juristen: Eine Projektgruppe des Bundesministeriums für Justiz hat im Januar 1972 einen Bericht vorgelegt, der die Notwendigkeit eines juristischen Informationssystems betonte, obwohl allein die Anfangskosten jährlich etwa 20 Mio DM betragen werden.

Aus all diesen Gründen hat die CDU-Fraktion im Ausschuß für Wissenschaft und Kunst den Senator beauftragt, einen Bericht über das Dokumentations- und Informationswesen Berlins zu erstatten. Hieraus ist ersichtlich, was dann übrigens auch der Berlin-Arbeitskreis des Kuratoriums Unteilbares Deutschland nachdrücklich beklagt hat, daß Berlin bei diesem sich entwickelnden Gebiet in den letzten Jahren praktisch herausgefallen ist, daß in anderen Teilen der Bundesrepublik und in der Welt sonst mehr geleistet worden ist als in dieser Stadt, und ich mache es an einem Beispiel deutlich, was das bedeuten kann: Hätte Berlin weiterhin das Bundespatentamt gehabt, hätte Berlin möglicherweise Sitz des Europäischen Patentamtes sein können. Daß dies eine Aufgabe für uns gewesen wäre, die über die Grenzen der Stadt hinausreicht, ist wohl unbestritten.

Aus diesem Grunde, da hier zu wenig geschehen ist, da dies eine Aufgabe ist, die — wie wir meinen — zu realisieren ist, die Berlin Bedeutung über Berlin hinaus zumessen könnte, bitten wir Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. Ich darf eines persönlich anfügen: Ich habe diese Vorschläge bereits 1968 gemacht. Hätte man damals das in die Wege geleitet, dann wäre nicht heute Frankfurt Zentrum der deutschen Dokumentation für Chemie, Politik, Elektrotechnik geworden, nicht Köln Sitz einer internationalen Dokumentation für Medizin, nicht Karlsruhe und München Zentren der Dokumentation internationaler Art für Kerntechnik und Kernforschung; dann wäre dies möglicherweise alles nach Berlin gekommen, und man hätte vielleicht stärker auf diese Stadt geschaut. — Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Hoppe: Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Rass.

Dr. Rass (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist wohl unbestritten, daß Dokumentation und Information im Bereich von Wissenschaft, Forschung und Technik eine große Rolle spielen. Insofern ist es nicht notwendig, in diesem Bereich noch darauf hinzuweisen. Herr Kollege Boroffka hat sich nun bemüht, auch für die übrigen Bereiche noch die Bedeutung herauszustellen, wenngleich ich mir die Frage erlauben möchte, Herr Kollege Boroffka, ob der erste Teil Ihrer Rede wirklich zu dieser Begründung gehörte oder ob Sie aus Versehen — entschuldigen Sie — einen etwas falschen Text erwischt, sich einen falschen Redetext herausgegriffen haben. Ich glaube, daß es doch etwas zu hoch gehängt war, dieses zweifellos wichtige Gebiet berlin-politisch dermaßen einzuleiten, wie Sie dieses hier getan haben.

Ich sagte schon, in den Bereichen Verwaltung, Wirtschaft, Ausbildung und natürlich auch in den Bereichen der Regierung ist es zunehmend wichtig, daß man — wenn man zielvoll planen und zukunftsorientiert handeln will — über ausreichende Dokumentation und Information verfügen muß. Dieses hat in Teilen ja auch nochmal der Kollege Boroffka unterstrichen. Die Bundesregierung ihrerseits hat dieses erkannt und hat schon vor einiger Zeit — es war wohl im Herbst letzten Jahres — den ersten Entwurf eines Förderprogrammes für Dokumentation und Information vorgelegt; immerhin mit einer recht beachtlichen Summe von rund einer halben Milliarde DM. Dieser Entwurf des Förderungsprogrammes ist überarbeitet und wird — soweit ich gehört habe — unmittelbar nach der Sommerpause im Kabinett in Bonn verabschiedet. Er wird dann hier bei uns auch weiter zur Diskussion stehen, nämlich zur Diskussion, wie weit wir Berlin daran noch beteiligen können.

Insoweit, Herr Kollege Boroffka, sind Ihre Wünsche aufgegriffen von der Bundesregierung. Ich glaube, der Schwerpunkt Ihres Antrages geht aber dahin, nun nicht nur grundsätzlich auf diesem Gebiet etwas zu tun, sondern die Möglichkeiten, die wir speziell in Berlin schon haben, aufzugreifen, nach außen hin sehr deutlich darzustellen und damit natürlich auch den Versuch zu unternehmen, nicht nur unsere Finanzmittel hier in Anspruch zu nehmen beim Ausbau und bei der Förderung, sondern auch verstärkt die Bundesmittel heranzuziehen. Dies ist sicherlich ein sehr gutes Vorhaben, das wir nur nachdrücklich unterstützen können, aber auch hier muß ich sagen: Erfreulicherweise marschieren wir Arm in Arm. Sie haben die Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zitiert. Der Senat hat dort einen ersten — wie ich glaube und sagen möchte, sehr guten — Bericht über diesen Bereich in Berlin vorgelegt, und daran ist abzulesen, daß der Senat dieses Problem genau erkannt hat.

Nun, wenn man einen Bericht vorlegt und ein Problem erkannt hat, dann ersetzt das noch nicht das Handeln. Insofern ist auch gerade das Parlament aufgerufen, hier immer wieder nachzustoßen. Insofern ist sicherlich Ihr Antrag auch verdienstvoll. Ich muß aber auch darauf hinweisen, daß die ersten Ansätze des Handelns in dieser Richtung ebenfalls schon sichtbar geworden sind und — lassen Sie mich hinzufügen — gerade auch bei der Einrichtung, die Sie selbst aus Ihrer beruflichen Tätigkeit ja unmittelbar und sehr gut beurteilen können. Auch die Beratung im Ausschuß für Wissenschaft und Kunst hat ja mit dazu beigetragen, daß es dem Senat möglich war, einen Betrag von immerhin 200 000 DM zur Verfügung zu stellen, was ich ausdrücklich begrüßen möchte.

Stellv. Präsident Hoppe: Herr Dr. Rass, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Dr. Rass (SPD): Bitte, gern!

Stellv. Präsident Hoppe: Bitte, Herr Boroffka!

Boroffka (CDU): Herr Kollege Dr. Rass, ist Ihnen bekannt, daß der Senat über vier Jahre brauchte, um einen entsprechenden Antrag zu beurteilen, und ihn jetzt erst beschieden hat, übrigens mit 150 000 DM und nicht mit 200 000 DM?

Dr. Rass (SPD): Mir ist bekannt, daß dies sehr lange gedauert hat. Ich weiß nicht, ob es genau vier Jahre waren. Darüber möchte ich mich nicht streiten. Ich weiß aber, daß es in der Tat schwer gewesen ist und — das wissen Sie auch — daß es in diesem Bereich nicht leicht ist, das erwähnte ich eingangs, das Problembewußtsein in der Öffentlichkeit zu wecken. Wir haben so viele Anforderungen an unseren Haushalt, daß man in der Tat darauf achten muß, wo man die Prioritäten setzt.

Stellv. Präsident Hoppe: Herr Dr. Rass, würden Sie noch eine Zwischenfrage von Herrn Boroffka gestatten?

Dr. Rass (SPD): Ja, bitte!

Stellv. Präsident Hoppe: Bitte sehr, Herr Boroffka!

Boroffka (CDU): Herr Kollege Dr. Rass, würden Sie dann bereit sein, sich von Ihrer Geschäftsstelle eine schriftliche Anfrage des Kollegen Keul aus dem Jahre 1969, die eben dies behandelte, mal zureichen zu lassen, um sich zu informieren, daß es vier Jahre dauerte?

Dr. Rass (SPD): Ich sagte schon, es kommt mir nicht darauf an, ob es vier Jahre oder drei Jahre waren. Ich bin auch gern bereit, dies noch einmal nachzulesen, denn ich muß zugeben, so umfangreich habe ich mich auch nicht informiert, daß ich jede Anfrage dazu nun auch nachgelesen hätte; aber wir können dies gern auch noch ausarbeiten und aufarbeiten, da wir sie auch noch im Ausschuß haben.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nur darauf hinweisen: Der Senat hat hier — dies war nur ein kleiner Ansatz — einen weiteren wichtigen Schritt getan. Die Problematik hierin liegt in drei Bereichen. Der erste ist der technologische Bereich. Wenn man Dokumentation und Information im notwendigen Maße zusammenfassen, fördern, koordinieren, entwickeln will, ist es zunächst einmal notwendig, die technologischen Bedingungen hierfür zu schaffen. Mit dem EDV-Rahmenplan für die Wissenschaft im Lande Berlin 1972—1976 ist eine wichtige Grundlage geschaffen worden. Noch ist dieses in diesem Hause nicht abgehandelt. Wir haben im Wisenschaftsausschuß eine Vorbehandlung durchgeführt, und ich hoffe — vielleicht trägt auch diese Diskussion dazu bei —, daß dieser Plan in einer entsprechenden Form auch Wirklichkeit werden kann. Dies ist ein weiterer Beleg, daß der Senat von Berlin die Probleme sieht.

Zweitens: Dokumentation und Information — in diesem Falle muß ich es klar sagen — leiden unter der föderalistischen Struktur im Kulturbereich und leiden darunter, daß so viele fachspezifische Interessen zu berücksichtigen sind, während andererseits eben die Technologie verlangt, daß man zusammenarbeitet und zusammenfaßt. Dies ist der zweite Bereich der Schwierigkeiten.

Der dritte Bereich ist angeklungen: das sind die Finanzen. Es wird notwendig sein, für Dokumentation und Information mehr Mittel als bisher zur Verfügung zu stellen. Dies heißt, daß wir das ausgiebig diskutieren müssen; ich sage noch einmal, daß wir auch in der Öffentlichkeit verstärkt darauf hinwirken müssen — ich wiederhole —, daß ein wirklich zukunftsorientiertes Handeln, ein sinnvolles Planen auch für die Regierung, für die Verwaltung, für die Wirtschaft nur möglich sind, wenn man ausreichend und umfassend informiert ist.

Darum noch einmal: Der Inhalt Ihres Antrages, Herr Kollege Boroffka und meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, rennt bei meiner Fraktion offene Türen ein. Dort gibt es keinerlei Widerstände. Ich habe versucht, aufzuzeigen, daß wir eigentlich auf der gleichen Linie liegen, daß bereits entsprechende Maßnahmen auch eingeleitet sind. Andererseits, angesichts der Schwierigkeiten, die ich

auch aufzuzeigen versucht habe, kann man sich nur freuen, wenn man noch Bundesgenossen hat. Insofern bringt Ihr Antrag inhaltlich kaum etwas Neues. Er ist aber trotzdem nicht nutzlos, weil man sich über Bundesgenossen in diesem Kampfe, in diesem Streite, nur freuen kann. Wir werden den Antrag — wie ich vermute — an den Wissenschaftsausschuß überweisen, so ist es wohl beantragt, und dort Gelegenheit haben, ihn noch weiter zu beraten, insbesondere auch diesen Punkt, daß wir alle zwei Jahre nach Ihrem Antrag einen Bericht haben sollen. Dieses müssen wir noch einmal im Zusammenhang überprüfen. — Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Hoppe: Das Wort hat der Abgeordnete Rasch.

Rasch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich meine beiden Vorredner recht verstanden habe, stehe ich jetzt vor der Alternative: Entweder, ich greife hier eine allgemeine Berlin-Debatte auf, die der Kollege Boroffka in einem großen Bogen, sogar auf die Geschichte der Exklaven eingehend, eingeleitet hat, oder aber — die andere Alternative — ich greife die große Debatte über das Dokumentarwesen an sich und seine Bedeutung für Berlin auf. Ich möchte beides lassen, meine Damen und Herren. Ich finde den Antrag im Prinzip sehr gut. Wir haben ja diese Probleme, Herr Kollege Boroffka, im Ausschuß für Wissenschaft und Kunst schon einmal durchaus ausführlich beraten, und ich glaube, damals haben auch alle drei Fraktionen positiv zu dem generellen Anliegen gestanden, das Dokumentarwesen hier in Berlin in besonderer Weise auszubauen, um auch insoweit einen Beitrag für den weiteren Ausbau und für die Bedeutung Berlins zu leisten. Da sind wir uns alle einig.

Und was einen speziellen Fall betrifft, so habe ich noch in der Erinnerung, daß von Seiten der damaligen Antragsteller ihr Anliegen nicht sehr glaubhaft und nicht sehr gut begründet worden ist, so daß da ein gewisses Unbehagen bei den Ausschußmitgliedern geblieben ist. Das zu dem speziellen Fall. Ich gehe aber davon aus, daß es hier ja nicht mehr um einen speziellen Fall des Dokumentarwesens geht, sondern — wie es hier sehr richtig im Antrag formuliert worden ist — um eine generelle Politik des Ausbaues in diesem Bereich. Diese Politik unterstützen wir, und wir werden dann im Ausschuß sehen, welche konkreten Möglichkeiten sich in Berlin anbieten, wo der Senat eventuell konkrete Möglichkeiten ausgeschlagen hat — da werden wir mit Ihnen und hoffentlich auch mit den Kollegen der SPD-Fraktion sehr scharf kritisieren —, und welche konkreten Möglichkeiten zur Zeit noch vorhanden sind. Wir werden das dann hoffentlich alle sehen, um dann in ein — wenn die finanziellen Möglichkeiten vorhanden sind — großes Förderungsprogramm einsteigen zu können. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Stellv. Präsident Hoppe: Meine Damen und Herren! Ich schließe die Beratung, da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen.

Der Ältestenrat empfiehlt, den Antrag an den Ausschuß für Wissenschaft und Kunst — federführend — sowie an den Ausschuß für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen zu überweisen. — Ich höre keinen Widerspruch. Dann hat das Haus so beschlossen.

Die lfd. Nr. 14 ist bereits durch Verbindung mit der lfd. Nr. 3 der Tagesordnung erledigt worden, so daß wir jetzt zur

lfd. Nr. 15, Drucksache 6/869:

Vorlage zur Beschlußfassung über den 3. Änderungsplan vom 8. September 1972 zum Flächennutzungsplan von Berlin vom 30. Juli 1965

kommen. Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Beratung. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Der Ältestenrat empfiehlt, die Vorlage an den Ausschuß für Bau- und Wohnungswesen — federführend —, an den Ausschuß für Planung und Stadtentwicklung sowie an den Ausschuß für Wirtschaft zu überweisen. Widerspruch höre ich nicht. Das Haus hat so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung. Die nächste Sitzung wird am Donnerstag, dem 24. Mai 1973, 13 Uhr, stattfinden. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 16.33 Uhr)

Druck: Verwaltungsdruckerei Berlin, 1 Berlin 36, Kohlfurter Straße 41-43